



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland



– Eine Standortbestimmung –



Gleichstellung

Inhalt

Einleitung	4
I. Partizipation	7
1.1 Mandate in den Länderparlamenten.....	8
1.2 Mandate in den Kreistagen der Landkreise und den Gemeinderäten der Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte	10
1.3 Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren in den Landesregierungen.....	12
1.4 Verwaltungsspitzen in den Landkreisen und Stadtkreisen bzw. kreisfreien Städten in den Flächenländern sowie in den Bezirken der Stadtstaaten	14
1.5 Führungspositionen in den obersten Landesbehörden	16
1.6 Hochschulprofessuren	18
1.7 Führungspositionen in der Privatwirtschaft	20
II. Bildung und Ausbildung	21
2.1 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen ohne schulischen Abschluss.....	22
2.2 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Hauptschulabschluss	24
2.3 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Realschulabschluss	26
2.4 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife	28
2.5 Studienberechtigtenquoten.....	30
2.6 Studienwahl: Fächergruppe Ingenieurwissenschaften	32
2.7 Studienwahl: Lehramt Primarbereich	34
2.8 Promotionen	36
2.9 Habilitationen.....	38
2.10 Juniorprofessuren	40
III. Arbeit und Einkommen	42
3.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Beschäftigungsquote)	43
3.2 Teilzeitbeschäftigte an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.....	45
3.3 Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern unter drei Jahren	47
3.4 Elterngeldbezug	49
3.5 Kinderbetreuung.....	51
3.6 Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern (Arbeitslosenquote)	53
3.7 Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen und Männern.....	55
3.8 Verdienstunterschiede	57
3.9 Existenzgründungen	59
IV. Lebenswelt	61
4.1 Ältere Menschen in Einpersonenhaushalten	62
4.2 Lebenserwartung	63
Hinweise und Ausblick	64

Einleitung

Chancengleichheit darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss sich konkretisieren lassen mit Indikatoren, Zahlen und Zielen. Eine nachhaltige Gleichstellungspolitik ist auf diese Informationen angewiesen.

Die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) vertritt daher die Auffassung, dass eine gesicherte Datenlage eine sachlich begründete und zielorientierte Chancengleichheitspolitik erheblich unterstützen kann. Dabei stellt sich die Frage, wie und mit welchen Kennzahlen gesellschaftliche Entwicklungen in dem komplexen Politikfeld „Gleichstellung von Frauen und Männern“ überhaupt abgebildet werden können. Hierfür hat sich in anderen Politikfeldern (z. B. in den Bereichen Umwelt, Demografie, Nachhaltigkeit) die Entwicklung von Indikatoren bewährt. Anhand von Indikatoren können Informationen zu Sachverhalten, die im Allgemeinen nicht unmittelbar messbar sind, gewonnen werden. Es können Veränderungen im Zeitverlauf angezeigt und die Entwicklung von komplexen Strukturen beschrieben werden.

Deshalb hat die 17. GFMK am 31. Mai 2007 die Einführung eines länder einheitlichen Indikatorensystems beschlossen, um den Stand und die Entwicklungen in der Chancengleichheitspolitik abbilden zu können.

Von der Idee zum Indikatorenkatalog

Zunächst ging es darum, für das Politikfeld geeignete Indikatoren zu identifizieren. Die GFMK setzte hierfür eine länderoffene Arbeitsgruppe ein. Diese erhielt den Auftrag, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der amtlichen Statistik Genderindikatoren für die Länder und die kommunale Ebene zu entwickeln.

Dabei konnte die Arbeitsgruppe auf fachliche Vorarbeiten aus Baden-Württemberg zurückgreifen. Gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt und dem Fachbeirat „Gender-Mainstreaming“ hatte das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg gestützt auf den Gender-Datenreport 2005¹, die Indikatoren-Initiative der EU², die Machbarkeitsstudie „Gender-Index“ der Hans-Böckler-Stiftung³ und Beispiele aus anderen europäischen Ländern (z. B. Schweiz⁴, Österreich⁵, Schweden⁶) eine Vorläuferversion für eine erste Skizze entwickelt, die Grundlage für die Beratungen der GFMK-Arbeitsgruppe war.

Da die Indikatoren vergleichbar sein und in allen Ländern auf der gleichen statistischen Grundlage erhoben werden müssen, wurde als Datenbasis vorrangig die amtliche Statistik herangezogen. Bei Arbeitsmarktdaten wurde auf die Daten der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Lediglich für die Indikatoren 1.3, 1.4 und 1.5 waren eigene Erhebungen durch die Fachressorts der GFMK erforderlich.

1 [Http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html](http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html), herausgegeben vom BMFSFJ.

2 [Http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/gender_mainstreaming/global/global_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/gender_mainstreaming/global/global_de.html).

3 [Http://www.boeckler.de/show_product_ff.html?productfile=HBS-003840.xml](http://www.boeckler.de/show_product_ff.html?productfile=HBS-003840.xml).

4 [Http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/gleichstellungsatlas.htm](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/gleichstellungsatlas.htm).

5 [Http://www.frauen.steiermark.at/cms/dokumente/10258104_11706219/cd77fe01/Statistikbroschuere__.pdf](http://www.frauen.steiermark.at/cms/dokumente/10258104_11706219/cd77fe01/Statistikbroschuere__.pdf).

6 [Http://www.h.scb.se/SCB/BOR/SCBBOJU/JAM_HTML_EN/index.asp](http://www.h.scb.se/SCB/BOR/SCBBOJU/JAM_HTML_EN/index.asp).

Diese Festlegung bedeutet zwar eine Einschränkung bei der Auswahl der Statistiken, garantiert aber auf der anderen Seite die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten. Der von der Arbeitsgruppe vorgelegte Indikatorenkatalog umfasst 30 Indikatoren, die 4 Kategorien zugeordnet sind:

- 1. Partizipation mit 7 Indikatoren,
- 2. Bildung und Ausbildung mit 12 Indikatoren⁷,
- 3. Arbeit und Einkommen mit 9 Indikatoren,
- 4. Lebenswelt mit 2 Indikatoren.

Dieser Indikatorenkatalog wurde am 23. Oktober 2008 in die 18. GFMK eingebracht und beschlossen.

Vom Indikatorenkatalog zum 1. Gleichstellungsatlas

Der nächste Schritt, aus den Daten einen Gleichstellungsatlas für Deutschland erstellen zu lassen, wurde ebenfalls am 23. Oktober 2008 von der 18. GFMK beschlossen.

Die Erstellung dieses 1. Gleichstellungsatlas wurde durch das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg koordiniert und durchgeführt. Die fachliche Begleitung übernahm eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Fachabteilungen der Länder, der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Zunächst wurden die Indikatordaten beschrieben und mit Landkarten und Diagrammen visualisiert. Dabei ergab die Datenlage, dass fast alle Indikatoren für eine Visualisierung mit Landkarten geeignet sind.

Für die beiden Indikatoren „Ältere Menschen in Einpersonenhaushalten“ und „Lebenserwartung“ in der Kategorie „IV. Lebenswelt“ wurde wegen zu geringer Unterschiede auf eine Darstellung mit Landkarten verzichtet. Für alle Indikatoren werden zusätzlich die Länderdaten in Balkendiagrammen dargestellt.

Die farbliche Gestaltung der Landkarten orientiert sich an der Art der Indikatoren:

- „Rot“ steht für Aussagen zum Frauenanteil;
- „Blau“ für Aussagen zum Männeranteil;
- „Orange“ für Aussagen zur Differenz zwischen Frauen- und Männeranteilen.

Bei den farblichen Abstufungen der Landkarten zum Frauen- bzw. zum Männeranteil (rot und blau) werden der Bundesdurchschnitt zugrunde gelegt und die Abweichungen farblich differenziert dargestellt. Bei den Landkarten zur Differenz (orange) zwischen Frauen- und Männeranteilen erfolgt die Abstufung, indem der Männeranteil auf 100 gesetzt und der

⁷ Die Indikatoren „Berufswahl: Gesundheitsberufe“ und „Berufswahl: Technische Ausbildungsberufe“ wurden nicht abgebildet. Diesbezüglich wird auf den Abschnitt Hinweise und Ausblick verwiesen.

höhere Frauenanteil gestuft dargestellt wird. Grundsätzlich sind für die farblichen Abstufungen 5 Kategorien vorgesehen.

Die GFMK dankt dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Veröffentlichung dieses 1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Tabellen zu den Indikatoren mit Zahlenteilen und Erläuterungen zur spezifischen Datenlage in den Ländern sind im Internet abrufbar unter **www.sozialministerium-bw.de**.

Die GFMK sieht in dem hier veröffentlichten 1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern eine erste Standortbestimmung und hält es für erforderlich, Entwicklungen im Zeitverlauf aufzuzeigen. Daher wurde die Fachgruppe Gleichstellungsatlas beauftragt, einen Vorschlag für die Fortführung des Gleichstellungsatlas zu erarbeiten.

I.

Partizipation

Einer der am häufigsten in der Öffentlichkeit verwendeten Gradmesser für die Gleichstellung ist die Repräsentanz von Frauen und Männern in Führungspositionen und Entscheidungsfunktionen. Dies gilt für die Mitwirkung am Entscheidungsprozess auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens.

Die EU spricht vom Ziel einer „ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess“. Dabei wird jedoch „ausgewogen“ nicht definiert. Gleichwohl ist eine paritätische Besetzung anzustreben. Die meisten EU-Länder sehen einen Anteil von 30% als „kritische Masse“ für eine wirksame Einflussnahme von Frauen bzw. Männern an⁸.

Diese „kritische Masse“ von 30% wird mit einem bundesweiten Durchschnitt von 32% nur beim Frauenanteil in den Landesparlamenten erreicht. In allen anderen Entscheidungsfeldern liegt der Frauenanteil zum Teil erheblich darunter. Die Politik nimmt hier folglich eine Vorreiterstellung ein. Dies kann auch als Zeichen für gesellschaftliche Entwicklungen gewertet werden, weil über die Besetzung dieser Ämter und Mandate durch Wahlen entschieden wird.

Wegen der Bedeutung dieses „Gradmessers“ wurden insgesamt 7 Indikatoren für diesen Bereich ausgewählt. Dargestellt wird im Folgenden die Repräsentanz von Frauen in politischen Führungs- und Entscheidungspositionen, in Verwaltungen, in der Wirtschaft sowie in Forschung und Lehre.

⁸ Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Umsetzung der Empfehlung 96/694 des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess KOM/2000/0120 endg.

1.1 Mandate in den Länderparlamenten

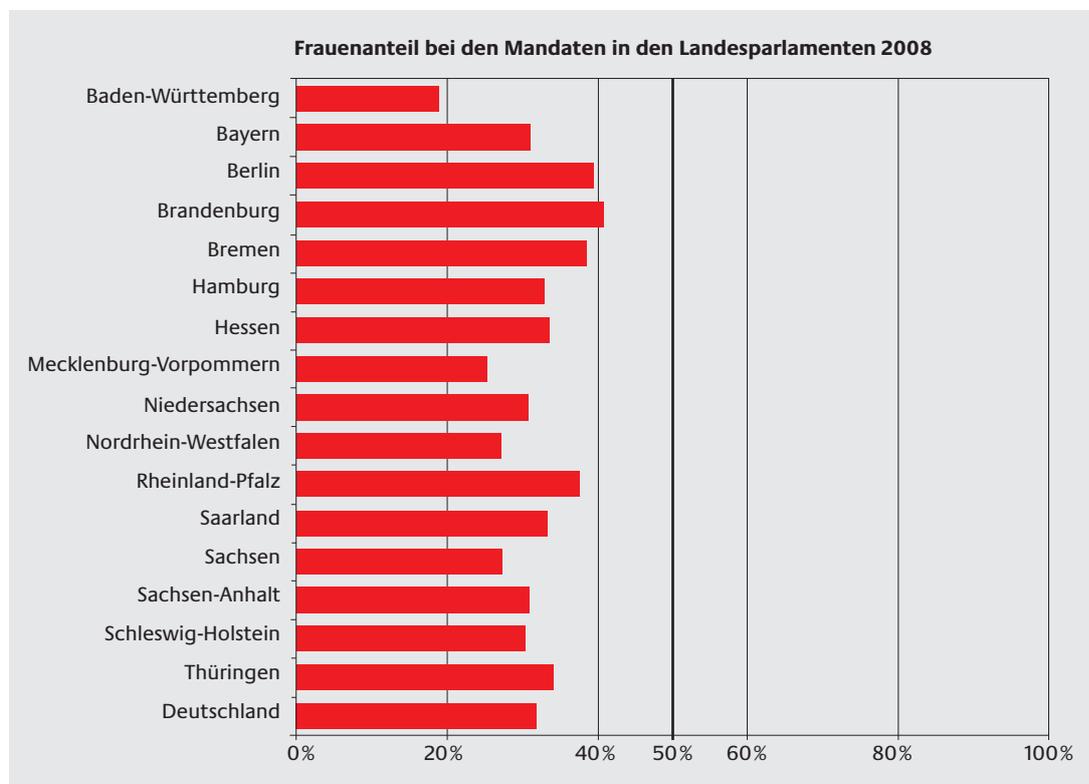
Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen in Länderparlamenten.

Methodische Hinweise: Länderparlamente sind Landtage, Abgeordnetenhäuser und Bürgerschaften. In Bremen wird unter diesem Indikator ausschließlich die Bremische Bürgerschaft erfasst, nicht dagegen die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven. Erfasst sind die bei der letzten Wahl gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Von der Berücksichtigung von Nachrückerinnen und Nachrückern wurde abgesehen.

Datenquelle: Amtliche Wahlstatistiken (Stand November 2008)

Der Indikator steht für die Vertretung von Frauen in den Länderparlamenten. Er gibt Hinweise auf die Entwicklung hin zu einer ausgewogenen Beteiligung von Frauen an landespolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen.



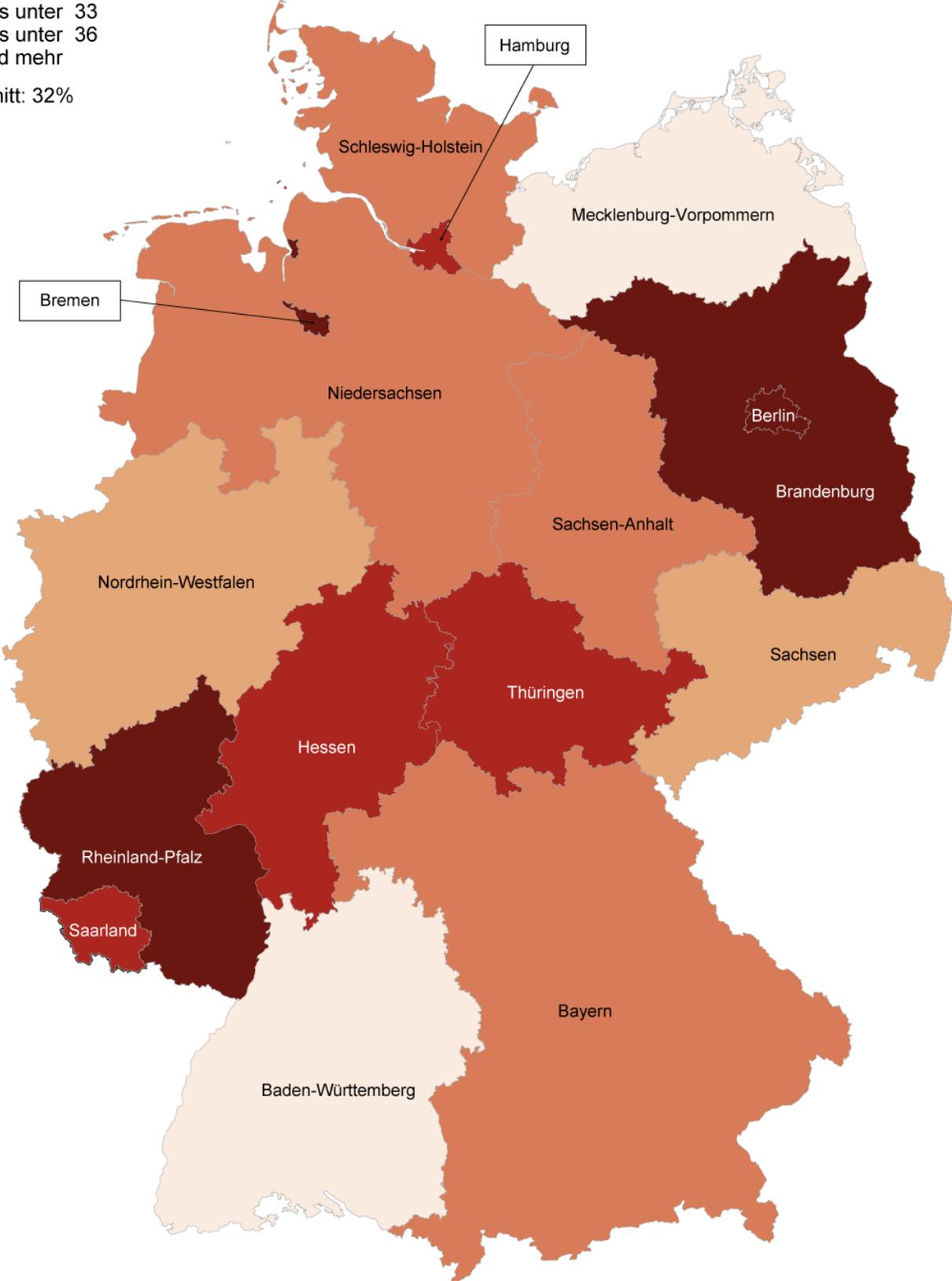
In den Parlamenten der Länder waren zum Zeitpunkt der Auswertung insgesamt 1.817 Abgeordnete vertreten. Davon waren 581 Frauen. Dies entspricht einem Anteil von durchschnittlich 32%, mit einer Spannweite von 23,7% bis 40,9%.

Frauenanteil an den Mandaten in den Landesparlamenten 2008

Frauenanteil in %

- unter 27
- 27 bis unter 30
- 30 bis unter 33
- 33 bis unter 36
- 36 und mehr

Durchschnitt: 32%



1.2 Mandate in den Kreistagen der Landkreise und den Gemeinderäten der Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte

Beschreibung des Indikators:

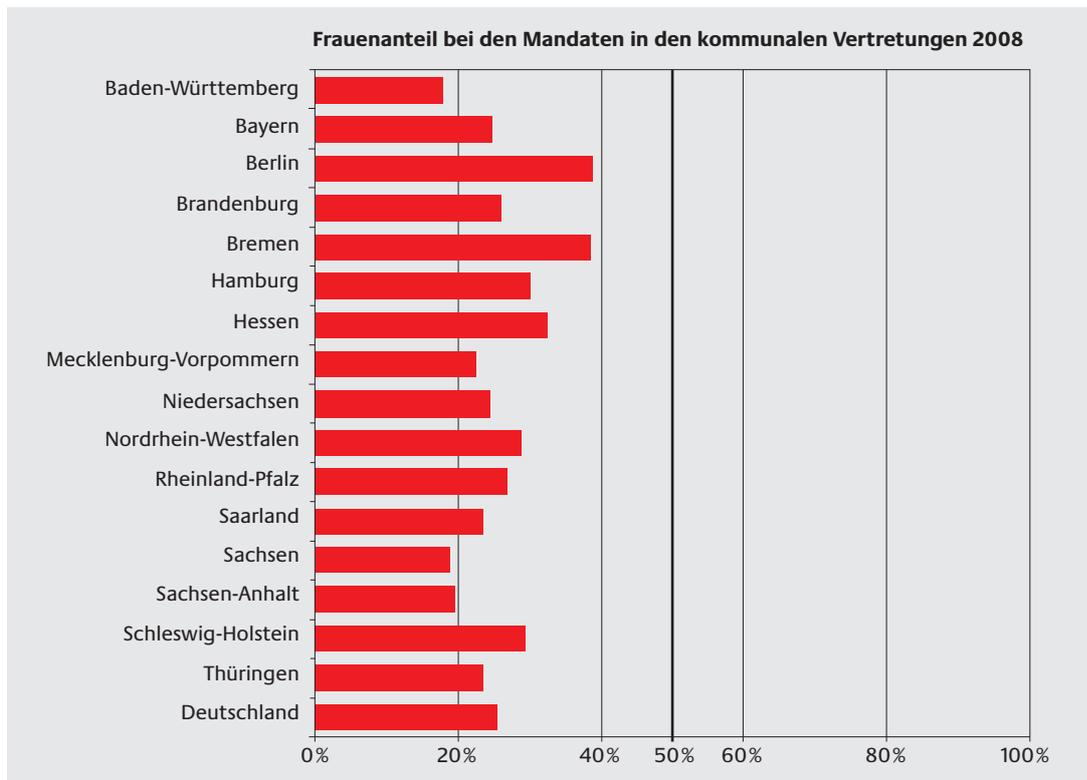
Definition: Prozentualer Anteil von Frauen an den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den jeweiligen kommunalen Vertretungen.

Methodische Hinweise: Erhoben wurde die Gesamtzahl der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie die Anzahl der Mandatsträgerinnen in den Kreistagen der Landkreise sowie in den Gemeinderäten der Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte. Für die Stadtstaaten werden als Hilfsindikator die Mandate in den Bezirksparlamenten bzw. in der Stadtbürgerschaft Bremen sowie der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven ausgewiesen. Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in den kreisangehörigen Gemeinden und Städten werden nicht erfasst. Berücksichtigt sind die bei der letzten Wahl gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Von der Erfassung von Nachrückerinnen und Nachrückern wurde abgesehen.

Datenquelle: Amtliche Wahlstatistiken (Stand November 2008)

Der Indikator zeigt auf, in welchem Umfang Frauen an den kommunalen Vertretungen beteiligt sind. Er gibt Hinweise auf

- ! die Entwicklung der politisch-gesellschaftlichen Kultur;
- ! die politische Einflussnahme von Frauen auf kommunaler Ebene;
- ! die Besetzung der kommunalen Vertretungen;
- ! die Aufstellung von Listen und den Wahlmodus;
- ! das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler.

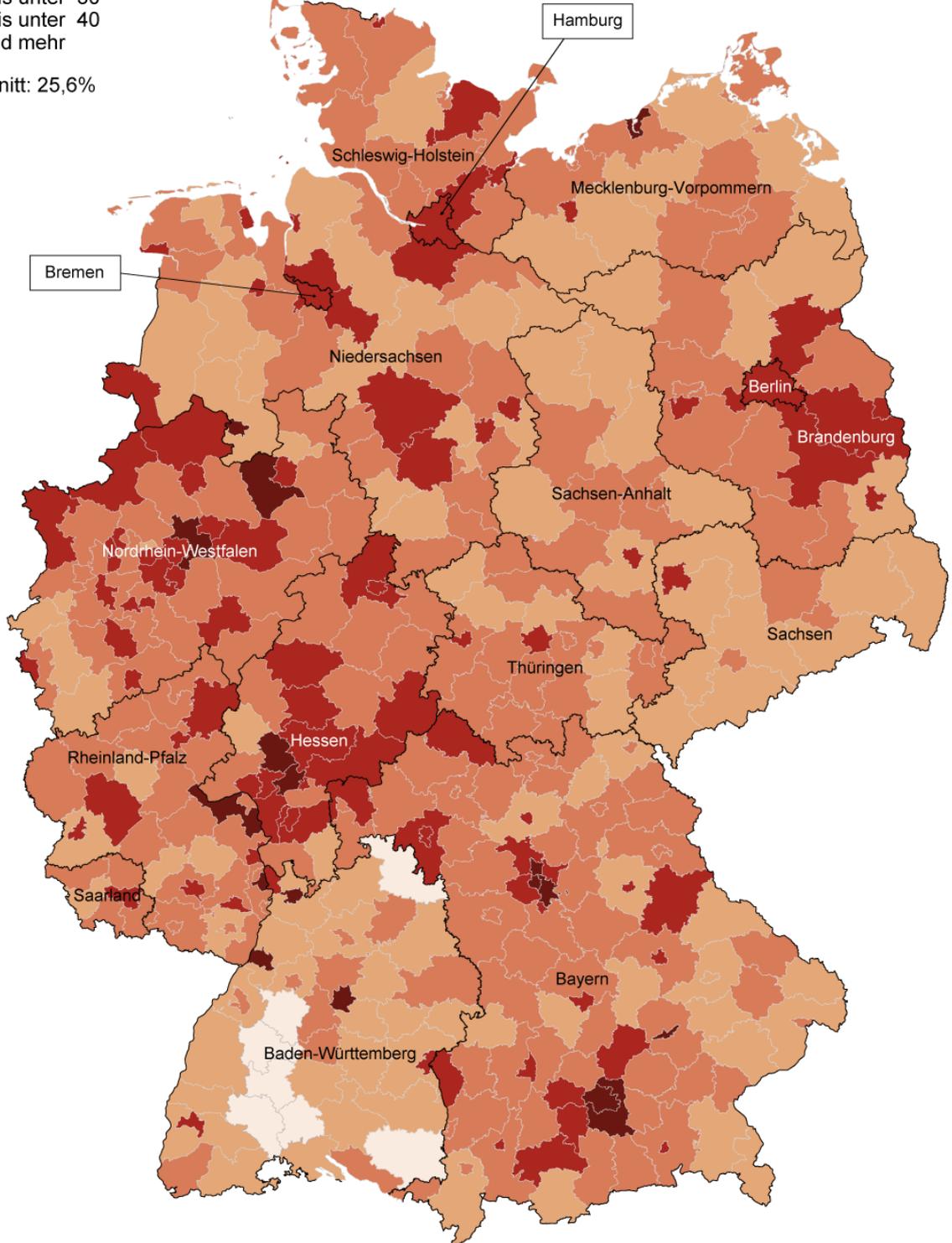


Frauenanteil an den Mandaten in den kommunalen Vertretungen 2008

Frauenanteil in %

- unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 bis unter 30
- 30 bis unter 40
- 40 und mehr

Durchschnitt: 25,6%



1.3 Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren in den Landesregierungen

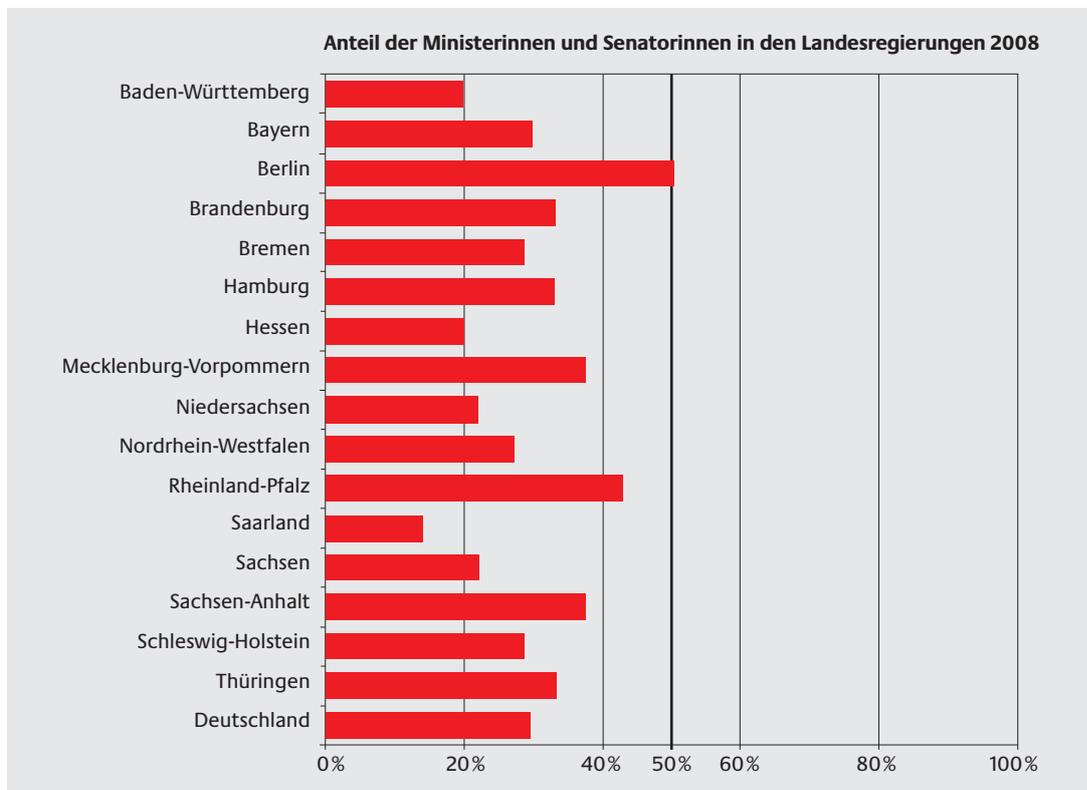
Beschreibung des Indikators:

Definition: Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren in den Regierungen der Länder.

Methodische Hinweise: Erfasst sind die Gesamtzahl der Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren in den Landesregierungen sowie die Anzahl von Frauen, die diese Funktion wahrnehmen. Der Indikator erstreckt sich nicht auf die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (z. B. Ministerpräsidenten, Regierende Bürgermeister) sowie auf Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Ressorts. Für die Erhebung ist ein ländereinheitlicher Stichtag festgelegt.

Datenquelle: Eigene Erhebung der GFMK (Stand November 2008)

Dieser Indikator zeigt auf, in welchem Maß Spitzenämter in den Regierungen der Länder von Frauen wahrgenommen werden. Er gibt Hinweise auf die Entwicklung hin zu einer ausgewogenen Beteiligung von Frauen bei der Besetzung dieser politischen Ämter.



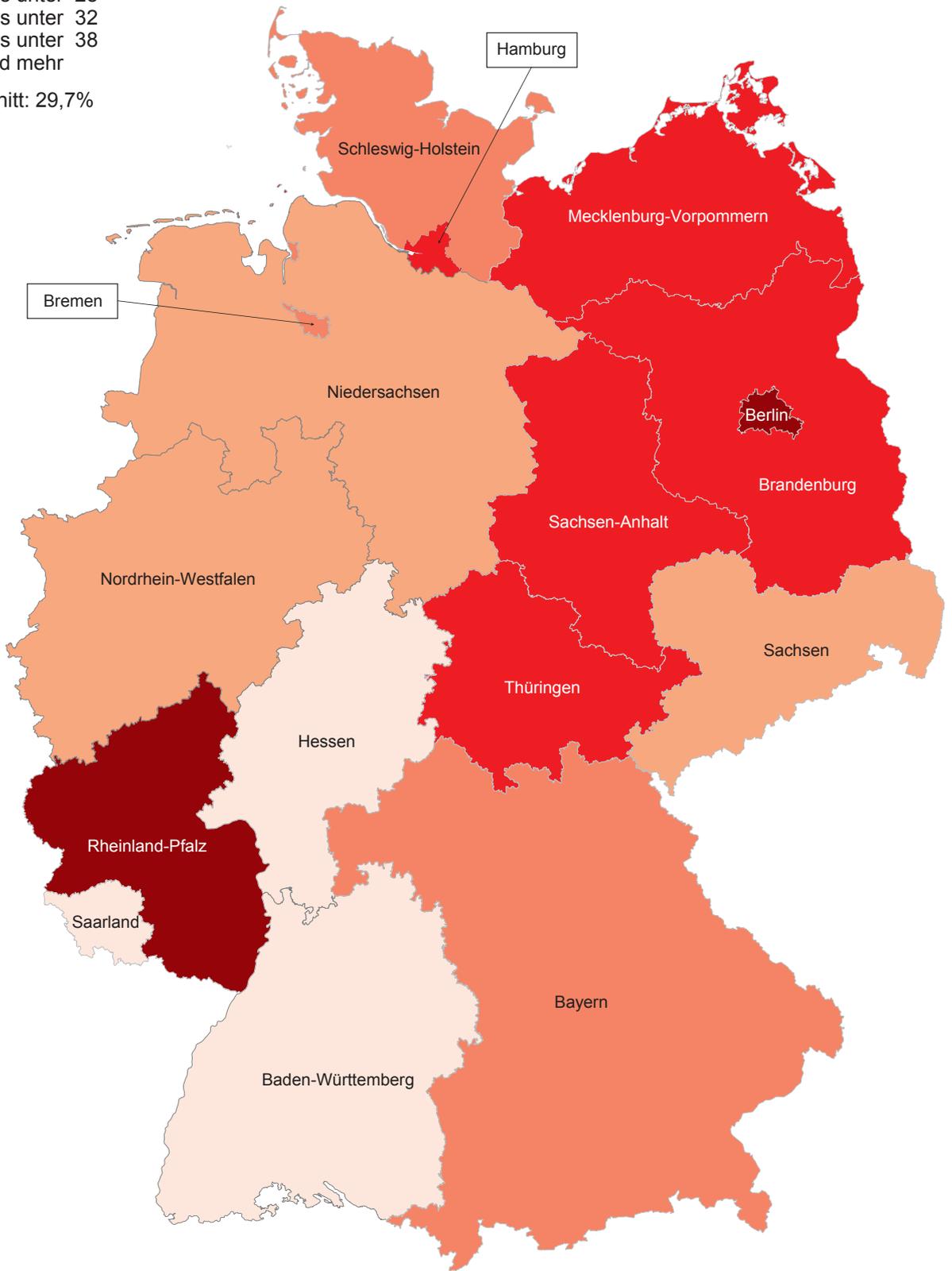
In den Ländern gab es zum Stichtag der Erhebung insgesamt 138 Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren. Davon waren im Durchschnitt 30,4% mit Frauen besetzt. Die Spanne reicht von 14,3% bis hin zu einer paritätischen Besetzung mit 50%.

Anteil der Ministerinnen und Senatorinnen in den Landesregierungen 2008

Frauenanteil in %

- unter 22
- 22 bis unter 28
- 28 bis unter 32
- 32 bis unter 38
- 38 und mehr

Durchschnitt: 29,7%



1.4 Verwaltungsspitzen in den Landkreisen und Stadtkreisen bzw. kreisfreien Städten in den Flächenländern sowie in den Bezirken der Stadtstaaten

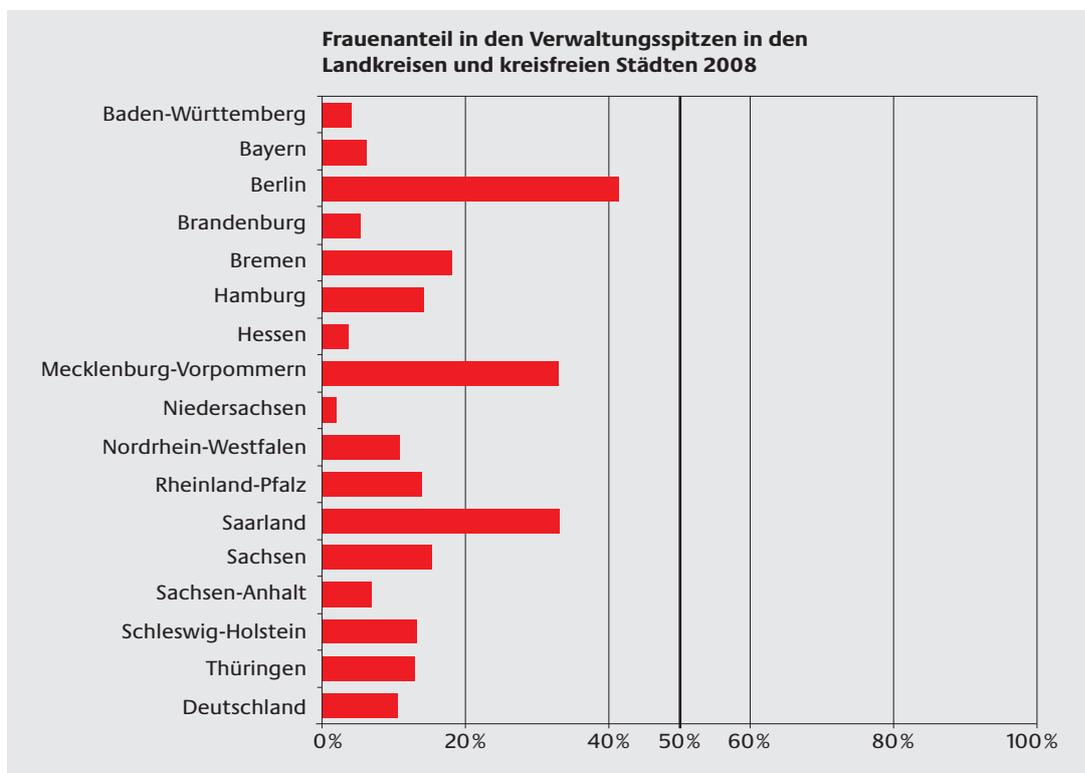
Definition: Prozentualer Anteil der von Frauen besetzten Verwaltungsspitzenpositionen in den Stadt- und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten sowie in Bezirken der Stadtstaaten.

Methodische Hinweise: Erfasst werden die Zahl der Verwaltungsspitzen in den Land- und Stadtkreisen bzw. kreisfreien Städten sowie in den Bezirken der Stadtstaaten und die Anzahl der Frauen, die diese Position einnehmen. Zu den Verwaltungsspitzen zählen die Oberbürgermeisterinnen/-meister sowie Landrätinnen/Landräte. Bürgermeisterinnen/-meister von kreisangehörigen Gemeinden sind nicht berücksichtigt, auch wenn sie die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeisterin/-meister“ tragen. In den Stadtstaaten werden ausschließlich die Verwaltungsspitzenpositionen in den Bezirken erfasst; in Berlin und Hamburg die Bezirksamtsleitungen. Nicht mit einbezogen ist die Bremerhavener Kommunalebene.

Datenquelle: Eigene Erhebung der GFMK (Stand November 2008)

Der Indikator steht für die Beteiligung von Frauen an der Verwaltungsspitze von Landkreisen, Stadtkreisen oder kreisfreien Städten. Er gibt Hinweise auf die

- ▮ Repräsentanz von Frauen an der Spitze von kommunalen Gebietskörperschaften;
- ▮ gesellschaftliche Anerkennung kommunalpolitischer Führungs- und Leitungskompetenzen von Frauen durch die Wählerinnen und Wähler bzw. die für die Wahl verantwortlichen politischen Organe;
- ▮ Bereitschaft von Frauen, sich auf solche Ämter zu bewerben.



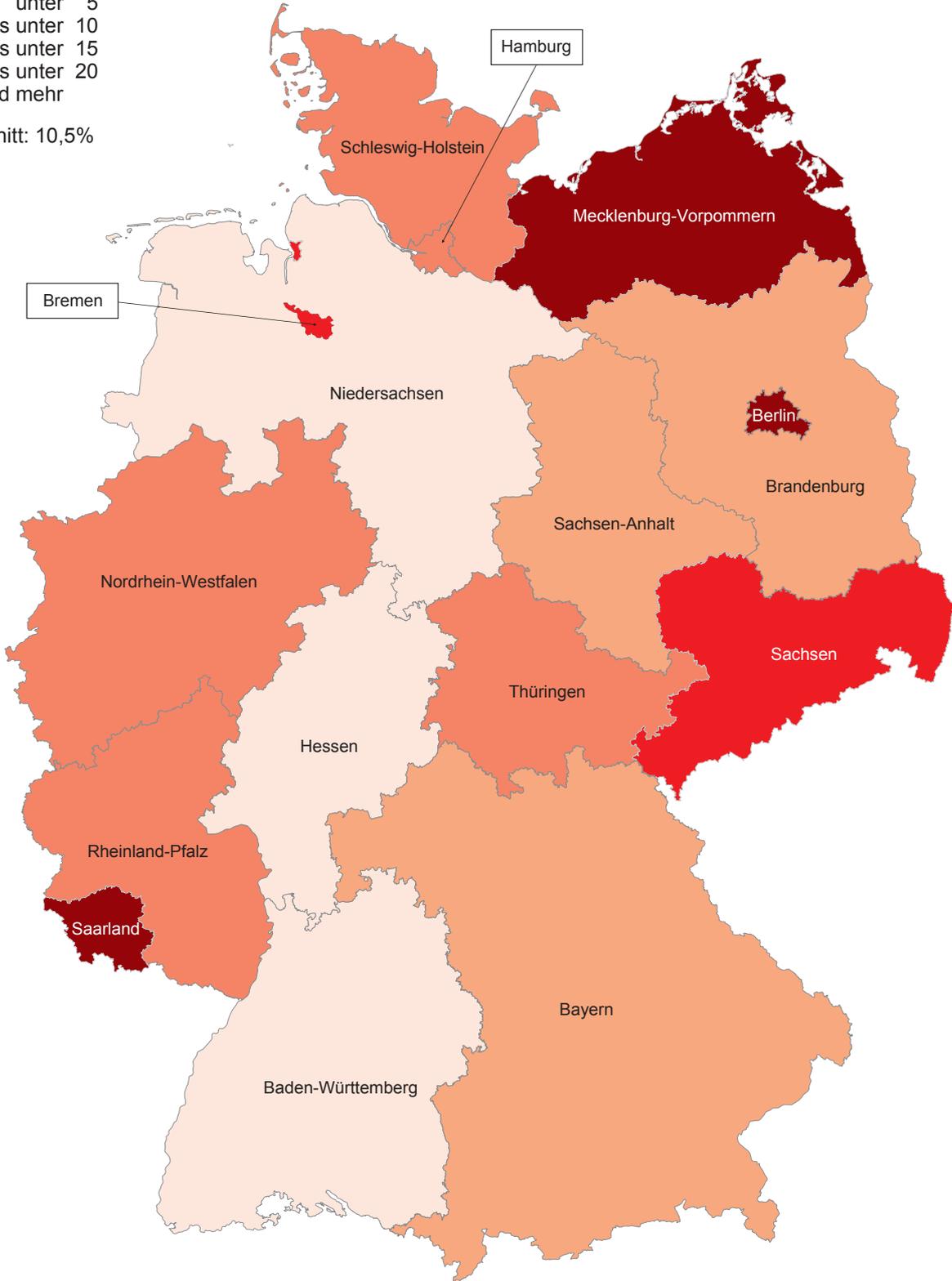
Insgesamt waren zum Stand November 2008 von 439 Verwaltungsspitzen im Sinne der vorgenannten Definition 10,5% oder absolut 46 mit Frauen besetzt. Dabei reicht die Spanne von 2,2% bis hin zu 41,7%.

Frauenanteil in den Verwaltungsspitzenpositionen von Landkreisen, kreisfreien Städten und Bezirken (Stadtstaaten) 2008

Frauenanteil in %

- unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 und mehr

Durchschnitt: 10,5%



1.5 Führungspositionen in den obersten Landesbehörden

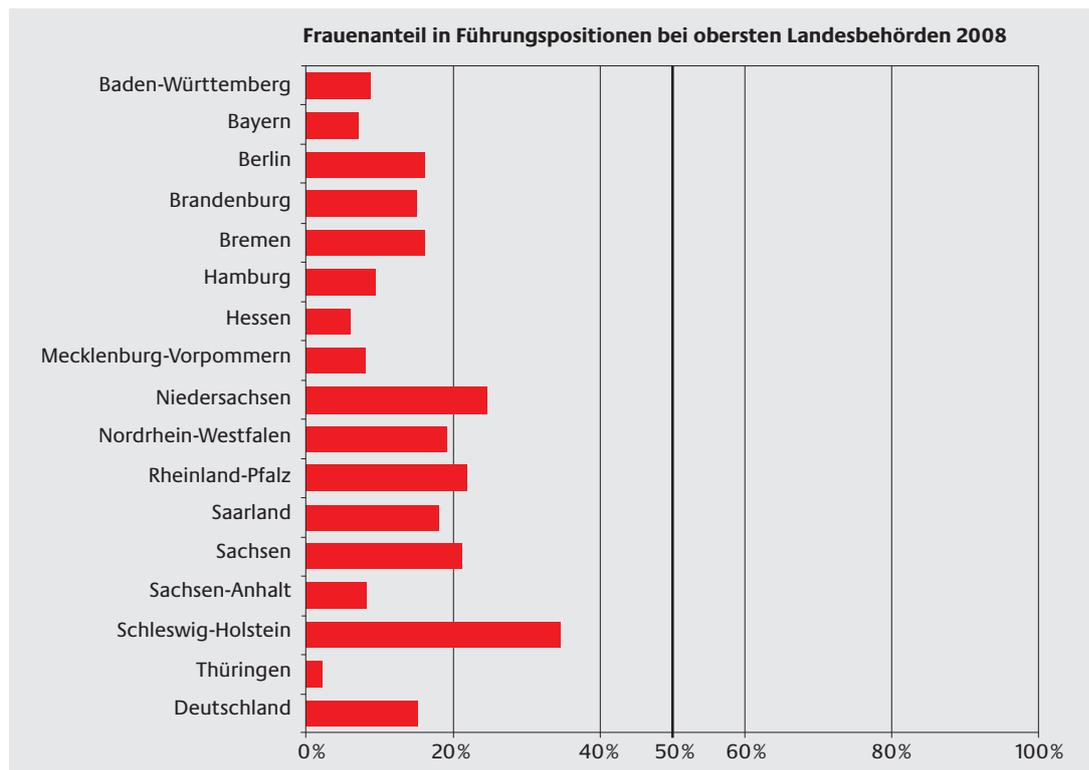
Definition: Prozentualer Anteil der von Frauen besetzten Abteilungsleitungspositionen in den obersten Landesbehörden.

Methodische Hinweise: Welche Dienststellen der Länder oberste Landesbehörden sind, richtet sich nach dem jeweiligen Landesrecht. Hierzu gehören in der Regel die Staatskanzleien bzw. die Staatsministerien, die Fachministerien bzw. Fachsenate sowie die Landesrechnungshöfe. Dabei sind lediglich die im Geschäftsverteilungs- bzw. Organisationsplan ausgewiesenen Abteilungsleitungen berücksichtigt. Nicht dagegen andere Funktionsebenen, wie z. B. Unterabteilungsleitungen, Referatsgruppenleitungen oder auch Stabsstellenleitungen. Für Hamburg wird die Amtsleitungsebene abgebildet.

Datenquelle: Eigene Erhebung der GFMK (Stand November 2008)

Der Indikator steht für die Beteiligung von Frauen an herausgehobenen Führungs- und Leitungsaufgaben in den Länderministerien bzw. Senatsverwaltungen. Er gibt Hinweise auf die Repräsentanz von Frauen in der beschriebenen Führungsebene;

- eine Personalplanung und -entwicklung in den darunterliegenden Hierarchieebenen, die auf eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Leitungsaufgaben zielt;
- eine Verwaltungskultur, die Frauen einen Aufstieg in Spitzenpositionen ermöglicht;
- das Potenzial zur Besetzung von Gremien mit Frauen.



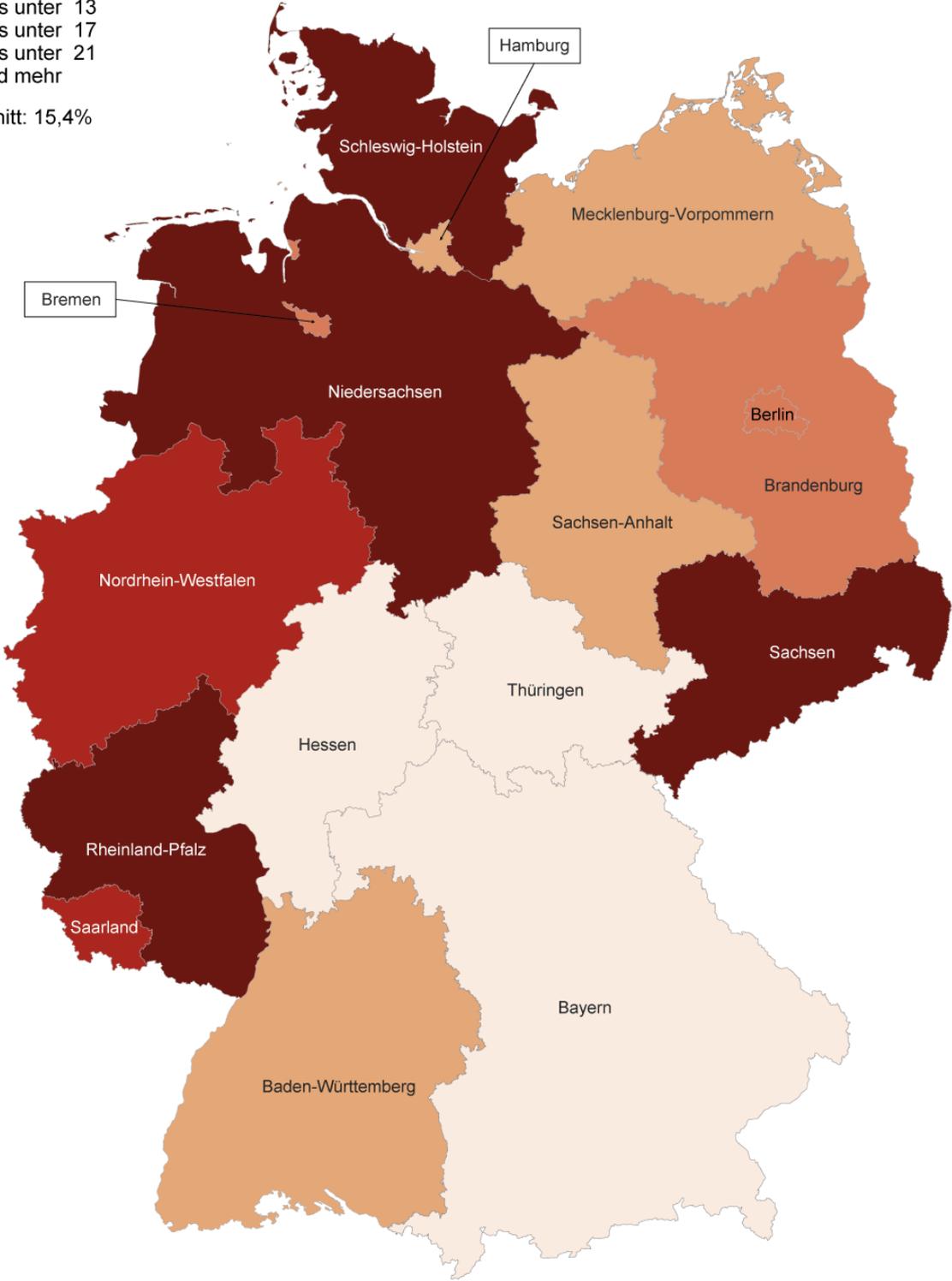
Von den insgesamt 831 Abteilungen der obersten Landesbehörden wurden im November 2008 128 von Frauen und 703 von Männern geleitet. Der Frauenanteil liegt im Bundesdurchschnitt bei 15,4%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 2,4% bis zu 34,8%.

Frauenanteil an den Abteilungsleitungspositionen der obersten Landesbehörden 2008

Frauenanteil in %

- ☐ unter 9
- ☐ 9 bis unter 13
- ☐ 13 bis unter 17
- ☐ 17 bis unter 21
- ☐ 21 und mehr

Durchschnitt: 15,4%



1.6 Hochschulprofessuren

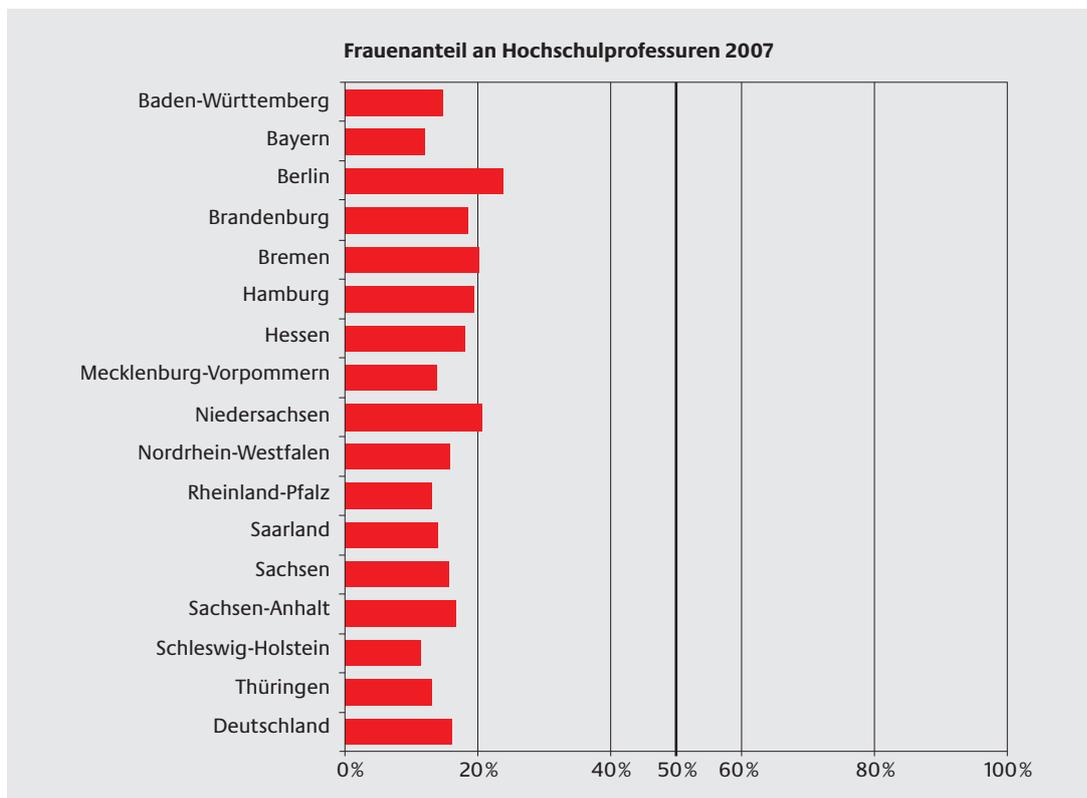
Definition: Prozentualer Anteil von Frauen an den Hochschulprofessuren.

Methodische Hinweise: Beschrieben werden die Zahlen der Hochschulprofessuren insgesamt und die Zahl der Frauen, die eine Hochschulprofessur wahrnehmen. Umfasst sind die Besoldungsgruppen C 4, W 3, C 3, W2, C 2 und W 1. Die Juniorprofessuren (Besoldungsgruppe W 1) sind hier mit einbezogen. Um jedoch das Potenzial an Frauen, die sich für die Übernahme einer (ordentlichen) Professur wissenschaftlich qualifizieren als gleichwertige Qualifizierungsstufe neben der Habilitation auszuweisen, werden die Juniorprofessuren mit dem Indikator 2.10 gesondert beschrieben und abgebildet.

Datenquelle: Hochschulstatistik 2007

Der Indikator steht für den Anteil von Frauen an Hochschulprofessuren. Er gibt Hinweise auf

- die Beteiligung von Frauen an den Professuren der Hochschulen;
- die Bereitschaft der Hochschulen, Frauen an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen in Forschung und Lehre teilhaben zu lassen;
- strukturelle Hindernisse im Wissenschaftsbetrieb, die eine wissenschaftliche Karriere für Frauen und ihren Zugang zu Spitzenpositionen in Forschung und Lehre erschweren.



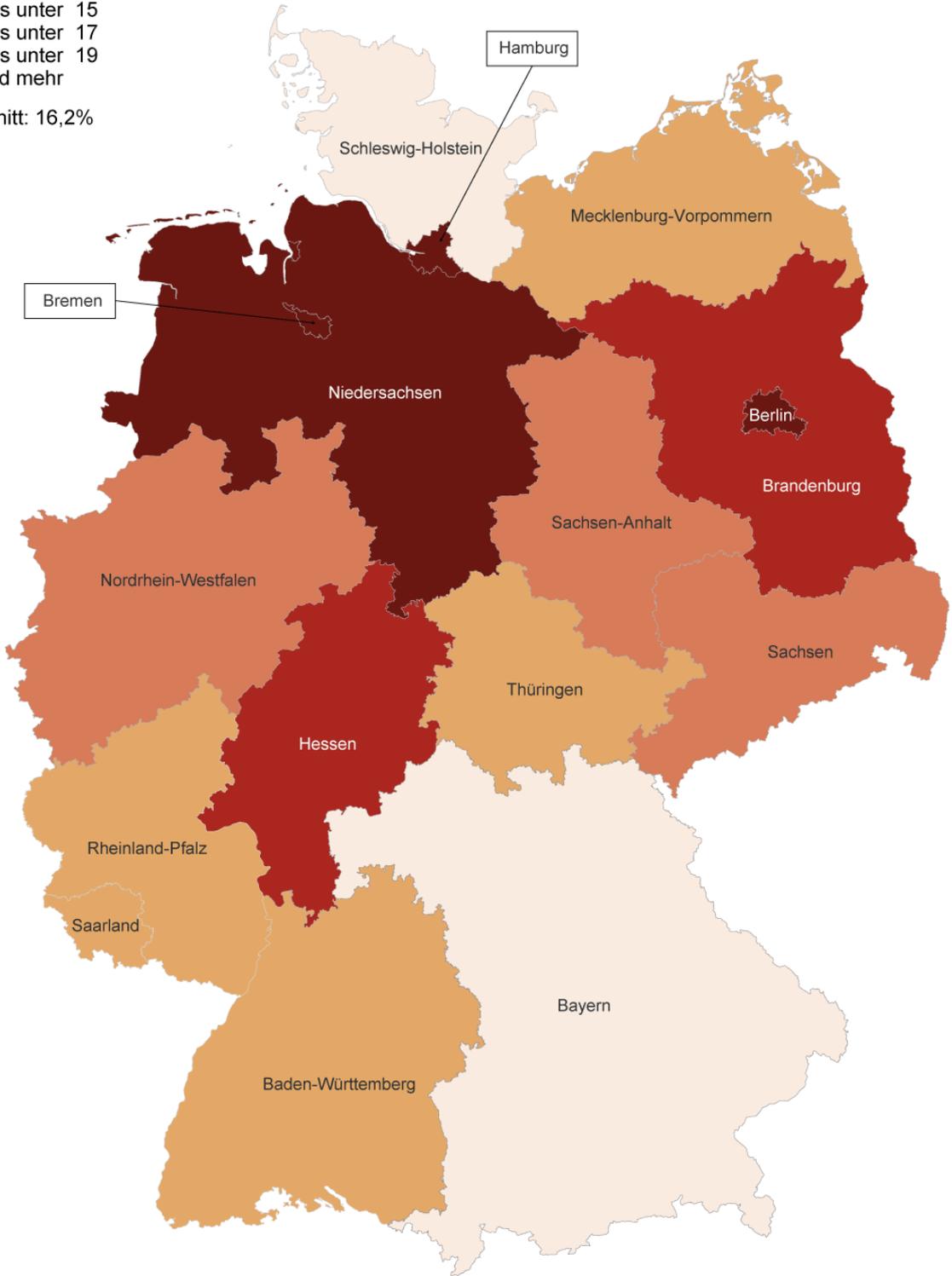
Von den insgesamt 38.020 Professuren an deutschen Hochschulen im Jahr 2007 waren 6.173 von Frauen besetzt. Der Frauenanteil liegt im Bundesdurchschnitt damit bei 16,2%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 11,1% bis zu 23,9%. Die Länder streben an, dass Frauen 30% der Professuren innehaben.

Frauenanteil an den Hochschulprofessuren 2007

Frauenanteil in %

- unter 13
- 13 bis unter 15
- 15 bis unter 17
- 17 bis unter 19
- 19 und mehr

Durchschnitt: 16,2%



1.7 Führungspositionen in der Privatwirtschaft

Der Anteil von Frauen an den Führungspositionen in der Privatwirtschaft ist ein wichtiger Hinweis auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wirtschaft. Dieser Anteil lag im Jahr 2006 im bundesweiten Durchschnitt bei 31% und damit um rund 5 Prozentpunkte höher als im Jahr 2001⁹.

Der Indikator soll die Beteiligung von Frauen an herausgehobenen Führungs- und Leitungsaufgaben in der Privatwirtschaft abbilden und damit Hinweise auf eine geschlechtergerechte Personal- und Organisationsentwicklungsplanung geben.

Als Datengrundlage für eine länderbezogene Grafik und eine kreisbezogene Landkarte war vorgesehen, den Mikrozensus 2007 zu verwenden. Als Führungspositionen gelten nach dem Mikrozensus-Erhebungsmerkmal „Stellung im Betrieb“ Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen (z. B. Direktor, Geschäftsführer, Chefarzt, Handlungsbevollmächtigter). Nicht eingeschlossen ist der öffentliche Dienst.

Allerdings weist der Mikrozensus, der auf einer Zufallsauswahl basiert, bei hochgerechneten Ergebnissen von unter 5.000 wegen des geringen Aussagewertes keine Ergebnisse aus. Für den Indikator „Führungspositionen in der Privatwirtschaft“ liegen statistisch verwertbare Zahlen nur für acht Länder vor. Daher hat die 19. GFMK den Beschluss gefasst, in diesem 1. Gleichstellungsatlas von der Darstellung in Form eines Diagramms und einer Karte abzu-
sehen.

Bei einer möglichen Fortschreibung des Gleichstellungsatlas soll dieser Indikator auf der Basis einer Datenquelle dargestellt werden, die für alle Länder verwertbare Daten liefert.

⁹ Führungskräfte-Monitor 2001 – 2006 (Forschungsreihe Band 7 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

II.

Bildung und Ausbildung

Der Bildung kommt im Zuge der weiter fortschreitenden Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft eine immer größere Bedeutung zu. Diese betrifft sowohl die gesamtgesellschaftliche Perspektive im Hinblick auf die Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts als auch die individuellen Perspektiven im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Verdienstmöglichkeiten und die gesellschaftliche Teilhabe.

Wegen der Bedeutung der schulischen Abschlüsse wurden hierfür 5 Indikatoren ausgewählt. Bei den schulischen Abschlüssen zeigen sich zunehmend deutlichere geschlechtsspezifische Unterschiede. Mehr junge Frauen als junge Männer haben höhere Bildungsabschlüsse.

Für die Studienfächerwahl wurden als Indikatoren exemplarisch die „Fächergruppe Ingenieurwissenschaften“ und „Lehramt Primarbereich“ ausgewählt. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung zeigt sich bereits jetzt ein Fachkräftemangel, der weiter zunehmen wird. Wegen des steigenden Bedarfs für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich richtet sich hier das Interesse seit einigen Jahren verstärkt auf die Gewinnung von weiblichem Nachwuchs. Ein vergleichbarer Ansatz zur Gewinnung von männlichen Nachwuchskräften in sozialen, erzieherischen, pädagogischen Berufen ist noch nicht zu beobachten.

2.1 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen ohne schulischen Abschluss

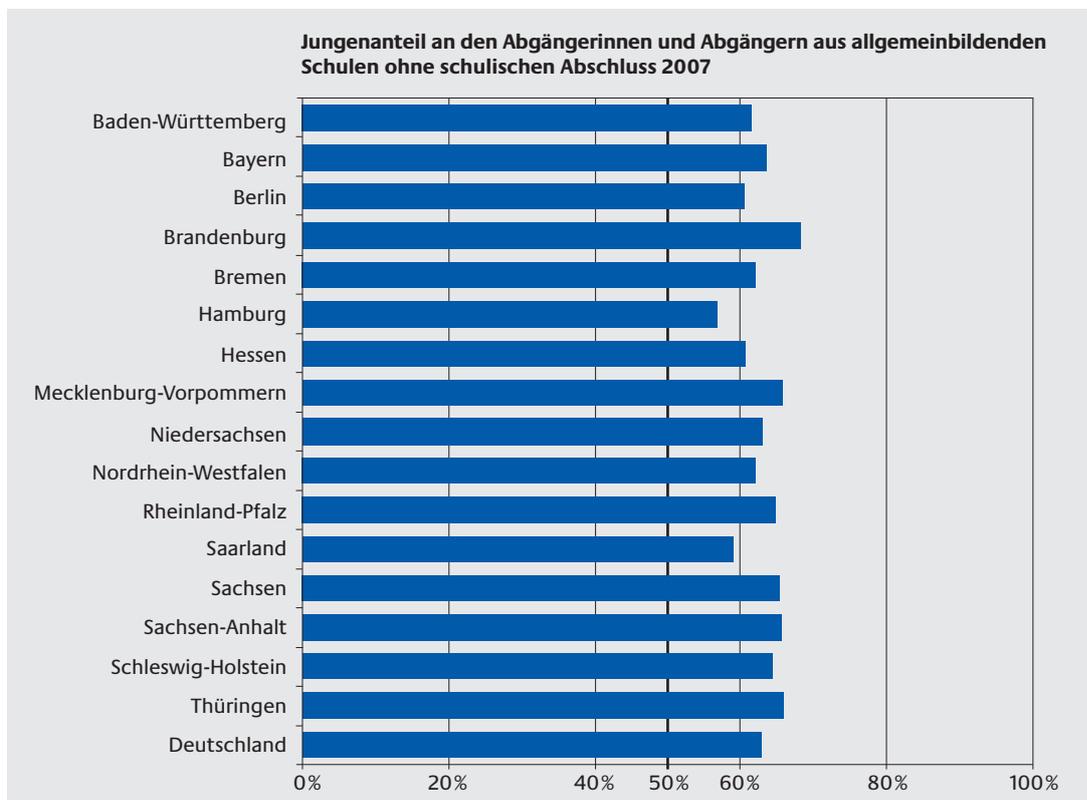
Definition: Prozentualer Anteil von Jungen an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen ohne schulischen Abschluss.

Methodische Hinweise: Erfasst werden öffentliche und private allgemeinbildende Schulen.

Datenquelle: Statistik der allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Schuljahr 2006/2007)

Der Indikator bildet den Anteil von Jungen an den abgehenden Schülerinnen und Schülern ohne schulischen Abschluss ab. Er gibt Hinweise auf

- | geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede;
- | das Vorhandensein einer geschlechtergerechten Schullandschaft;
- | den Stand der Umsetzung geschlechtsspezifischer Unterrichtskonzepte;
- | Gender-Kompetenz im Schulalltag.



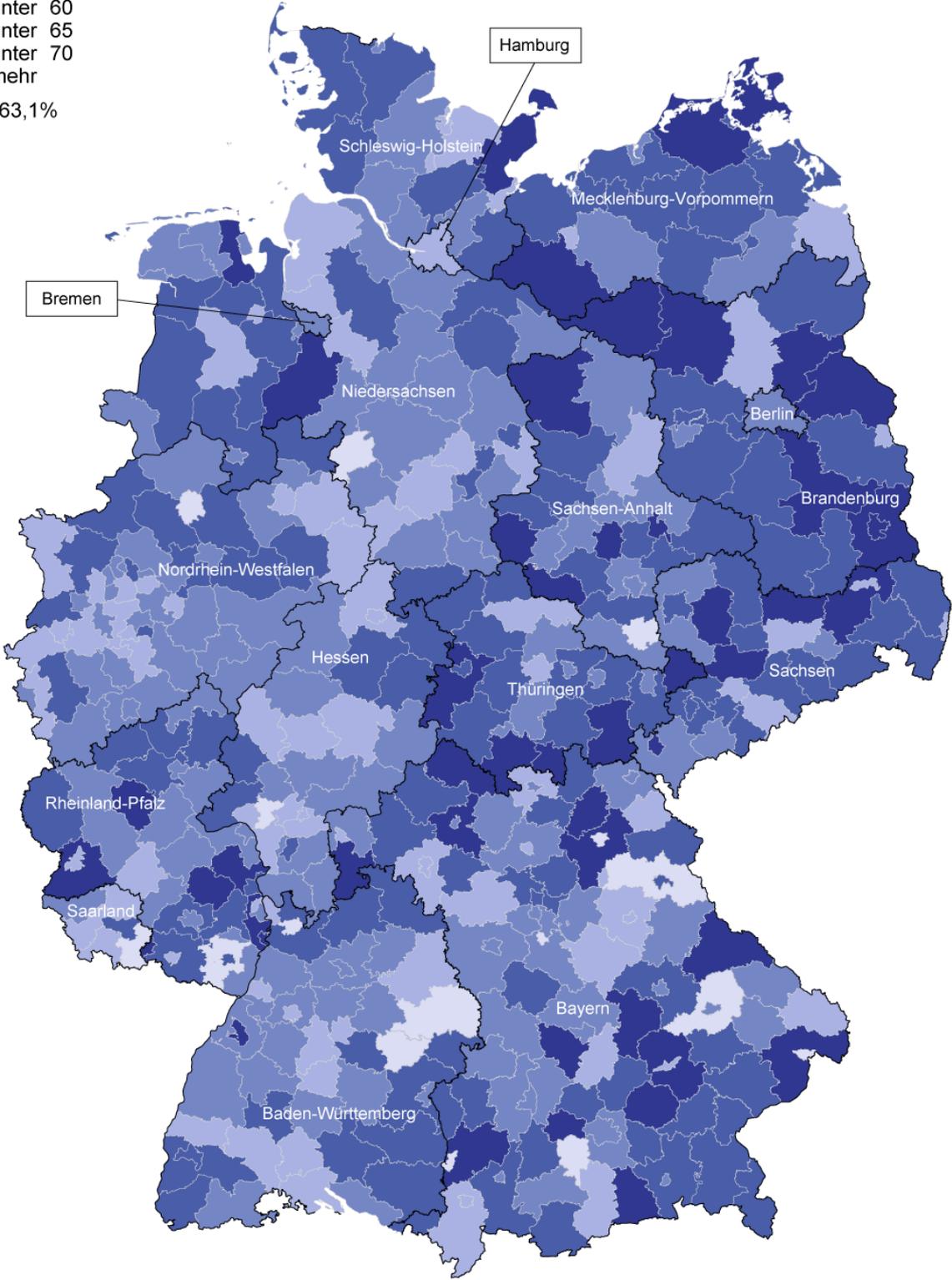
Von 75.897 Abgängerinnen und Abgängern, die im Schuljahr 2006/2007 eine allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen haben, waren 47.857 Jungen. Dies waren im bundesweiten Durchschnitt 63,1%. Im Ländervergleich liegt die Quote im unteren Bereich bei 56,8% und im oberen Bereich bei 68,2%.

Jungenanteil an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemein bildenden Schulen ohne schulischen Abschluss 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Jungenanteil in %

- ☐ unter 55
- ☐ 55 bis unter 60
- ☐ 60 bis unter 65
- ☐ 65 bis unter 70
- ☐ 70 und mehr

Durchschnitt: 63,1%



2.2 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Hauptschulabschluss

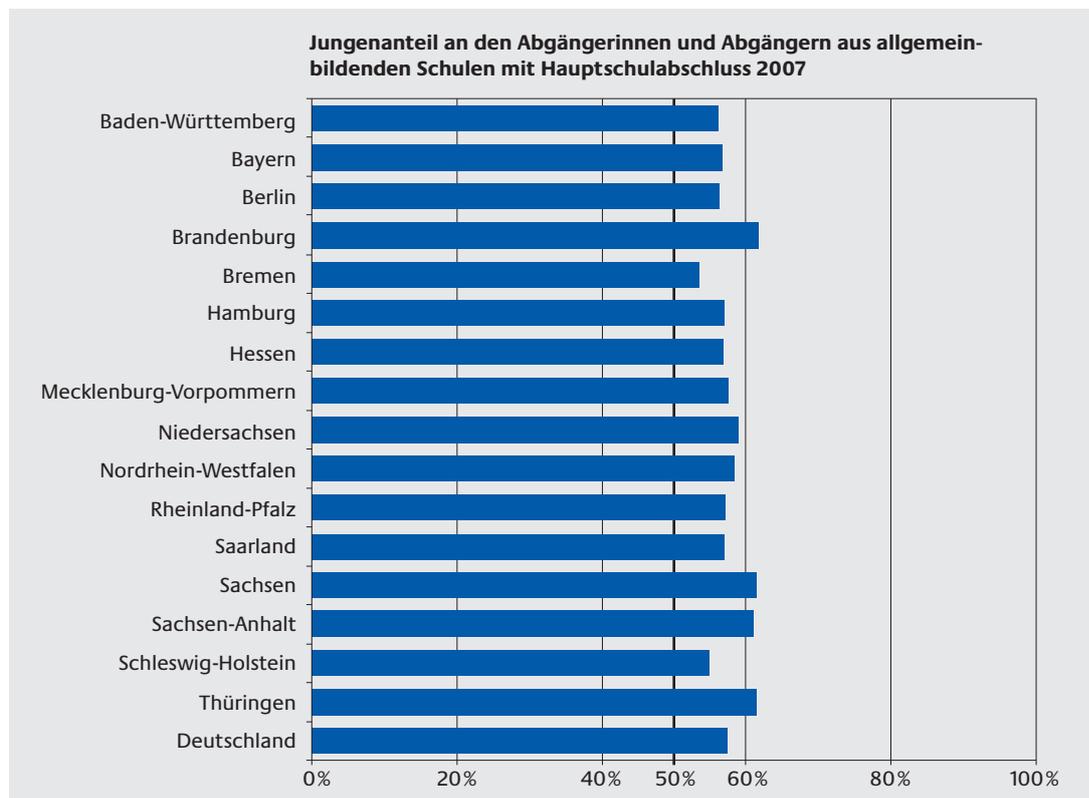
Definition: Prozentualer Anteil von Jungen an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen mit Hauptschulabschluss.

Methodische Hinweise: Erfasst werden öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Die Vergleichbarkeit der Länderergebnisse untereinander ist durch unterschiedliche landesbezogene Regelungen und Strukturen (beispielsweise bei Bildungsgängen im Bereich der beruflichen Schulen) teilweise eingeschränkt. Der Hauptschulabschluss kann z.T. auch an beruflichen Schulen erworben werden. Diese Möglichkeit wird in der Praxis stärker von Jungen als von Mädchen genutzt. Dies wird mit dem Indikator nicht abgebildet.

Datenquelle: Statistik der allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Schuljahr 2006/2007)

Der Indikator gibt Hinweise auf

- ! geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede;
- ! das Vorhandensein einer geschlechtergerechten Schullandschaft;
- ! den Stand der Umsetzung geschlechtsspezifischer Unterrichtskonzepte;
- ! Gender-Kompetenz im Schulalltag.



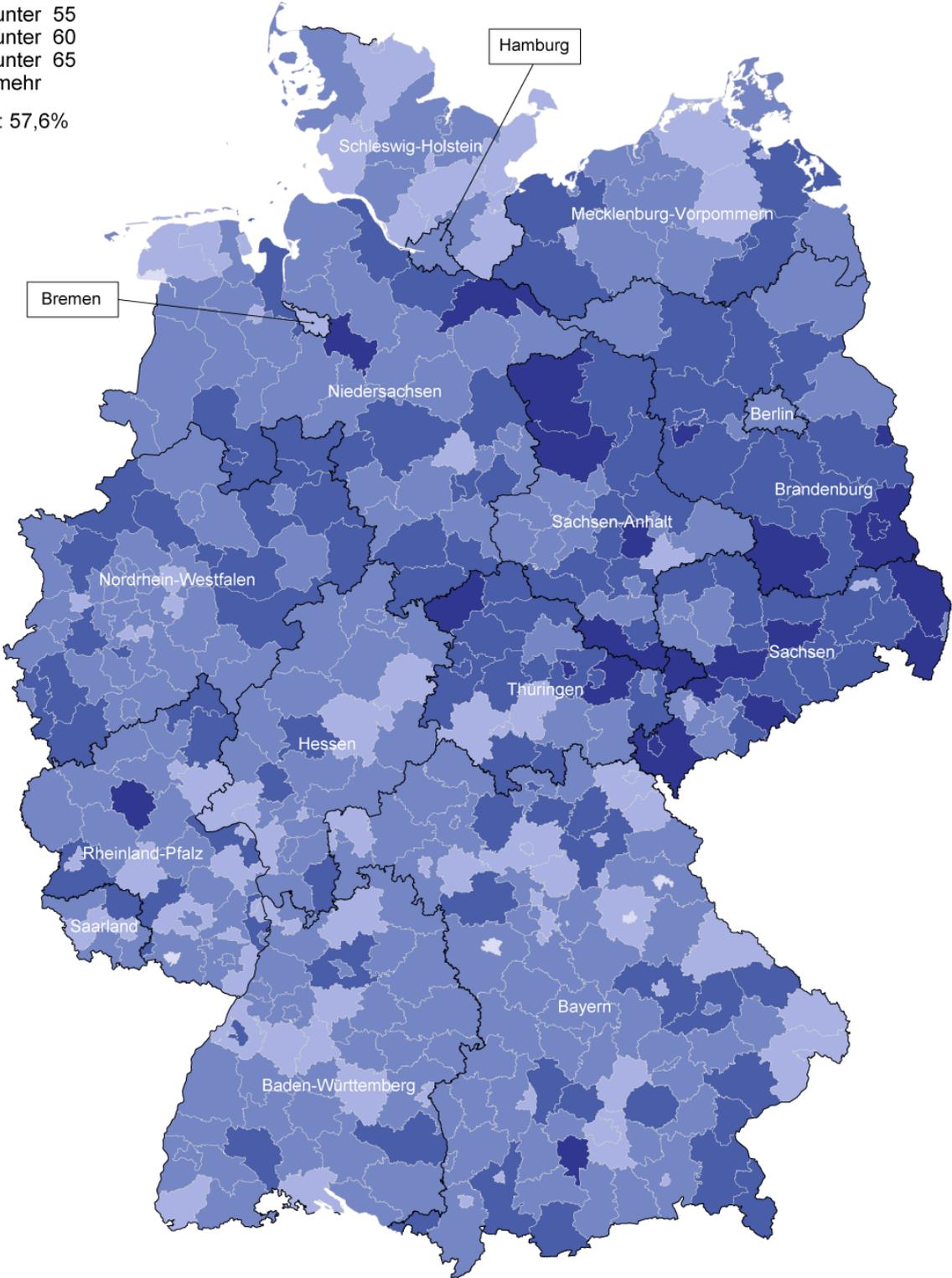
Von 231.083 Abgängerinnen und Abgängern, die im Schuljahr 2006/2007 die allgemeinbildende Schule mit Hauptschulabschluss verlassen haben, waren 133.036 Schüler männlich. Dies waren im bundesweiten Durchschnitt 57,6%. Im Ländervergleich beträgt die niedrigste Quote 53,6% und die höchste Quote 61,7%.

Jungenanteil an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemein bildenden Schulen mit Hauptschulabschluss 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Jungenanteil in %

- ☐ unter 50
- ☐ 50 bis unter 55
- ☐ 55 bis unter 60
- ☐ 60 bis unter 65
- ☐ 65 und mehr

Durchschnitt: 57,6%



2.3 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Realschulabschluss

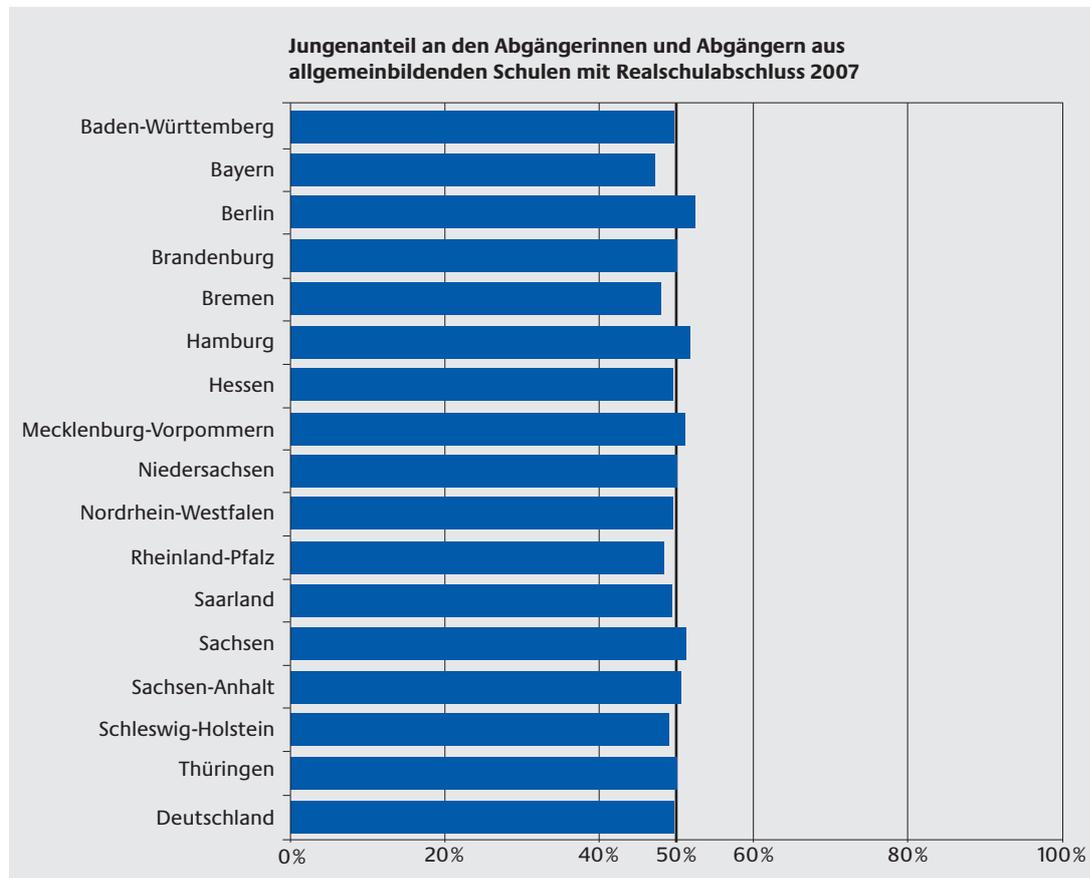
Definition: Prozentualer Anteil von Jungen an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen mit Realschulabschluss.

Methodische Hinweise: Erfasst werden öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Dem Realschulabschluss entspricht der qualifizierte Sekundarabschluss I.

Datenquelle: Statistik der allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Schuljahr 2006/2007)

Der Indikator gibt Hinweise auf

- | geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede;
- | das Vorhandensein einer geschlechtergerechten Schullandschaft;
- | den Stand der Umsetzung geschlechtsspezifischer Unterrichtskonzepte;
- | Gender-Kompetenz im Schulalltag.



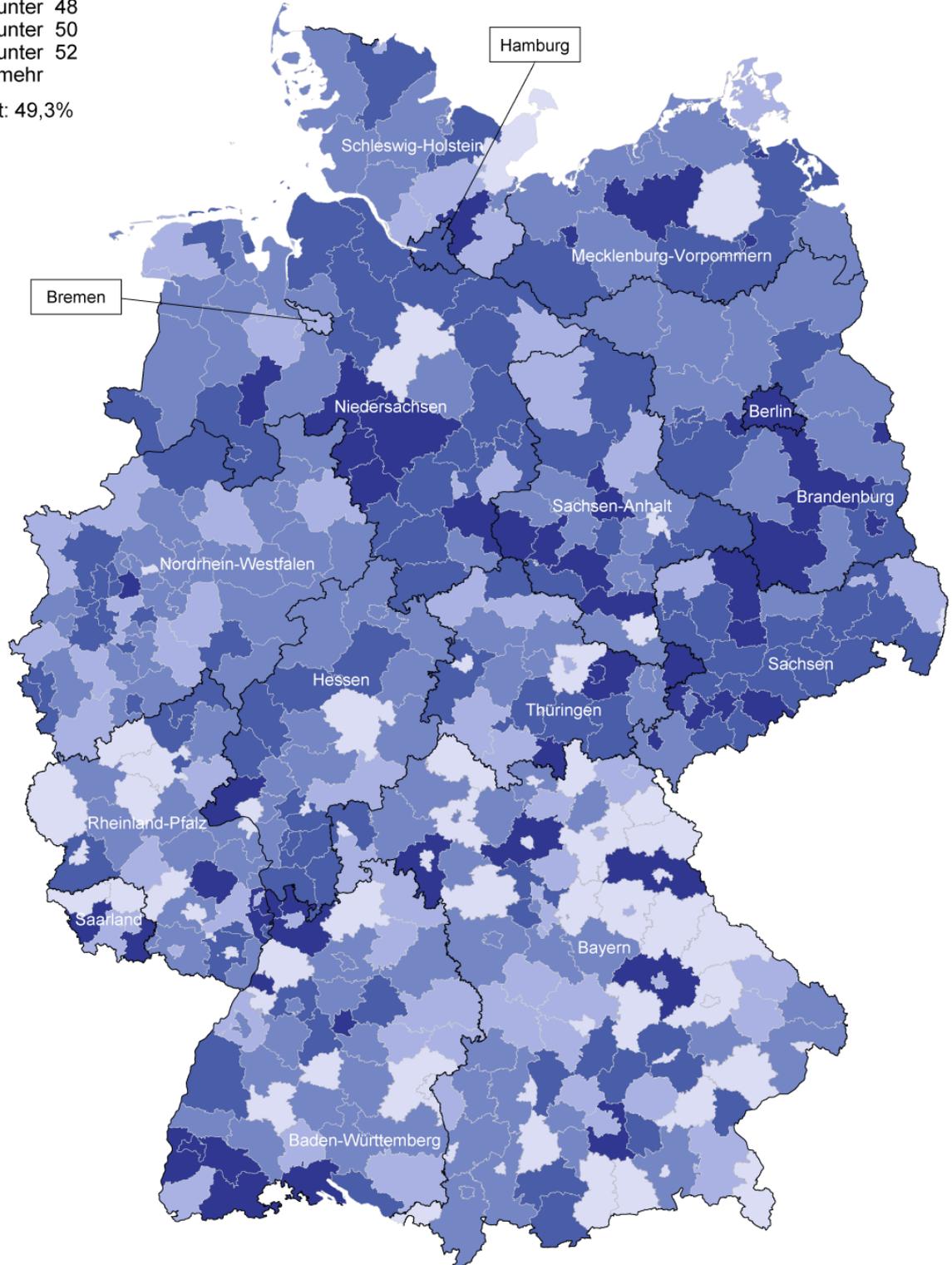
Von 396.699 Abgängerinnen und Abgängern, die im Schuljahr 2006/2007 die allgemeinbildende Schule mit Realschulabschluss verlassen haben, waren 195.765 Schüler männlich. Das waren im bundesweiten Durchschnitt 49,3%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 47,0% bis 52,3%.

Jungenanteil an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemein bildenden Schulen mit Realschulabschluss 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Jungenanteil in %

- unter 46
- 46 bis unter 48
- 48 bis unter 50
- 50 bis unter 52
- 52 und mehr

Durchschnitt: 49,3%



2.4 Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife

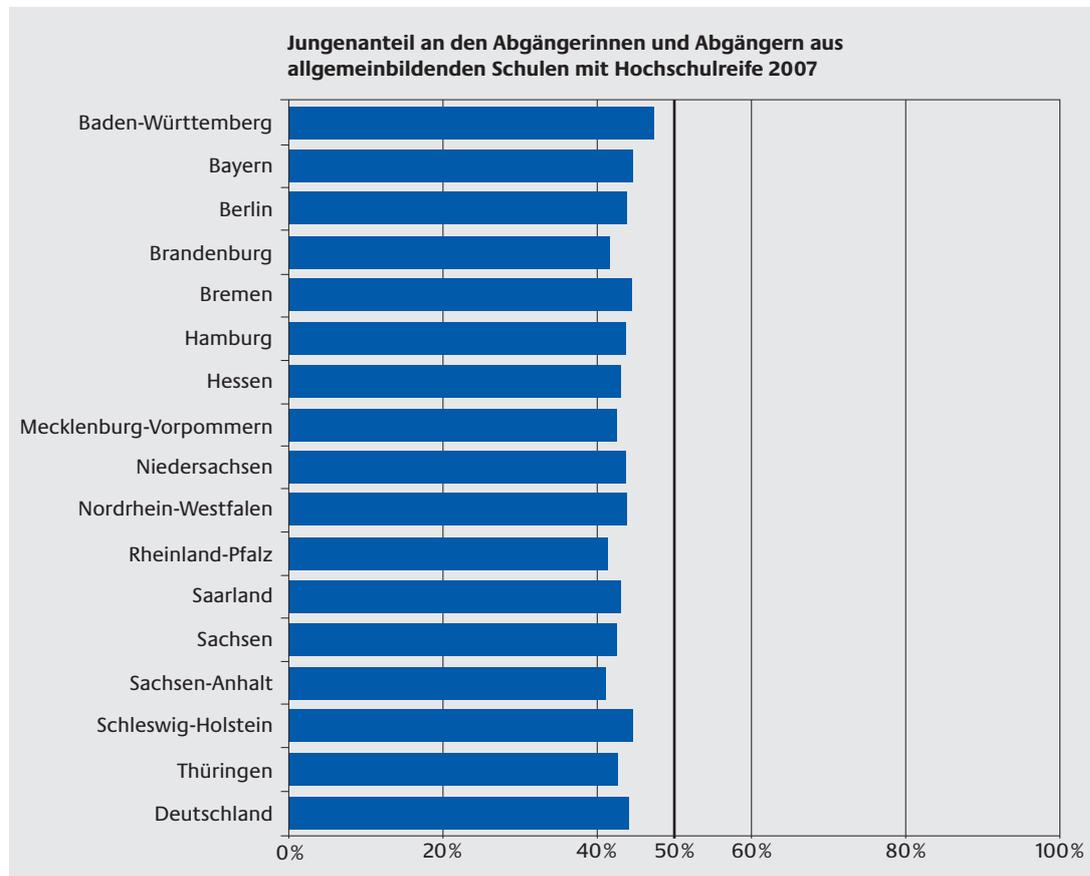
Definition: Prozentualer Anteil von Jungen an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife.

Methodische Hinweise: Erfasst werden öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Der Abgang aus allgemeinbildenden Schulen mit Fachhochschulreife wird nicht erhoben, da die Fachhochschulreife nicht in allen Ländern an allgemeinbildenden Schulen erworben werden kann.

Datenquelle: Statistik der allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Schuljahr 2006/2007)

Der Indikator gibt Hinweise auf

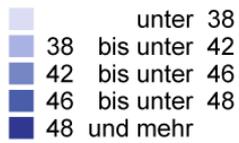
- | geschlechtsspezifische Bildungsunterschiede;
- | das Vorhandensein einer geschlechtergerechten Schullandschaft;
- | den Stand der Umsetzung geschlechtsspezifischer Unterrichtskonzepte;
- | Gender-Kompetenz im Schulalltag.



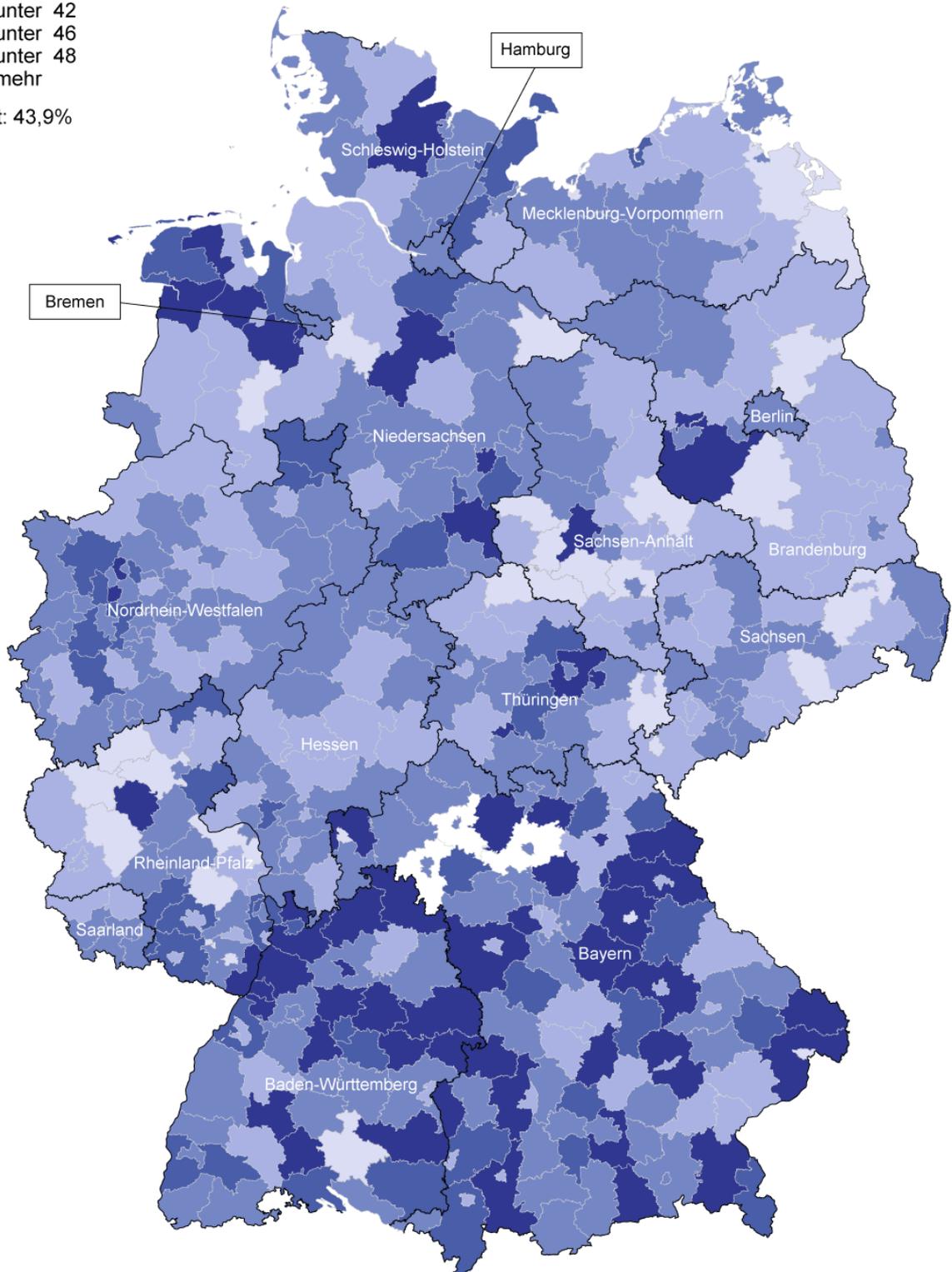
Von 243.685 Abgängerinnen und Abgängern, die im Schuljahr 2006/2007 eine allgemeinbildende Schule mit Hochschulreife verlassen haben, waren 106.944 Schüler männlich. Dies sind im bundesweiten Durchschnitt 43,9%. Im Ländervergleich beträgt die niedrigste Quote 41,1% und die höchste Quote 47,4%.

Jungenanteil an den Abgängerinnen und Abgängern aus allgemein bildenden Schulen mit Hochschulreife 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Jungenanteil in %



Durchschnitt: 43,9%



In den Landkreisen Bamberg, Schweinfurt und Würzburg sind keine entsprechenden Schultypen vorhanden.

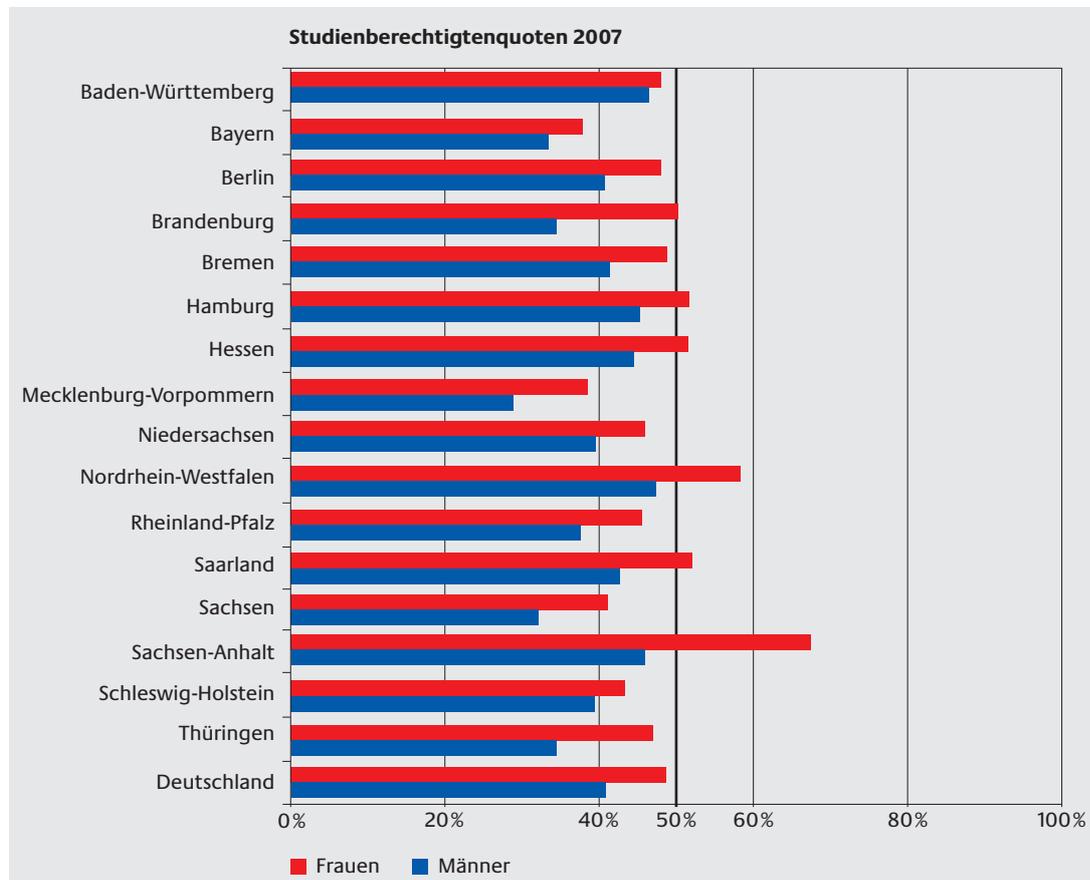
2.5 Studienberechtigtenquoten

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen/Männern mit Hochschulzugangsberechtigung an der altersspezifischen Bevölkerung. Die altersspezifische Bevölkerung wird als Durchschnitt der Altersjahrgänge der 18- bis unter 21-Jährigen der Wohnbevölkerung errechnet.

Methodische Hinweise: Für die Kartenerstellung wurde der Index „Quote der Frauen, wenn Quote der Männer = 100“ berechnet; beim Balkendiagramm sind die Originalquoten dargestellt.

Datenquelle: Statistik der allgemein bildenden und beruflichen Schulen (Schuljahr 2006/2007)

Der Indikator bildet differenziert nach Geschlecht die Quote aller Studienberechtigten an den Gleichaltrigen in der Bevölkerung ab. Er gibt Hinweise auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die einen Schulabschluss erreicht haben, der zum Studium qualifiziert.



Im Jahr 2007 waren im bundesweiten Durchschnitt 44,5 % der im Land lebenden gleichaltrigen Bevölkerung studienberechtigt. Bei den Frauen war der Anteil der Studienberechtigten mit 48,6 % höher als bei den Männern (40,5 %). Im Ländervergleich reicht die Quote bei den Frauen von 37,7 % bis 58,2 % und bei den Männern von 33,1 % bis 47,1 %. In allen Ländern liegt die Studienberechtigtenquote der Frauen höher als die der Männer.

Studienberechtigtenquote 2007

Index: Studienberechtigtenquote der Frauen, wenn die Quote der Männer = 100 gesetzt wird

- ☐ unter 114
 - ☐ 114 bis unter 118
 - ☐ 118 bis unter 122
 - ☐ 122 bis unter 126
 - ☐ 126 und mehr
- Durchschnitt: 120



2.6 Studienwahl: Fächergruppe Ingenieurwissenschaften

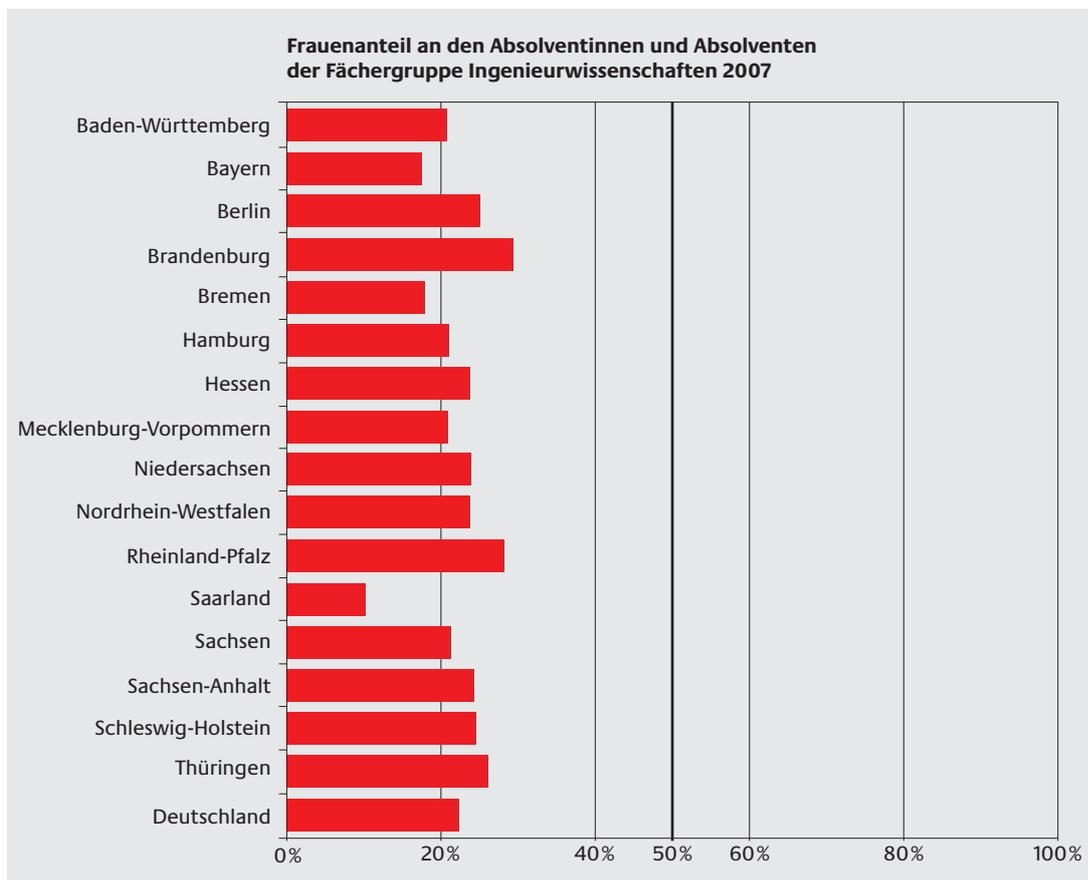
Definition: Prozentualer Anteil der von Frauen abgelegten Abschlussprüfungen der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften.

Methodische Hinweise: Zur Gruppe der Ingenieurwissenschaften gehören unter anderem die Fächer Ingenieurwesen (allgemein), Maschinenbau/Verfahrenstechnik, Elektrotechnik, Architektur/Innenarchitektur und Bauingenieurwesen. Erfasst wurden Abschlussprüfungen, die ein Hochschulstudium beenden, unabhängig davon, ob die Prüfung bestanden wurde.

Datenquelle: Prüfungsstatistik 2007

Der Indikator steht für das Interesse der Frauen an einem Studium in einer von Männern dominierten Fächergruppe. Er weist hin auf

- ! geschlechterspezifisches Studienwahlverhalten von Frauen und Männern;
- ! den Einfluss traditioneller Rollenbilder bei der Berufswahl von Frauen und Männern;
- ! die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes.



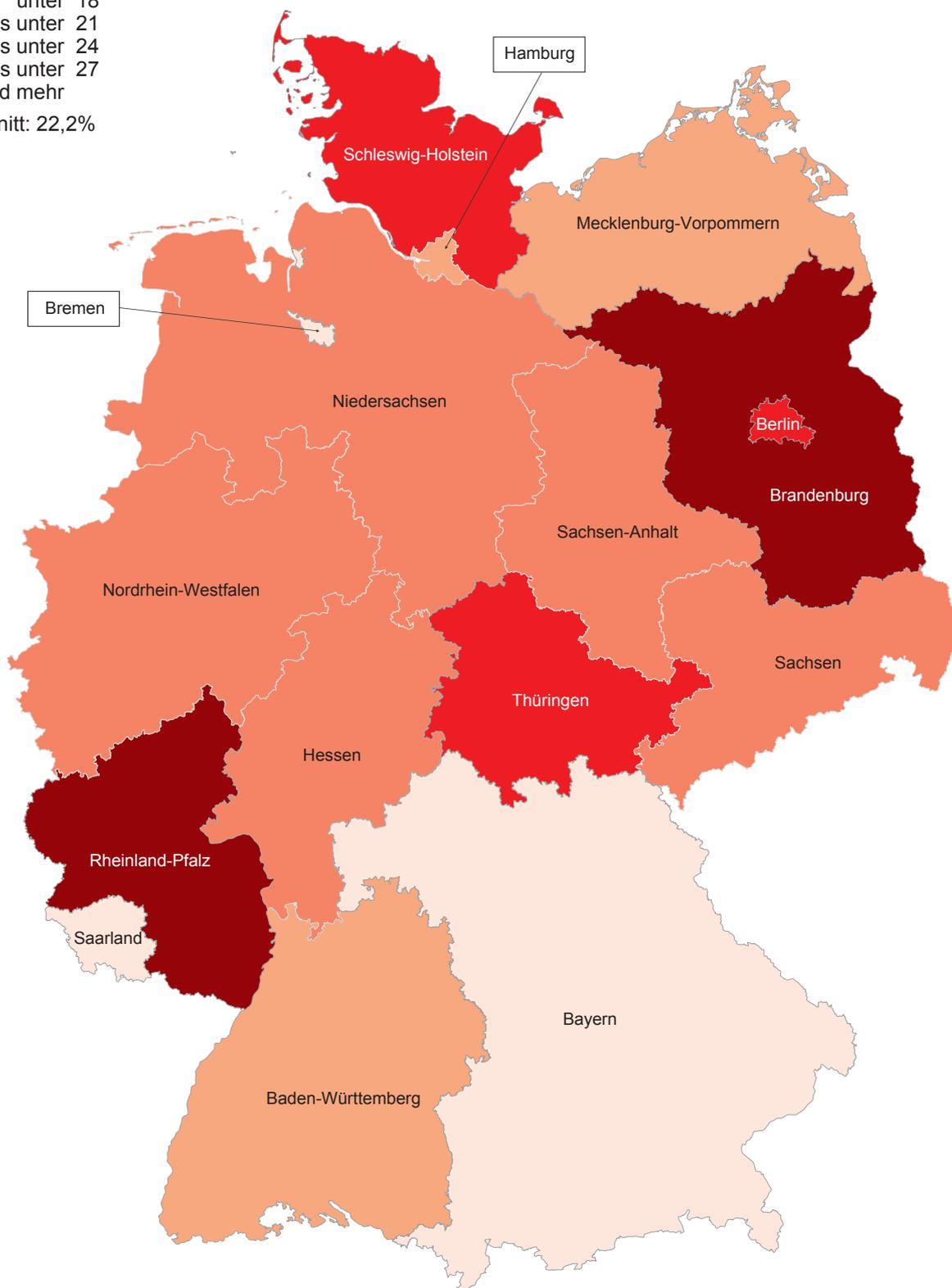
Von 44.676 Abschlussprüfungen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften wurden 9.931 von Frauen abgelegt; das entspricht einem Anteil von bundesweit 22,2%. Die Spanne reicht von 10,3% bis zu 29,1%.

Frauenanteil an den Absolventinnen und Absolventen der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften 2007

Frauenanteil in %

- ☐ unter 18
- ☐ 18 bis unter 21
- ☐ 21 bis unter 24
- ☐ 24 bis unter 27
- ☐ 27 und mehr

Durchschnitt: 22,2%



2.7 Studienwahl: Lehramt Primarbereich

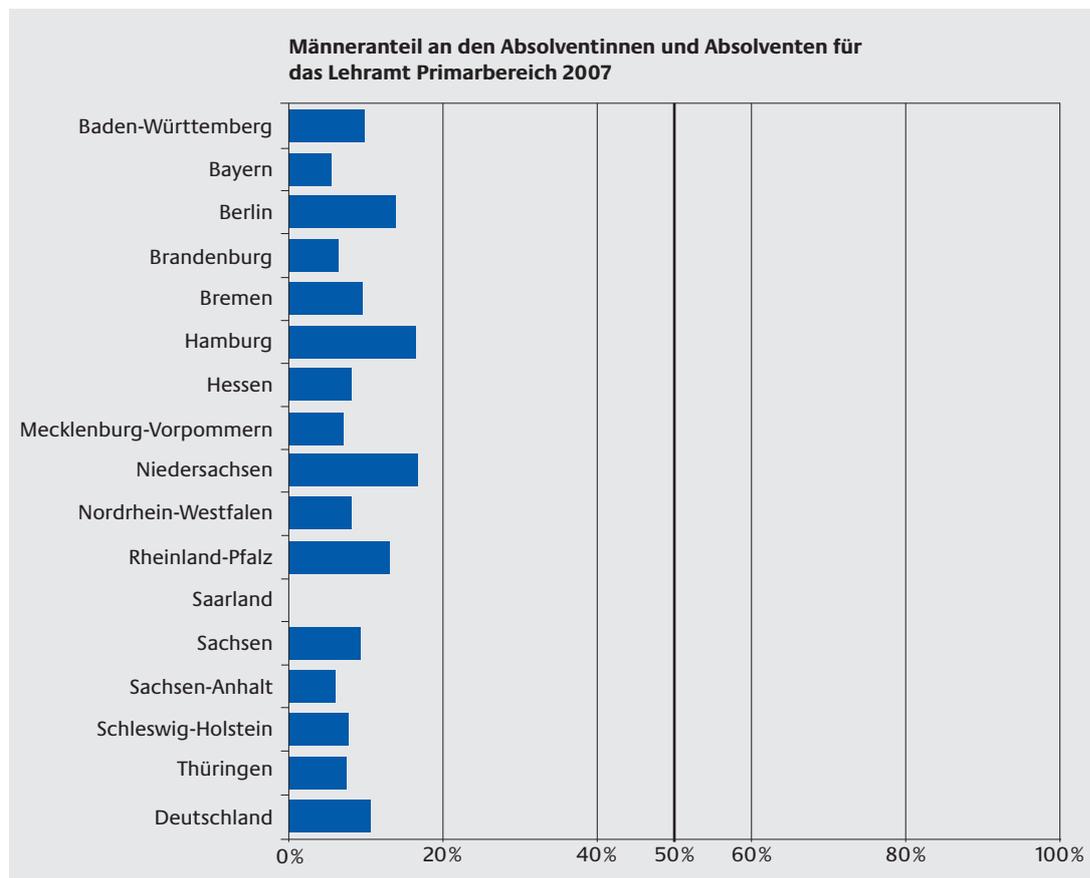
Definition: Prozentualer Anteil der von Männern abgelegten Abschlussprüfungen für das Lehramt im Primarbereich (Grundschulen).

Methodische Hinweise: Erfasst wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen für das Lehramt im Primarbereich, soweit dies in den Ländern Gültigkeit hat, im anderen Fall liegt die Zahl der Absolventinnen und Absolventen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen zugrunde. Erfasst wurden Abschlussprüfungen, die ein Hochschulstudium beenden, unabhängig davon, ob die Prüfung bestanden wurde. Im Saarland wird das Studium zum Lehramt im Primarbereich nicht angeboten.

Datenquelle: Prüfungsstatistik 2007

Der Indikator steht für das Interesse der Männer an einer Lehrkräfteausbildung im Grundschulbereich, die ganz überwiegend von Frauen ausgeübt wird. Er weist hin auf

- ! geschlechterspezifisches Studienwahlverhalten von Frauen und Männern;
- ! den Einfluss traditioneller Rollenbilder bei der Berufswahl von Frauen und Männern;
- ! die geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarktes;
- ! höhere Erwartungen der Männer an berufliche Position und Einkommen.



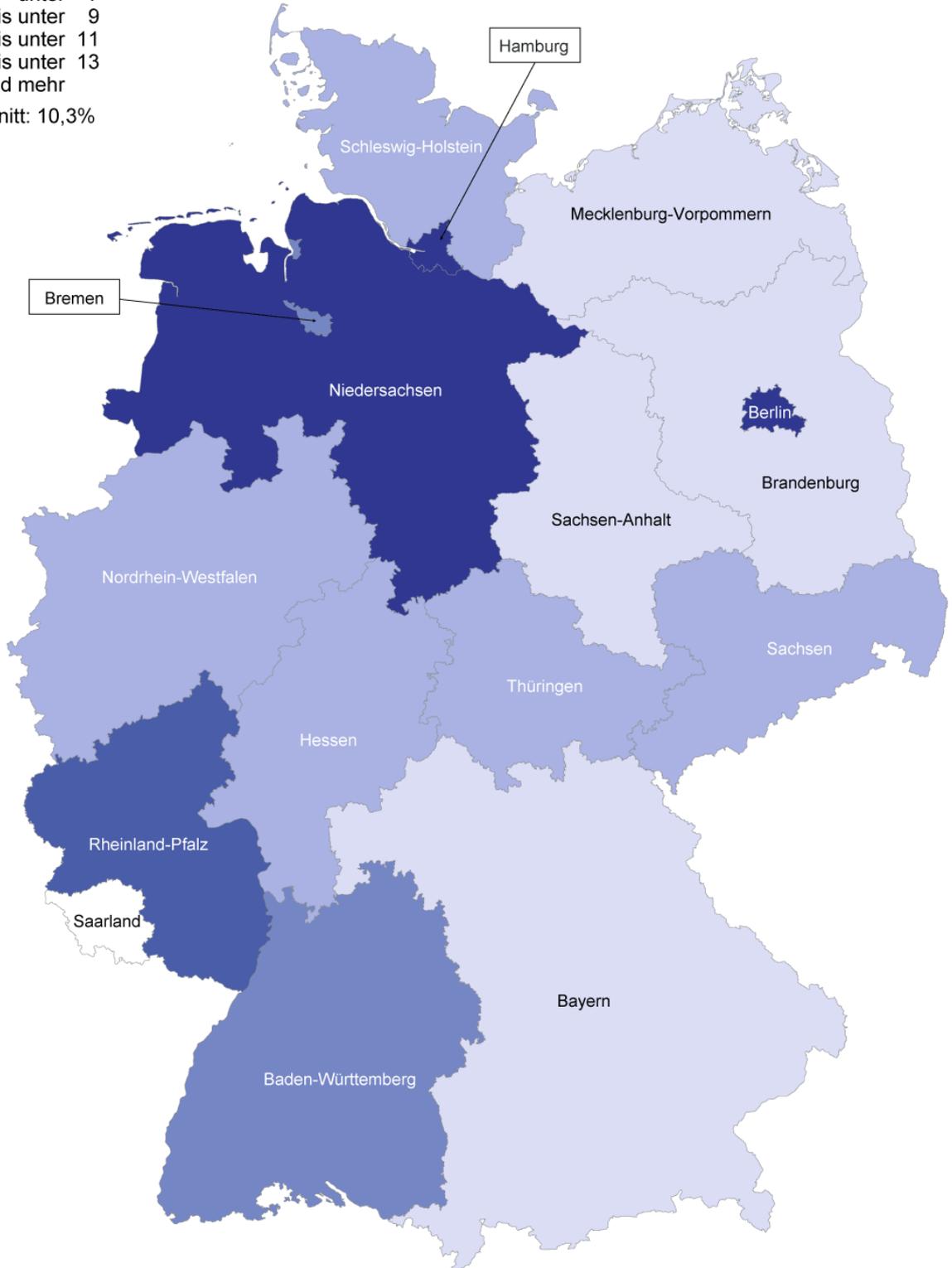
Von insgesamt 8.999 Studierenden, die im Jahr 2007 die Prüfung für ein Lehramt im Primarbereich ablegten, waren bundesweit nur 931 oder 10,3% Männer. Die Spannweite liegt zwischen 5,2% und 16,6%.

Männeranteil an den Absolventinnen und Absolventen für das Lehramt Primarbereich 2007

Männeranteil in %

- ☐ unter 7
- ☐ 7 bis unter 9
- ☐ 9 bis unter 11
- ☐ 11 bis unter 13
- ☐ 13 und mehr

Durchschnitt: 10,3%



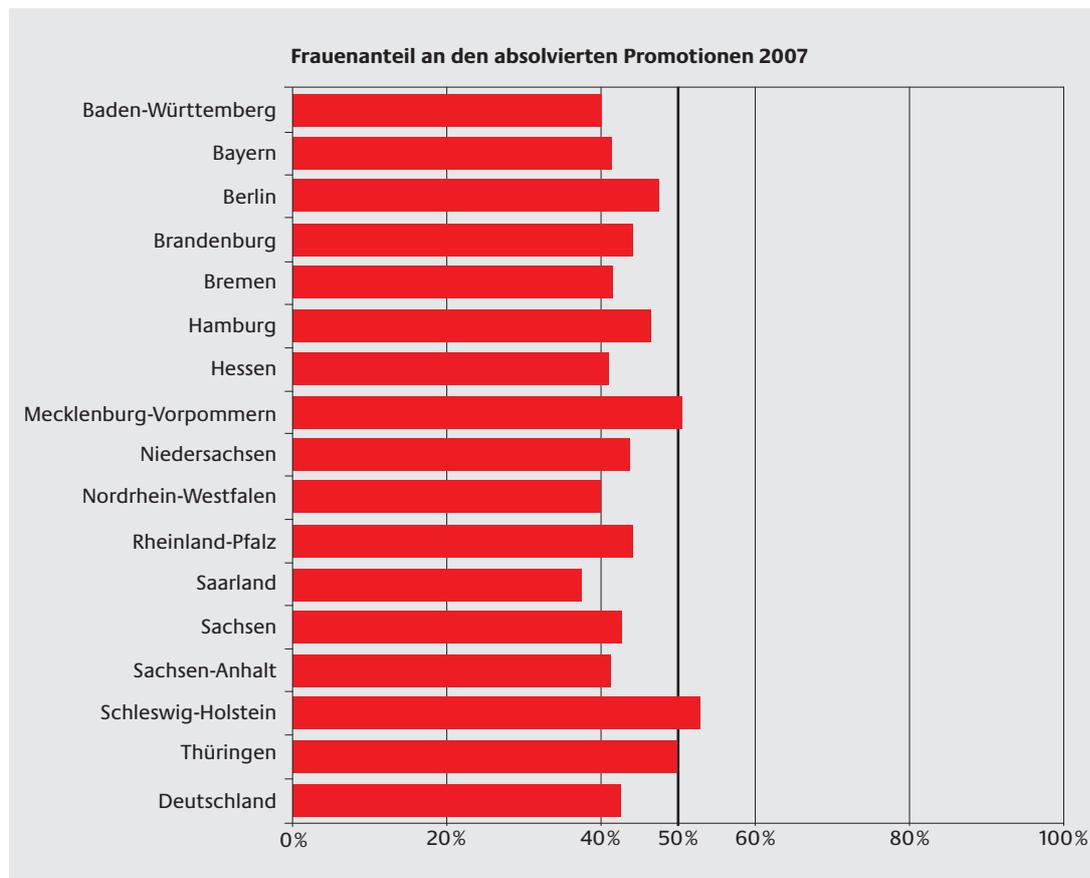
Im Saarland ist keine Pädagogische Hochschule vorhanden.

2.8 Promotionen

Definition: Prozentualer Anteil der von Frauen erfolgreich absolvierten Promotionen
Datenquelle: Prüfungsstatistik 2007

Der Indikator gibt Hinweise auf

- | die Partizipation von Frauen an der wissenschaftlichen Qualifikation;
- | strukturelle Hindernisse im Wissenschaftsbetrieb, die Frauen perspektivisch den Zugang zu Spitzenpositionen in Wissenschaft, Forschung und freier Wirtschaft erschweren;
- | Notwendigkeiten der Steuerung bei der Bildungsplanung.



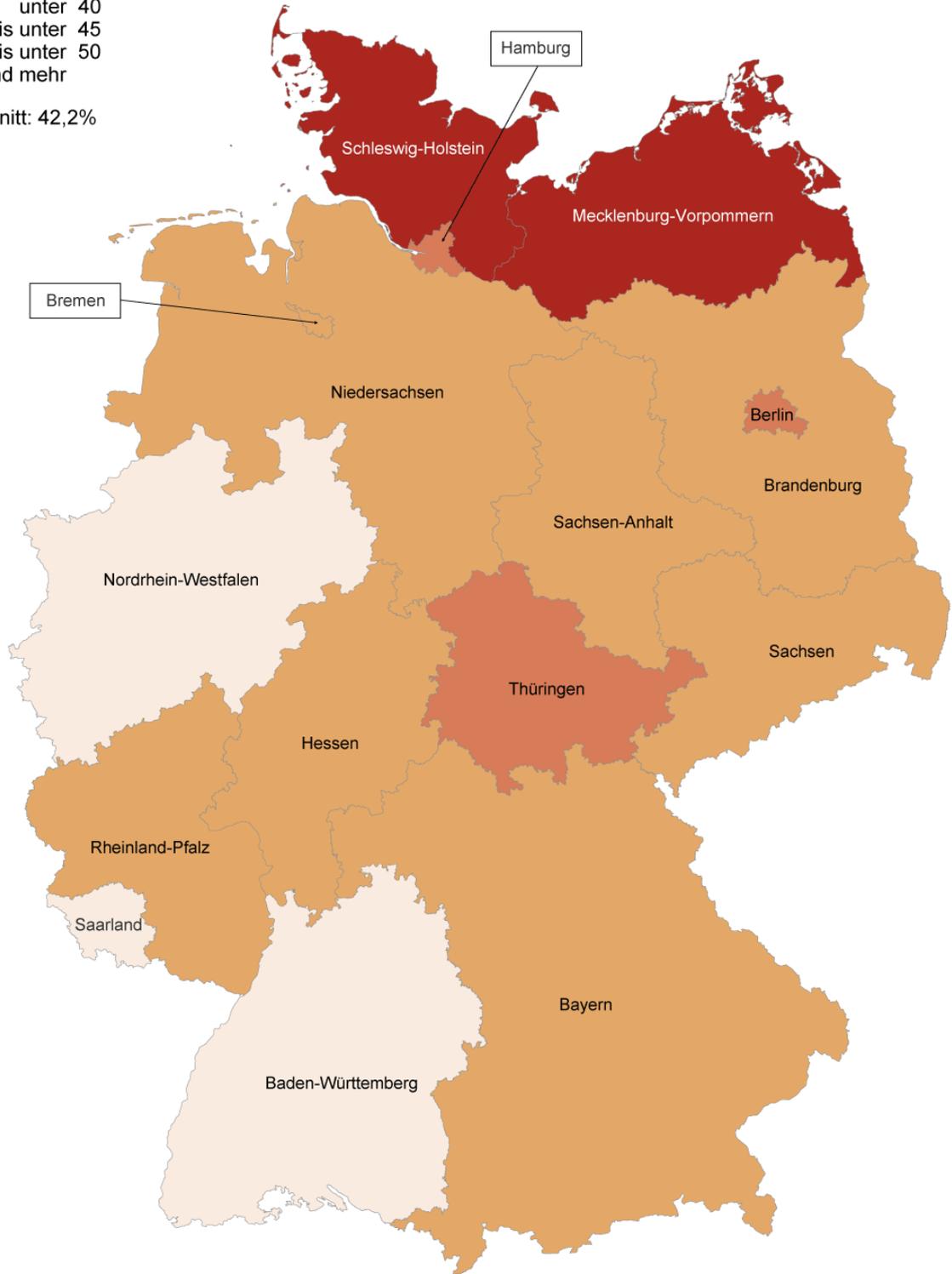
Von den insgesamt 23.754 Promotionen an den Hochschulen wurden 10.033 von Frauen erfolgreich abgelegt. Der Frauenanteil liegt damit im Bundesdurchschnitt bei 42,2%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 37,4% bis zu 52,6%.

Frauenanteil an den absolvierten Promotionen 2007

Frauenanteil in %

- unter 40
- 40 bis unter 45
- 45 bis unter 50
- 50 und mehr

Durchschnitt: 42,2%

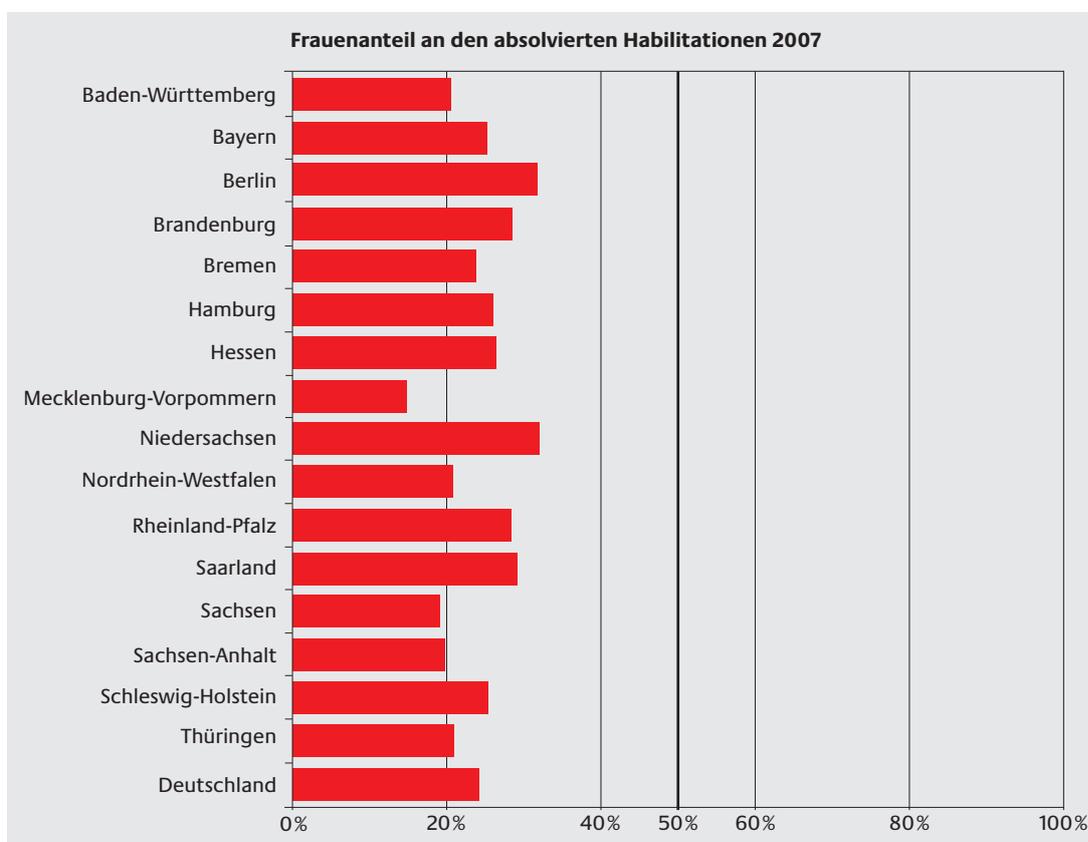


2.9 Habilitationen

Definition: Prozentualer Anteil der von Frauen erfolgreich absolvierten Habilitationen.
Datenquelle: Habilitationsstatistik 2007

Der Indikator gibt Hinweise auf

- I das Potenzial an Frauen, die für die Übernahme einer (ordentlichen) Professur wissenschaftlich qualifiziert sind;
- I strukturelle Hindernisse im Wissenschaftsbetrieb, die Frauen perspektivisch den Zugang zu Spitzenpositionen in Wissenschaft und Forschung erschweren;
- I Notwendigkeiten der Steuerung bei der Bildungsplanung.



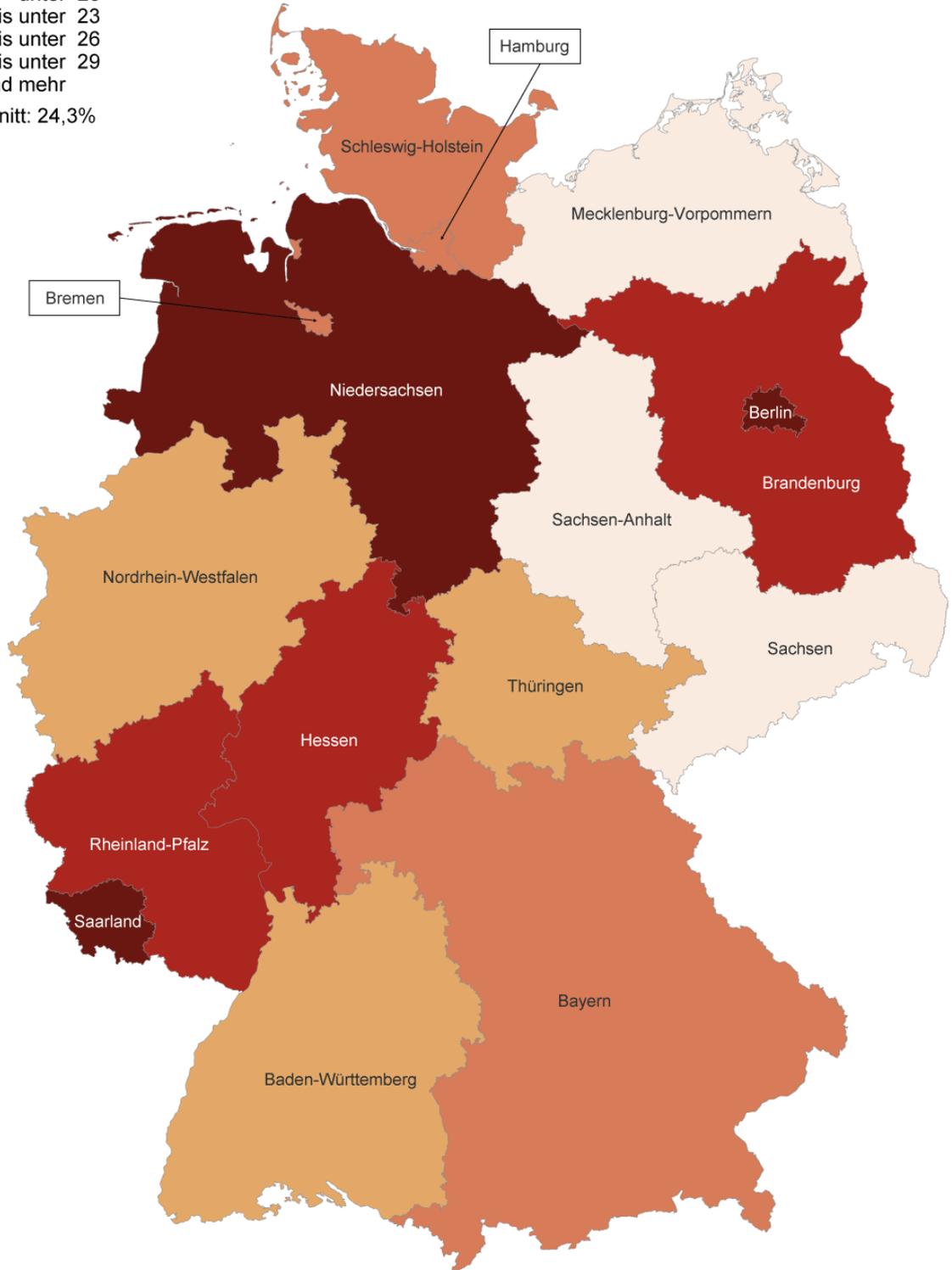
2007 wurden von den insgesamt 1.881 erfolgreich abgeschlossenen Habilitationsverfahren 457 von Frauen abgelegt. Der Frauenanteil liegt damit im Bundesdurchschnitt bei 24,3%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 14,6% bis zu 32%.

Frauenanteil an den absolvierten Habilitationen 2007

Frauenanteil in %

- unter 20
- 20 bis unter 23
- 23 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 und mehr

Durchschnitt: 24,3%



2.10 Juniorprofessuren

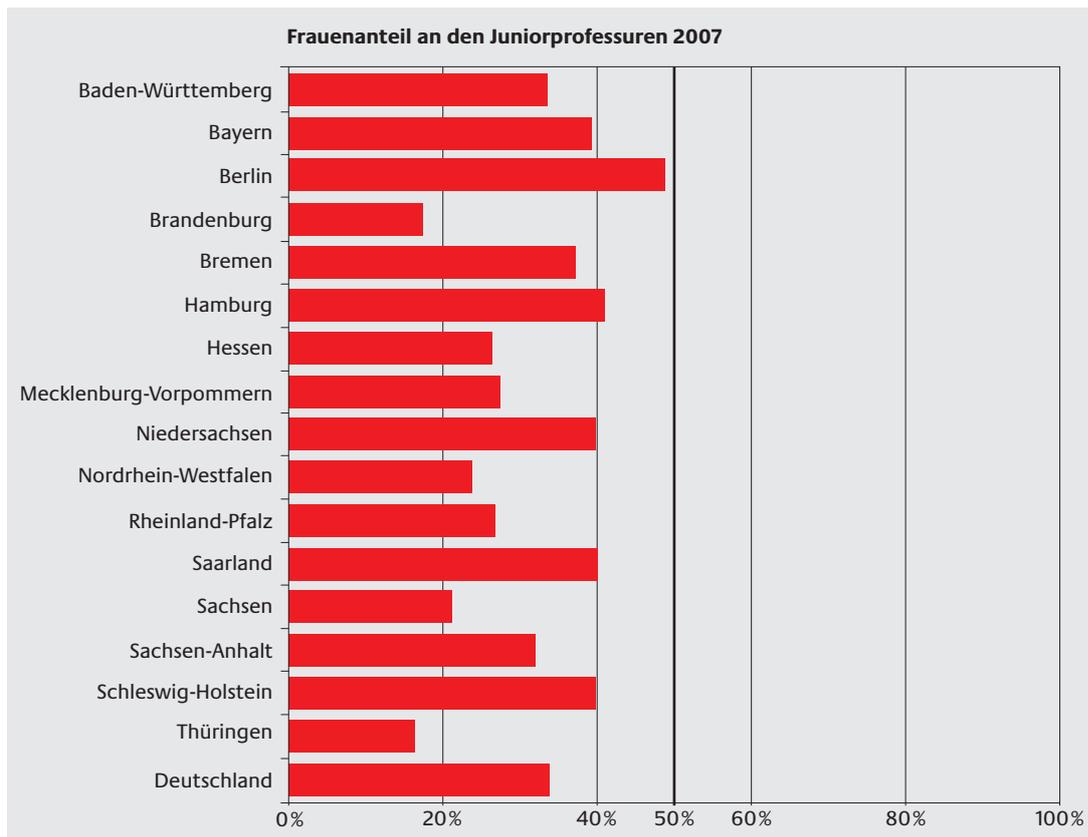
Definition: Prozentualer Anteil der mit Frauen besetzten Juniorprofessuren.

Methodische Hinweise: Erfasst wurden alle an Universitäten und gleichrangigen wissenschaftlichen Hochschulen mit Juniorprofessuren besetzten Stellen.

Datenquelle: Prüfungsstatistik 2007

Der Indikator gibt Hinweise auf

- | das bestehende Potenzial an Frauen, die sich für die Übernahme einer (ordentlichen) Professur wissenschaftlich qualifizieren;
- | die Bereitschaft der Hochschulen, Frauen an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen in Forschung und Lehre teilhaben zu lassen;
- | strukturelle Hindernisse im Wissenschaftsbetrieb, die Frauen perspektivisch den Zugang zu Spitzenpositionen in Wissenschaft und Forschung erschweren;
- | die Akzeptanz der Juniorprofessur als gleichwertiger Qualifizierungsweg neben der Habilitation.



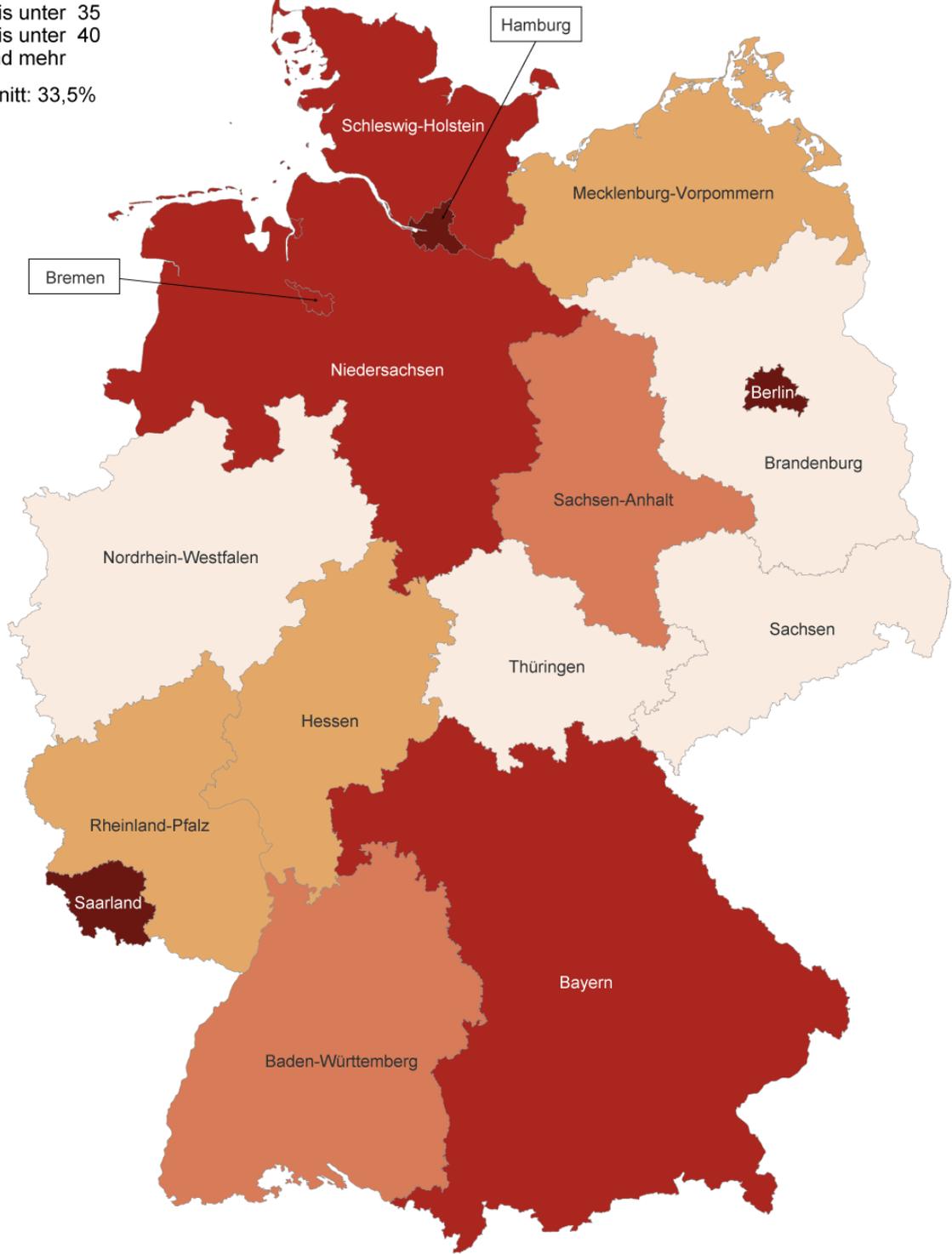
Von den insgesamt 802 Juniorprofessuren waren im Jahr 2007 269 mit Frauen besetzt. Der Frauenanteil liegt im Bundesdurchschnitt bei 33,5%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 16,1% bis zu 48,7%.

Frauenanteil an den Juniorprofessuren 2007

Frauenanteil in %

- ☐ unter 25
- ☐ 25 bis unter 30
- ☐ 30 bis unter 35
- ☐ 35 bis unter 40
- ☐ 40 und mehr

Durchschnitt: 33,5%



III.

Arbeit und Einkommen

Zu den wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte gehört die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen. Während die Erwerbstätigenquote der Frauen kontinuierlich gestiegen ist, stagnierte die der Männer. Doch der Blick auf die Erwerbstätigenquote alleine reicht nicht aus, denn der von Frauen erbrachte Anteil am Erwerbsvolumen ist trotz Zunahme der Zahl von erwerbstätigen Frauen nicht entsprechend gestiegen.

Ein Grund hierfür liegt in der „klassischen“ geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Frauen leisten die unbezahlte Haus-, Familien- und Erziehungsarbeit und sind dadurch im bezahlten Erwerbsarbeitsbereich zeitlich eingeschränkt. Dort arbeiten sie, weil sie die Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weitgehend allein auf sich nehmen, überwiegend in Teilzeit oder sogenannten Minijobs, die keine eigenständige Existenzsicherung erlauben. Dies wirkt sich auf Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten aus, sodass Frauen vielfach in schlechter bezahlten Positionen als Männer arbeiten. Erwerbsunterbrechungen durch Familienphasen und Teilzeitarbeit gehören zu den wesentlichen Faktoren, die dazu führen, dass Frauen in Deutschland durchschnittlich 23% weniger als Männer verdienen. Infolge der traditionell höheren Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern liegt der Lohnunterschied dort bei 6% (Statistisches Bundesamt 2008).

Im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde die Kinderbetreuung als Indikator aufgenommen. Die Kinderbetreuungsinfrastruktur und eine familienorientierte Personal- und Organisationsentwicklung in den Unternehmen sind wesentliche Determinanten für die Vereinbarkeit von Beruf **und** Familie für Frauen und Männer.

Der Wandel der Strukturen der Erwerbsarbeit lässt Tendenzen erkennen, dass das Leitbild des männlichen Alleinernährers verworfen wird. Sogenannte Normalarbeitsverhältnisse „Vollzeitarbeit ohne Unterbrechung bis zur Rente“, die in der Regel Männer ausgefüllt haben, sind rückläufig. Diskontinuierliche Erwerbsbiografien, also der Wechsel zwischen Phasen der Vollzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, werden Frauen und Männer treffen.

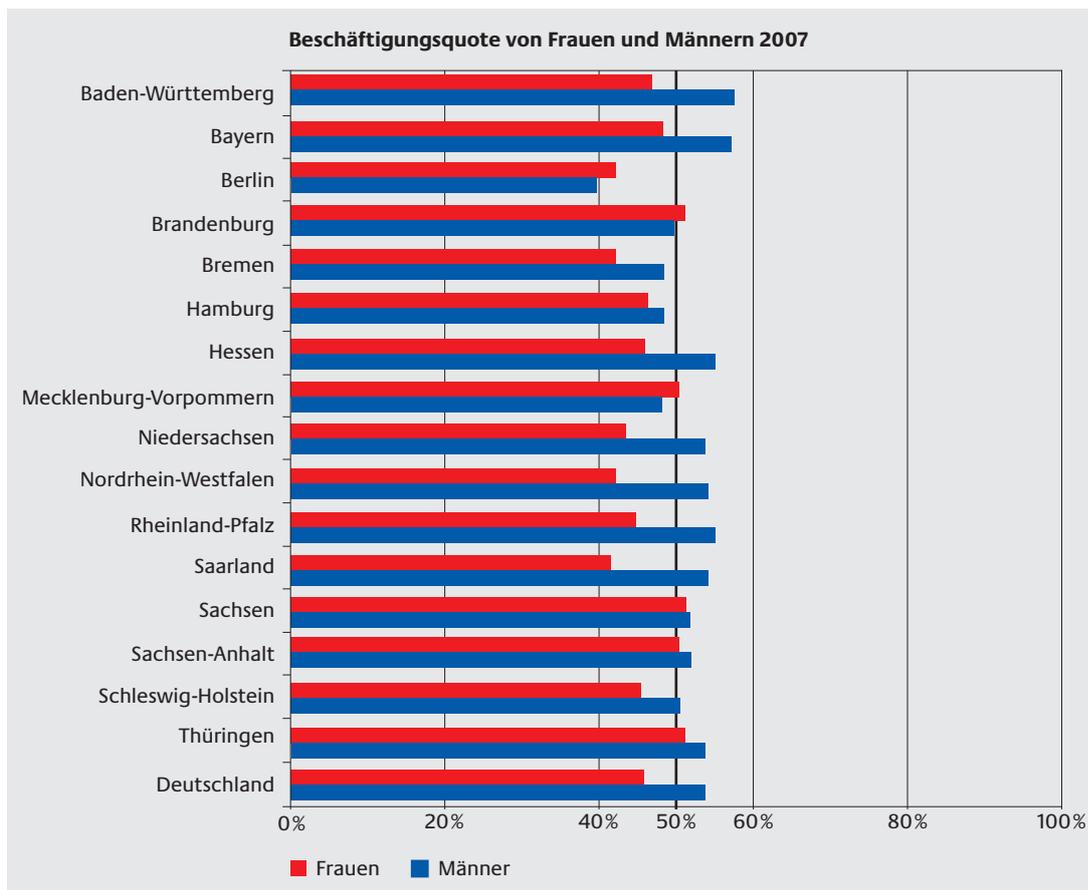
Die 9 ausgewählten Indikatoren zeigen den derzeitigen Stand innerhalb des gesellschaftlichen Wandels an. Sie sind ein Gradmesser für Chancen und Möglichkeiten von Frauen und Männern in der Erwerbs- und in der Familienarbeit.

3.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Beschäftigungsquote)

Definition: Prozentualer Anteil von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männern an der jeweiligen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern).
Methodische Hinweise: Die Beschäftigtenstatistik umfasst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die kranken- oder rentenversicherungspflichtig oder versicherungspflichtig nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) sind. Geringfügig entlohnte Beschäftigte („Minijobs“), Beamtinnen/Beamte, Selbstständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige werden nicht erfasst.
Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2007

Der Indikator zeigt quantitative Unterschiede bei der Partizipation von Frauen und Männern im Bereich sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse auf. Er gibt Hinweise auf

- Unterschiede hinsichtlich des Umfangs der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern;
- die gesellschaftliche Situation bzw. Veränderungen der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

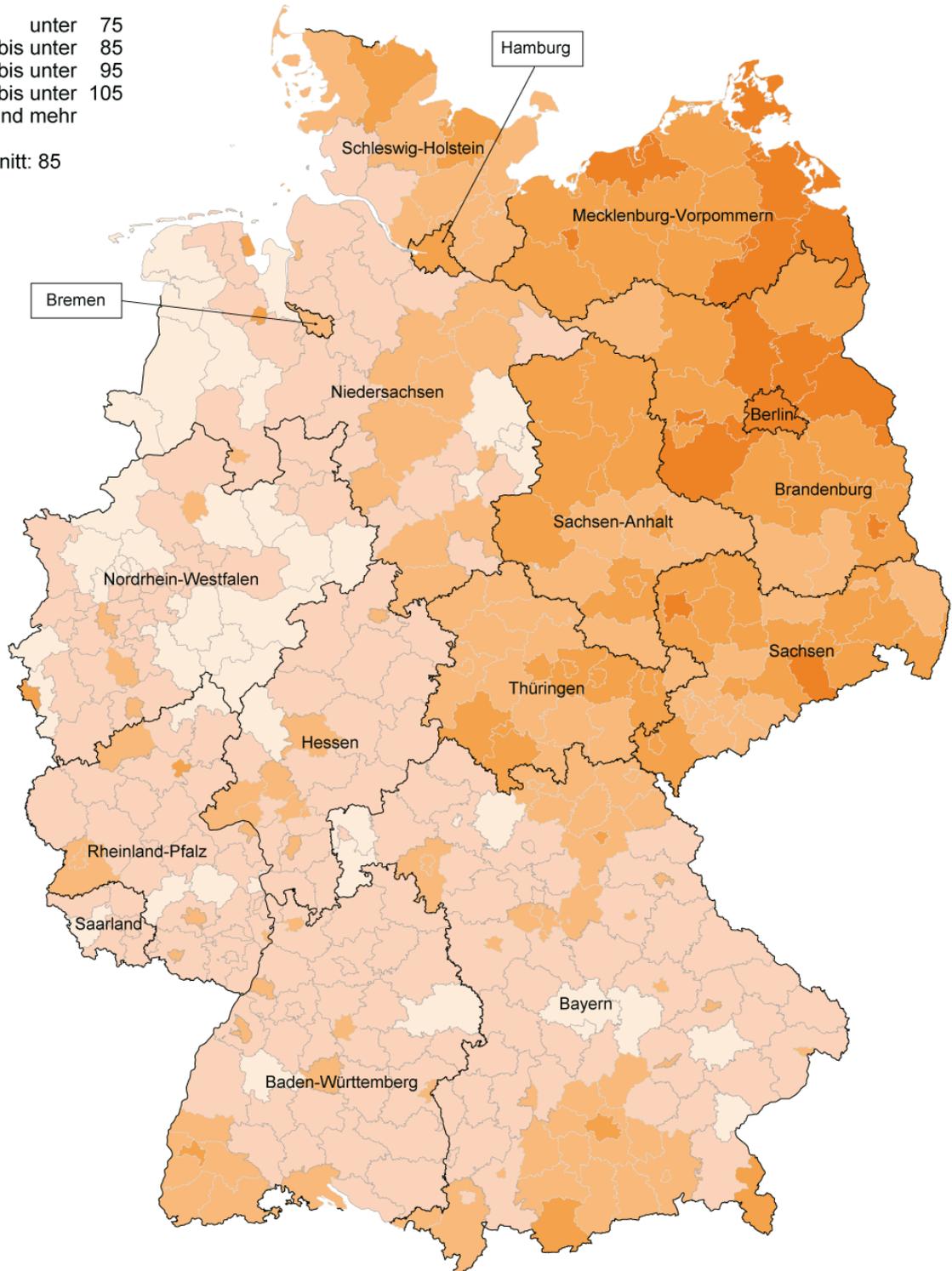


Beschäftigtenquote 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Index: Beschäftigtenquote der Frauen,
wenn die Beschäftigtenquote der Männer
= 100 gesetzt wird

- unter 75
- 75 bis unter 85
- 85 bis unter 95
- 95 bis unter 105
- 105 und mehr

Durchschnitt: 85



3.2 Teilzeitbeschäftigte an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

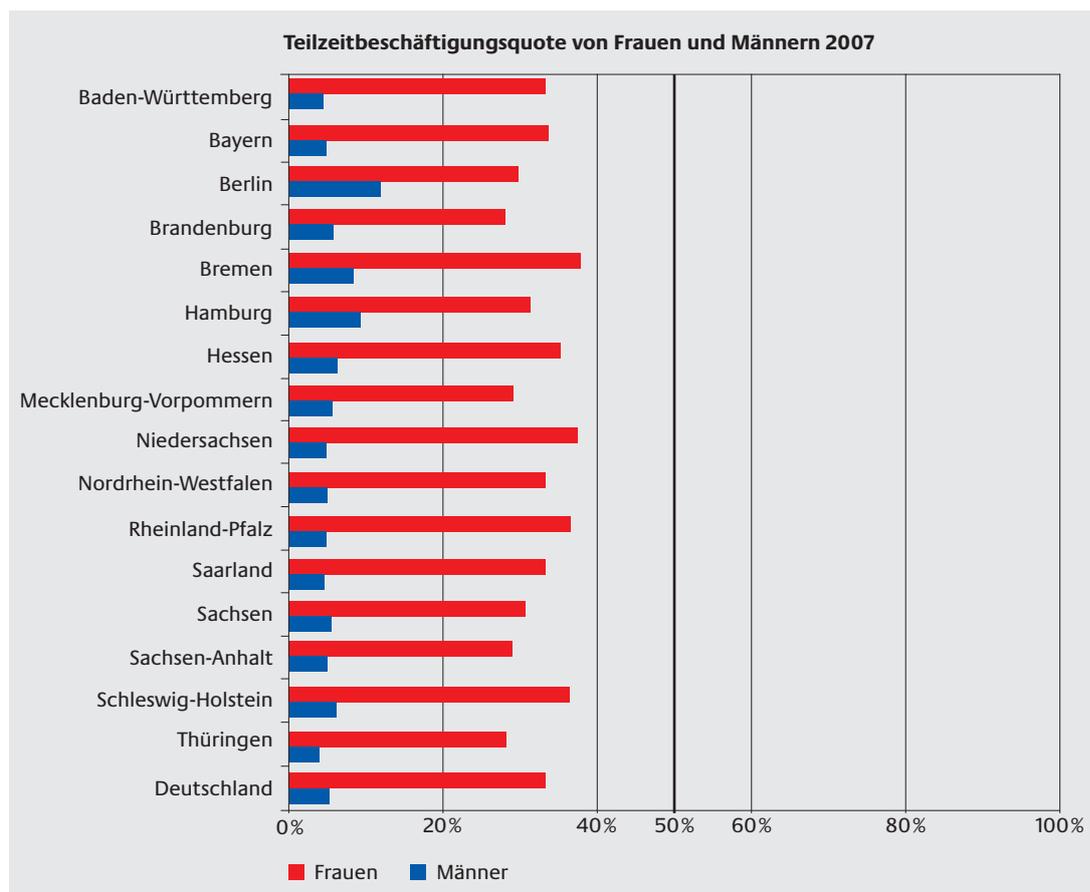
Definition: Prozentualer Anteil der in Teilzeit beschäftigten Frauen bzw. Männer an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen bzw. Männern (Teilzeitquoten).

Methodische Hinweise: Geringfügig entlohnte Beschäftigte („Minijobs“), Beamtinnen und Beamte, Selbstständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige werden von der Statistik nicht erfasst.

Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2007

Der Indikator zeigt die erheblichen geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bereich der Beschäftigung in Teilzeit auf. Er gibt Hinweise auf

- I Teilzeitarbeit als frauentypische Beschäftigungsform (modifiziertes Ernährermodell mit Hinzuverdienst der Frau);
- I die überwiegende innerfamiliäre Verantwortung der Frauen für Kinder und/oder pflegebedürftige Familienangehörige;
- I ungünstigere berufliche Entwicklungs- und Karrierechancen für Frauen, die auch mit der Beschäftigungsform Teilzeit zusammenhängen können.

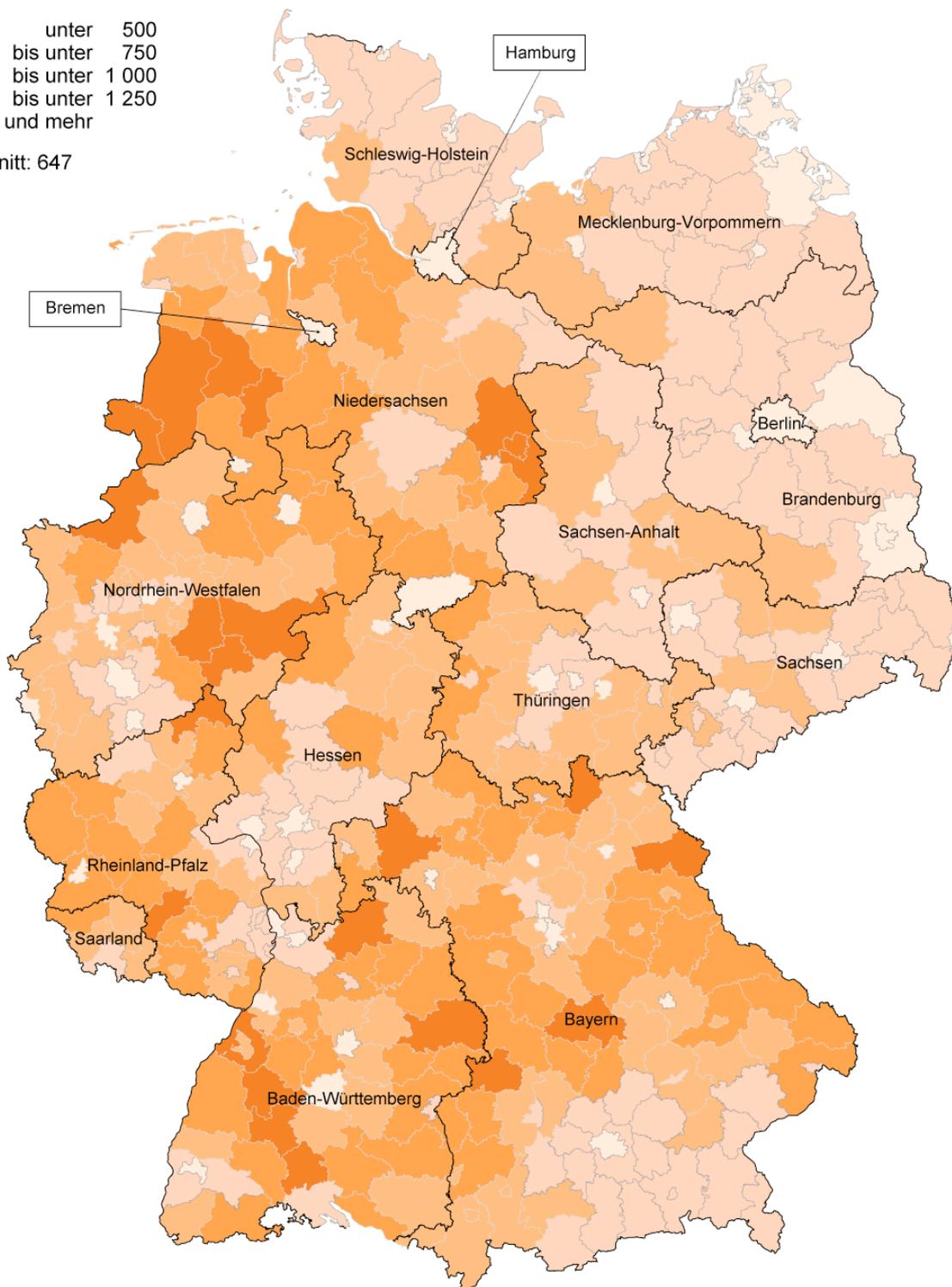


Teilzeitbeschäftigtenquote 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Index: Teilzeitbeschäftigtenquote der Frauen,
wenn die Teilzeitbeschäftigtenquote der Männer
= 100 gesetzt wird

	unter 500
	500 bis unter 750
	750 bis unter 1 000
	1 000 bis unter 1 250
	1 250 und mehr

Durchschnitt: 647



3.3 Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern unter drei Jahren

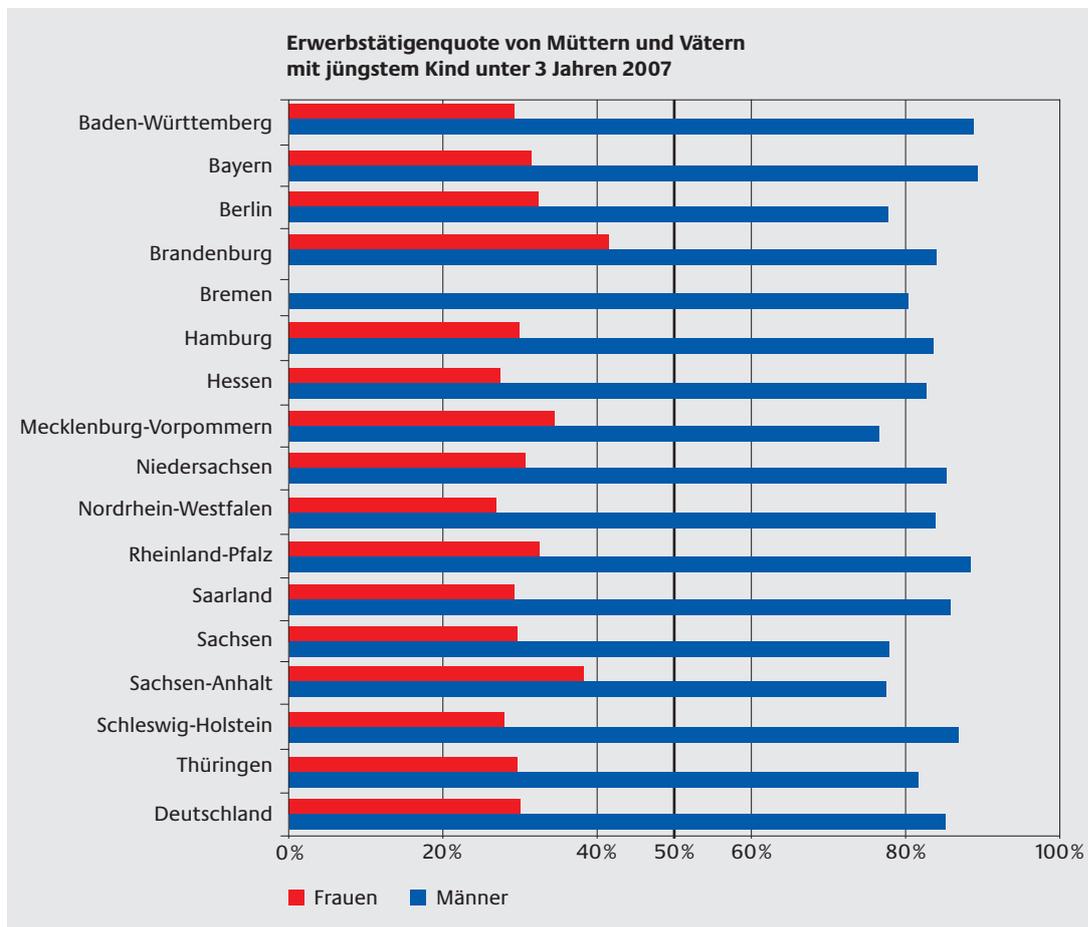
Definition: Prozentualer Anteil von Müttern sowie von Vätern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit jüngstem Kind im Alter von unter 3 Jahren, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen an allen Müttern und Vätern dieser Altersgruppe mit jüngstem Kind unter 3 Jahren.

Methodische Hinweise: Erfasst werden ausschließlich aktiv erwerbstätige Mütter und Väter im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem Kind oder Kindern unter 3 Jahren. Nicht berücksichtigt werden Mütter und Väter in Elternzeit.

Datenquelle: Mikrozensus (Jahresdurchschnitt 2007)

Der Indikator gibt Hinweise auf die

- ▮ Erwerbsorientierung von Müttern und Vätern mit Kleinkindern;
- ▮ Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege;
- ▮ vorherrschenden Familienmodelle und die gesellschaftliche Entwicklung.



Das Balkendiagramm zeigt auf, dass die Betreuung von Kleinkindern weiterhin überwiegend in der Verantwortung der Mütter liegt, die in signifikant höherem Umfang als die Väter auf eine aktive Erwerbstätigkeit verzichten. Dabei zeigt sich insgesamt betrachtet ein tendenzielles „Ost-West-Gefälle“. Der Anteil aktiv erwerbstätiger Mütter liegt in den neuen Ländern insgesamt – aber nicht durchgängig – höher als in den alten Ländern. Hinweis zu Bremen: Aus statistisch-methodischen Gründen ist bezüglich des Frauenanteils kein Nachweis möglich.

Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern mit jüngstem Kind unter 3 Jahren 2007

Index: Erwerbstätigenquote der Frauen,
wenn die Erwerbstätigenquote der Männer
= 100 gesetzt wird

- ☐ unter 34
- ☐ 34 bis unter 36
- ☐ 36 bis unter 38
- ☐ 38 und mehr

Durchschnitt: 35%



Aus statistisch-methodischen Gründen keine Angabe für Bremen.

3.4 Elterngeldbezug

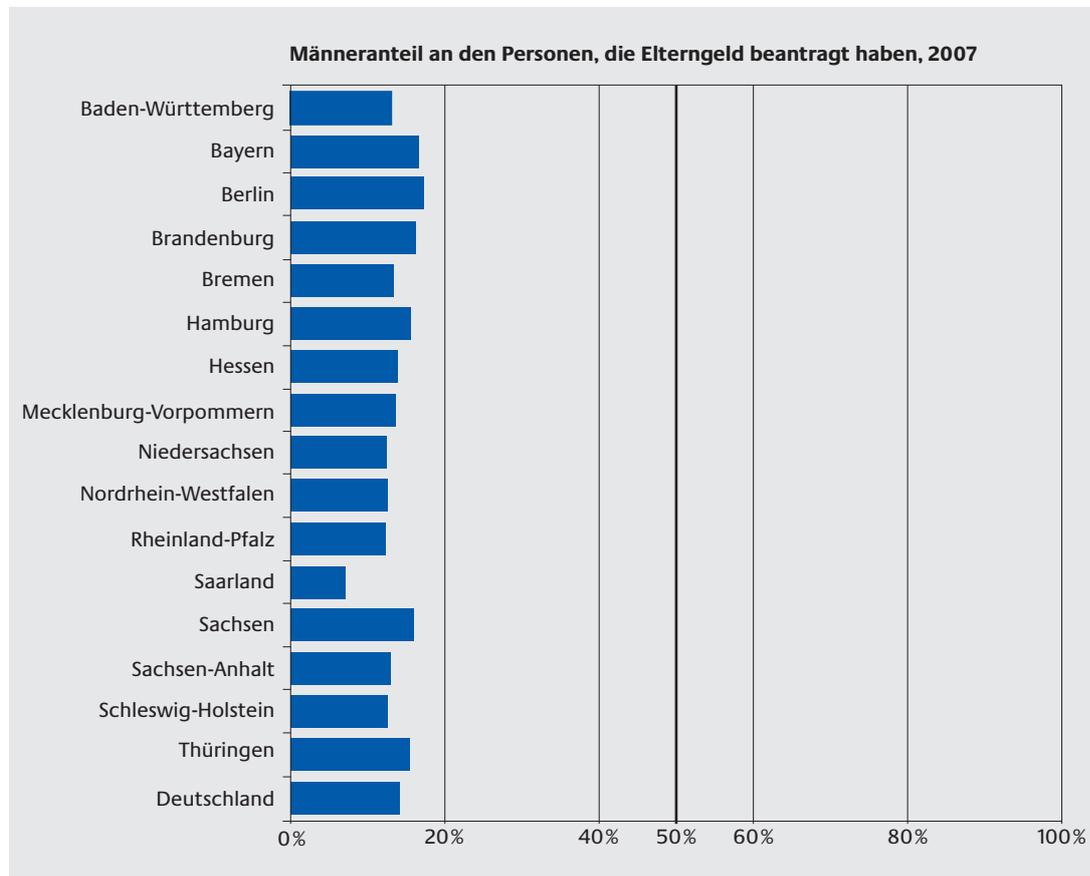
Definition: Prozentualer Anteil von Männern an den Personen, die Elterngeld beantragt haben.

Methodische Hinweise: Erfasst wurden alle Anträge auf Elterngeldzahlung für Geburten (und Adoptionen) im Jahr 2007.

Datenquelle: Bundesstatistik zum Elterngeld 2007

Der Indikator zeigt die Beteiligung von Vätern an der Elternzeit und gibt Hinweise auf

- ▮ die aktuelle Situation bzw. Veränderung der beruflichen und familiären Orientierung von jungen Vätern;
- ▮ das Aufbrechen von Rollenmustern/Geschlechterstereotypen;
- ▮ die gesellschaftliche und betriebliche Akzeptanz der „neuen Väter“.



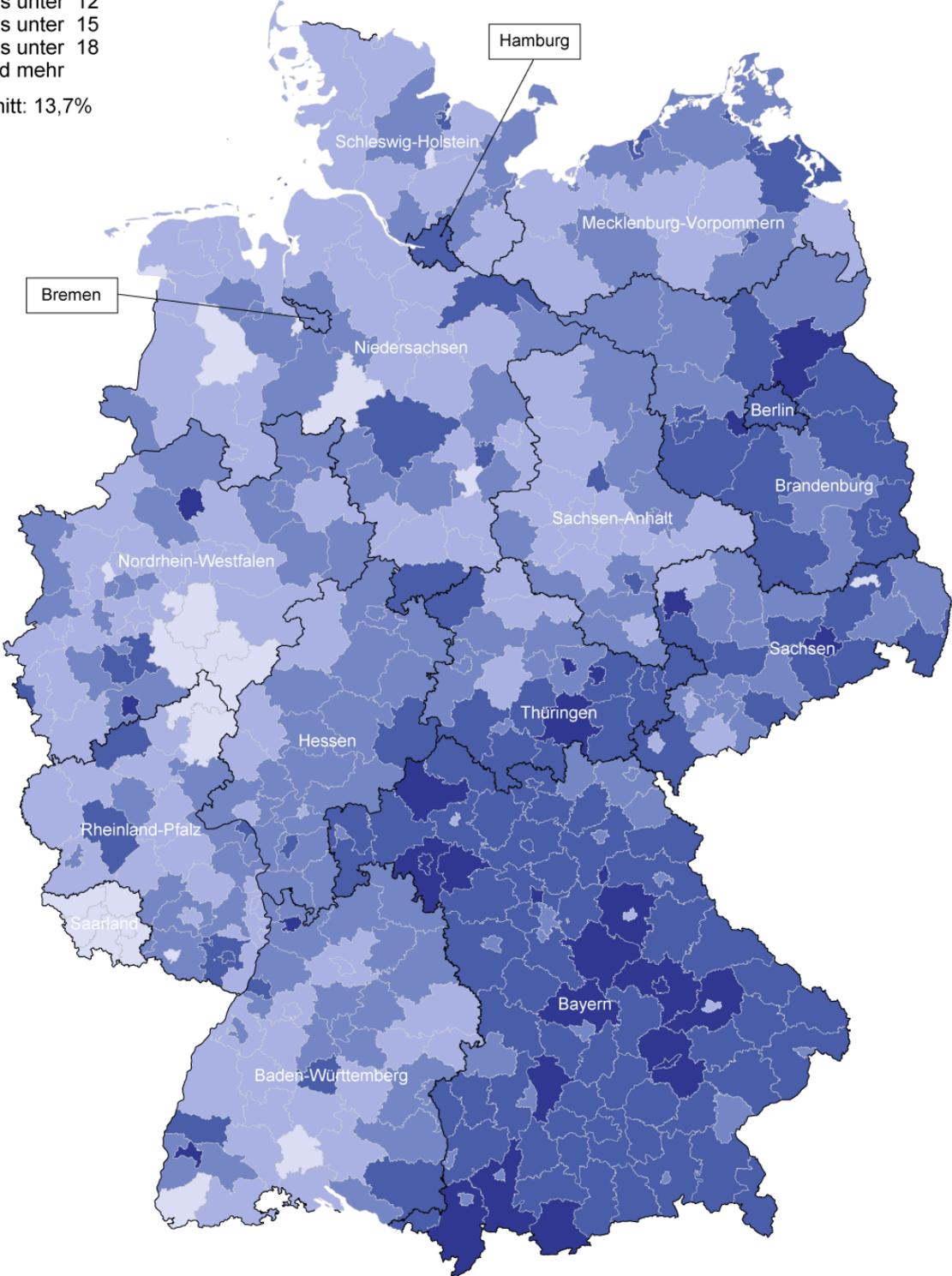
In den insgesamt 438 Kreisen und kreisfreien Städten, einschließlich der drei Stadtstaaten Berlin, Hansestadt Bremen und Hansestadt Hamburg, liegt der Anteil von Vätern an den Personen, die Elternzeit beantragt haben, durchschnittlich bei 13,7%. Dabei reicht die Spanne von unter 5% bis über 20%. In den Länderdurchschnitten variiert der Anteil der Väter an den Personen, die Elternzeit beantragt haben, zwischen 12,0% und 17,1%.

Männeranteil an den Personen, die Elterngeld beantragt haben, in den Landkreisen und kreisfreien Städten 2007

Männeranteil in %

- unter 9
- 9 bis unter 12
- 12 bis unter 15
- 15 bis unter 18
- 18 und mehr

Durchschnitt: 13,7%



3.5 Kinderbetreuung

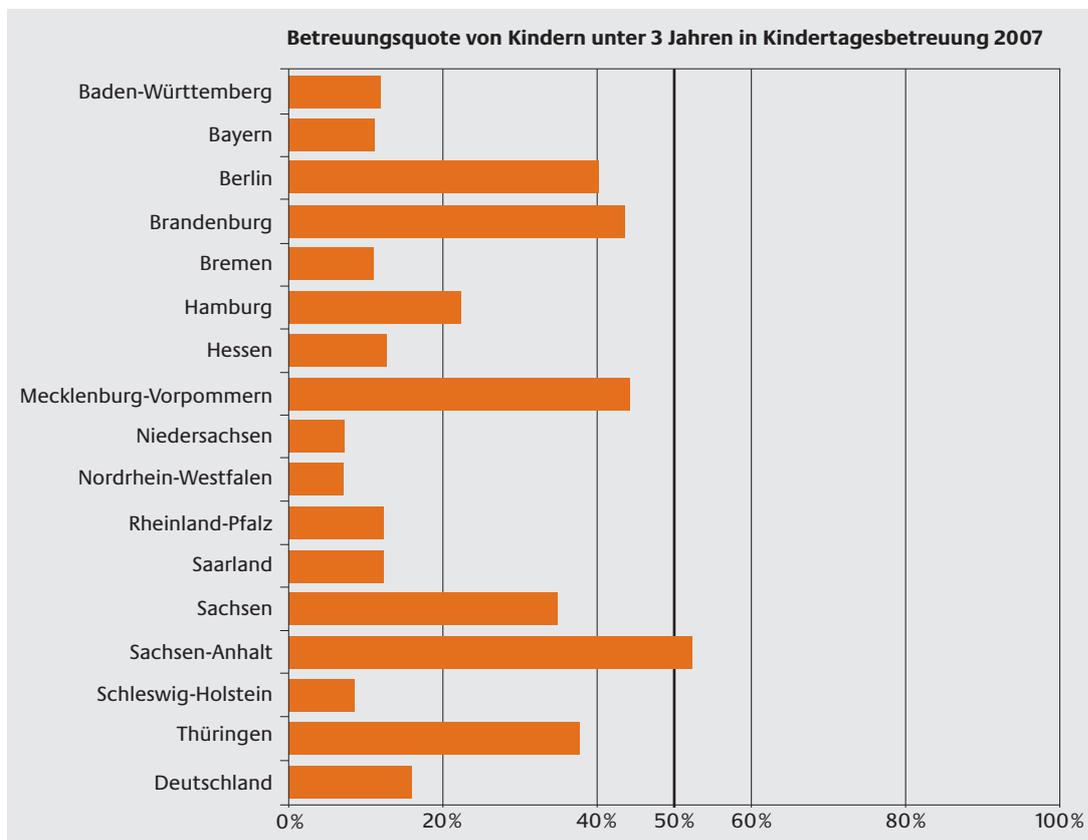
Definition: Prozentualer Anteil der Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege) an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Methodische Hinweise: Betreuungseinrichtungen bzw. -angebote im Sinne dieses Indikators sind Kinderkrippen (Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren), altersgemischte Gruppen in Kindergärten und die Kindertagespflege. Erfasst wird die Zahl der betreuten Kinder.

Datenquelle: Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen, Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2007; Bevölkerungsstatistik 2007

Der Indikator gibt Hinweise auf die

- I aktuelle Situation bzw. Veränderung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege;
- I tatsächliche Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in der Familie und der Betreuung in Krippen, altersgemischten Kinderbetreuungsgruppen oder in der Tagespflege.



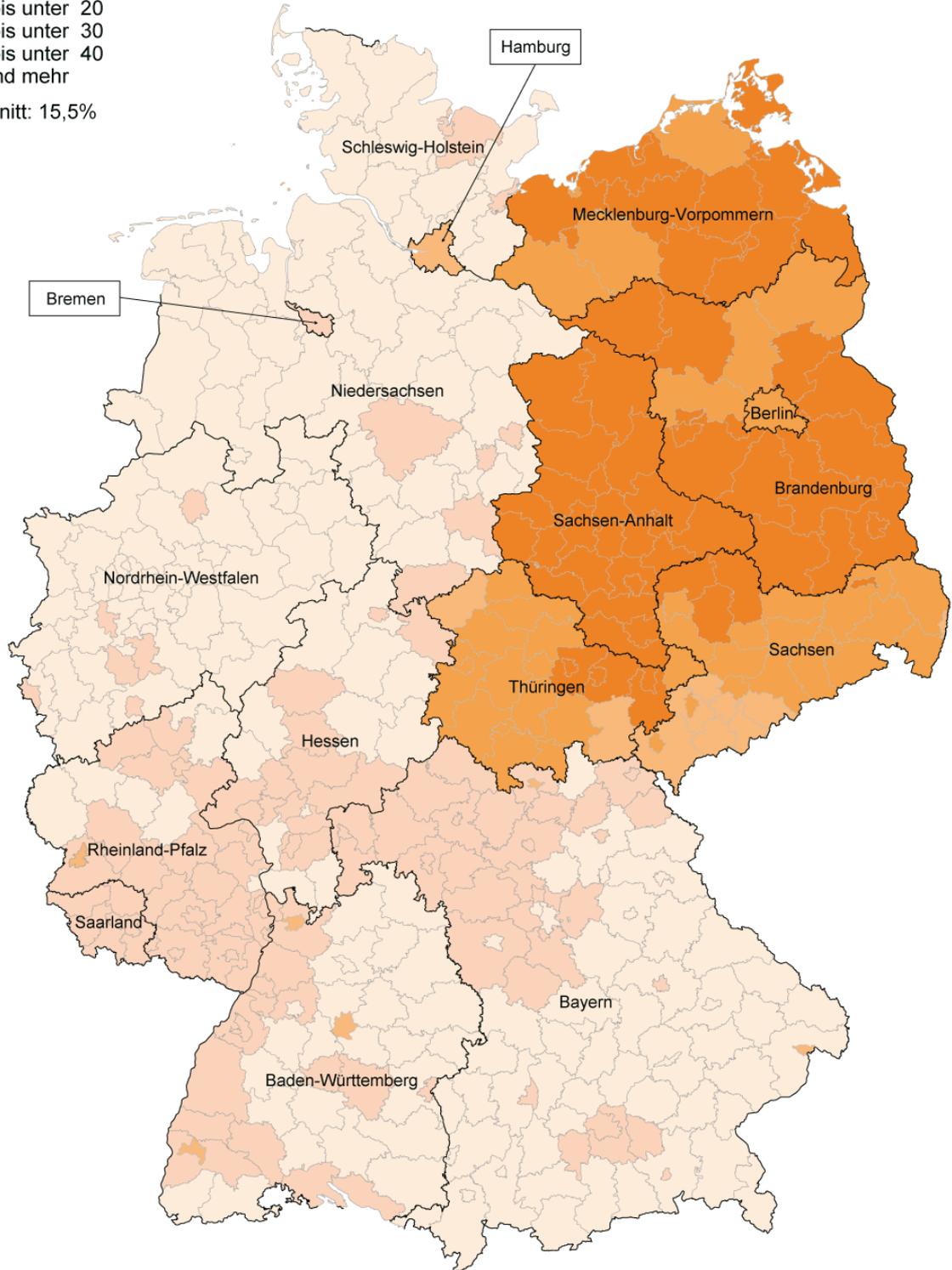
Bei den Kreisen und kreisfreien Städten liegen die Betreuungsquoten zwischen 2,2% bis zu 58,5%. In den Ländern erstreckt sich die Betreuungsquote von 6,9% bis zu 51,8%. Im Bundesdurchschnitt liegt die Betreuungsquote bei 15,5%.

Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Betreuungsquote in %

- unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 bis unter 30
- 30 bis unter 40
- 40 und mehr

Durchschnitt: 15,5%



3.6 Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern (Arbeitslosenquote)

Definition: Prozentualer Anteil von Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen, differenziert nach Geschlecht.

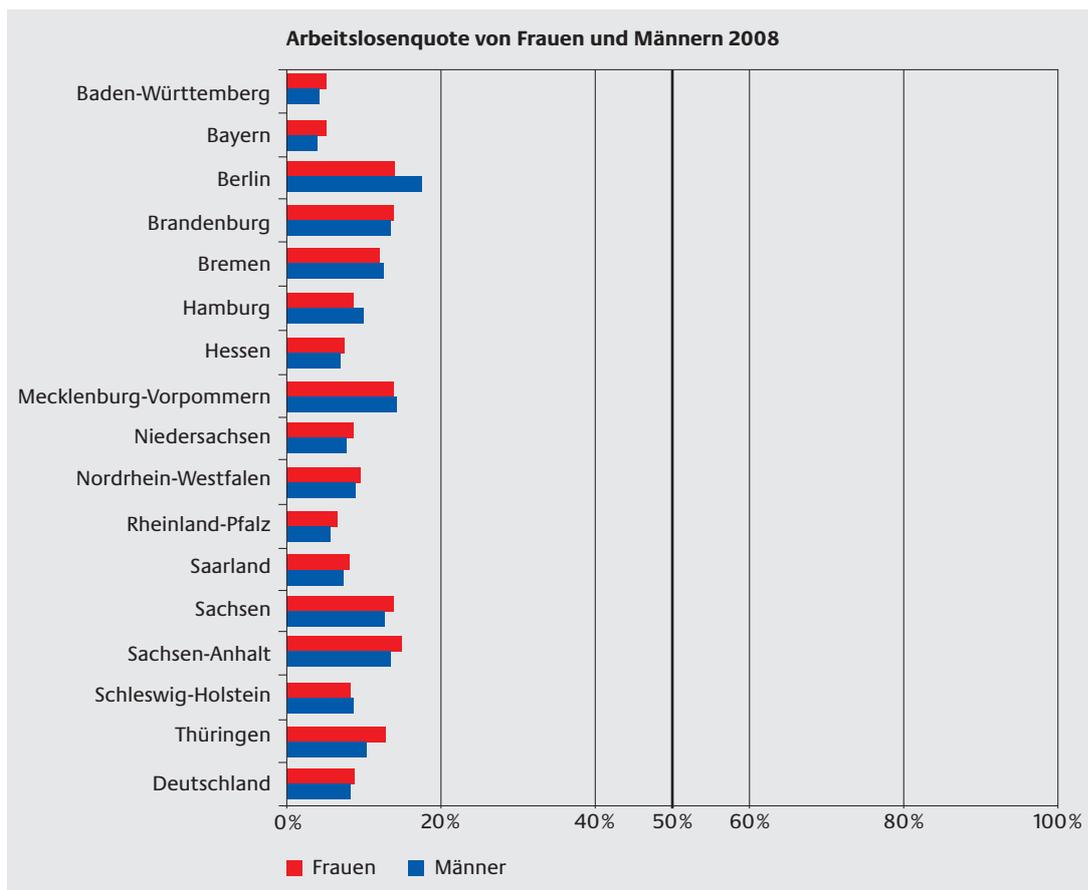
Methodische Hinweise: Arbeitslos ist, wer keine Beschäftigung hat (weniger als 15 Wochenstunden), Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundversicherung arbeitslos gemeldet ist.

Zu den zivilen Erwerbspersonen zählen Arbeitslose, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte ohne Soldatinnen/Soldaten. Zur Ermittlung der Zahlen zu den zivilen Erwerbspersonen wird auf verschiedene Statistiken (Beschäftigungsstatistik, Arbeitslosen- und Förderstatistik, Personalstandsstatistik und Mikrozensus) zugegriffen.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede können nicht unmittelbar als Unterschiede in den Arbeitsmarktchancen interpretiert werden, da nicht erwerbstätige Frauen mit Erwerbswunsch sich häufiger als Männer vom Arbeitsmarkt zurückziehen, sich nicht arbeitslos melden und dementsprechend nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden.

Datenquelle: Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (September 2008)

Die Arbeitslosenquote stellt einen der zentralen Indikatoren für die Beurteilung der Arbeitsmarktlage dar. Die getrennte Ausweisung von Arbeitslosenquoten für Frauen und Männer vermittelt Anhaltspunkte für geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt.

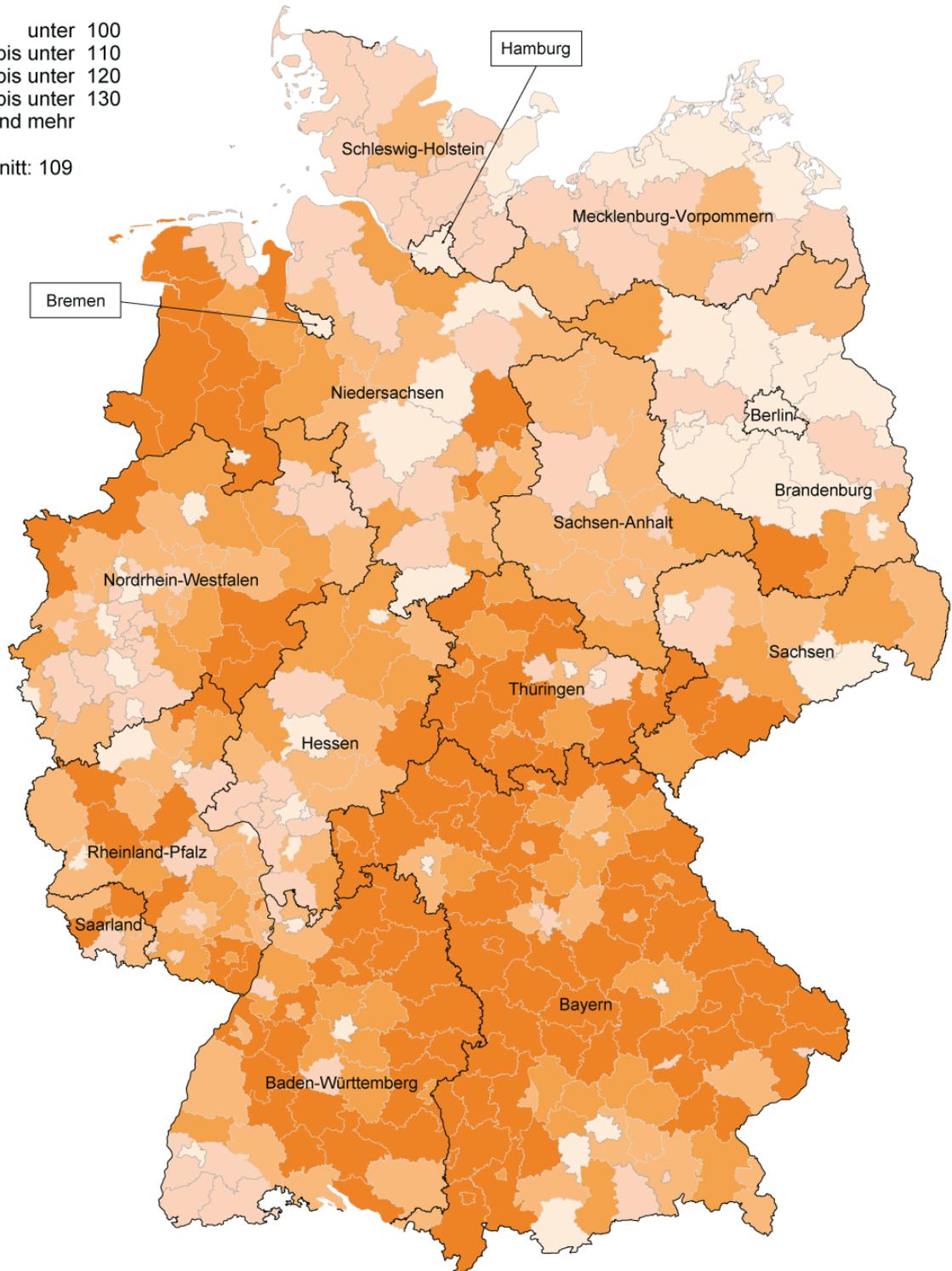


Arbeitslosenquote von Frauen 2008 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Index: Arbeitslosenquote der Frauen,
wenn die Arbeitslosenquote der Männer
= 100 gesetzt wird

- unter 100
- 100 bis unter 110
- 110 bis unter 120
- 120 bis unter 130
- 130 und mehr

Durchschnitt: 109



3.7 Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen und Männern

Definition: Prozentualer Anteil von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen, differenziert nach Geschlecht.

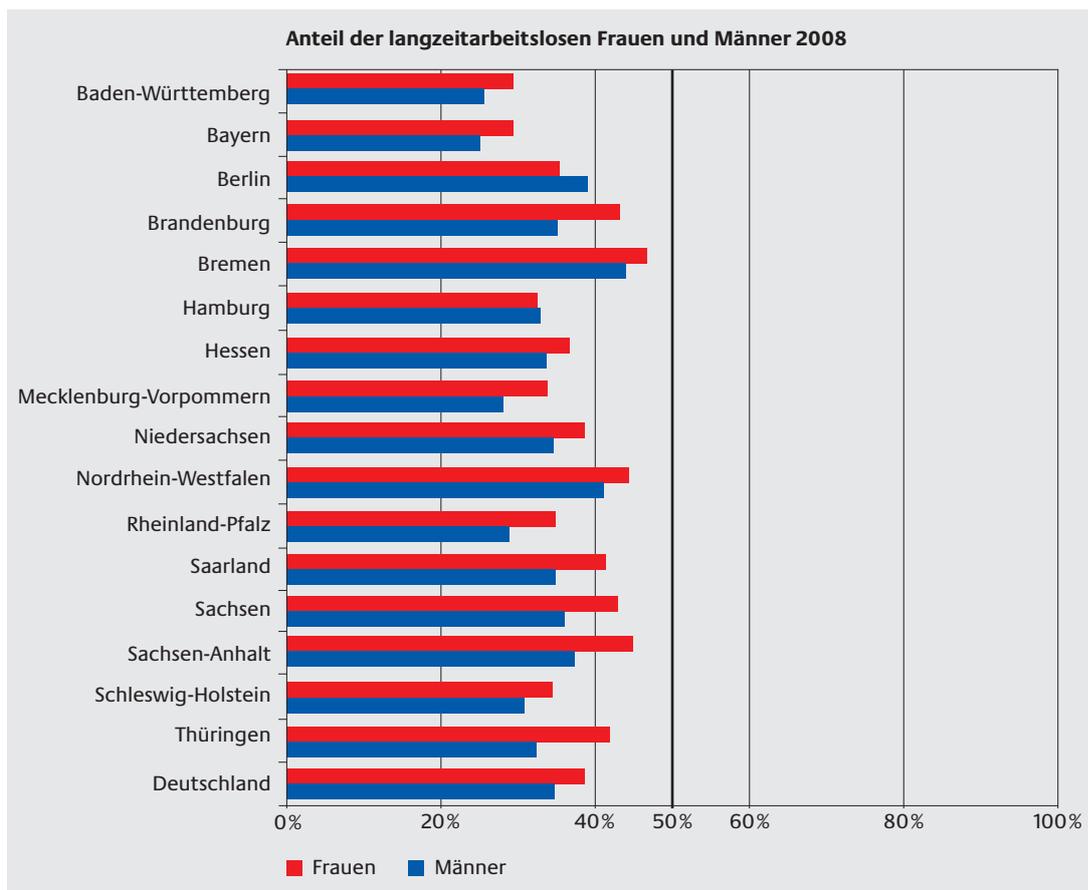
Methodische Hinweise: Arbeitslos ist, wer keine Beschäftigung hat (weniger als 15 Wochenstunden), Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundversicherung arbeitslos gemeldet ist. Langzeitarbeitslose sind Arbeit suchende Frauen und Männer, deren Arbeitslosigkeit länger als 12 Monate andauert.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede können nicht unmittelbar als Unterschiede in den Arbeitsmarktchancen interpretiert werden, da nicht erwerbstätige Frauen mit Erwerbswunsch sich häufiger als Männer vom Arbeitsmarkt zurückziehen, sich nicht arbeitslos melden und dementsprechend nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden.

Datenquelle: Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (September 2008)

Der Indikator gibt Hinweise auf

- | geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach Arbeitslosigkeit;
- | mögliche Hemmnisse für den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt;
- | ein unterschiedliches potenzielles Armutsrisiko für Frauen und Männer, insbesondere auch eine spätere Armut im Alter.

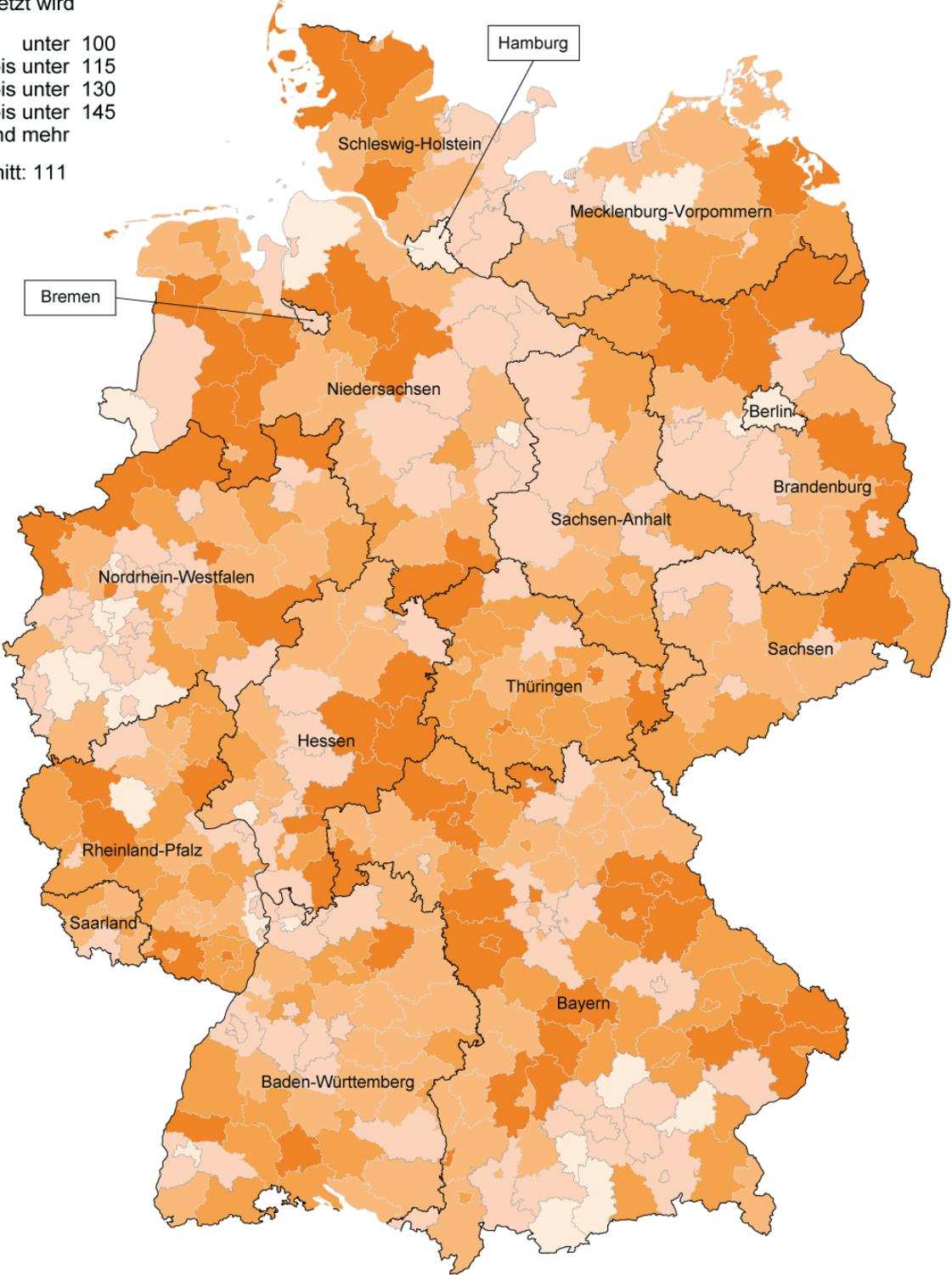


Anteil langzeitarbeitsloser Frauen 2008 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Index: Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen an allen arbeitslosen Frauen, wenn der entsprechenden Anteil der Männer = 100 gesetzt wird

- ☐ unter 100
- ☐ 100 bis unter 115
- ☐ 115 bis unter 130
- ☐ 130 bis unter 145
- ☐ 145 und mehr

Durchschnitt: 111



3.8 Verdienstunterschiede

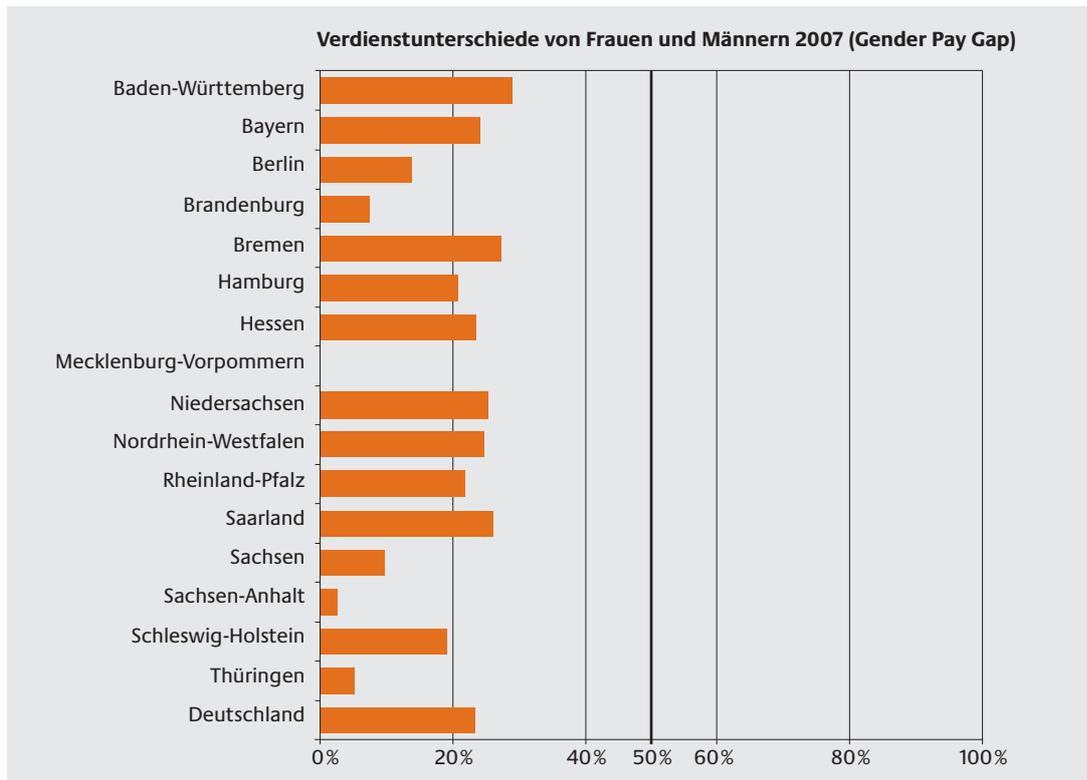
Definition: Dargestellt wird in Prozent die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern (Gender Pay Gap – GPG)

Methodische Hinweise: In dieser repräsentativen Statistik werden die Anzahl der vollzeit-, teilzeit- oder geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen/-nehmer, ihre bezahlten Arbeitsstunden (ohne geringfügig Beschäftigte) und ihre Bruttoverdienstsummen erfasst. Beamtinnen/Beamte werden nicht mit einbezogen. Die Ergebnisse der Statistik geben Einblicke in die Bruttostundenverdienste von Arbeitnehmerinnen/-nehmern im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Datenquelle: Vierteljährliche Verdiensterhebung 2007

Der Indikator zeigt die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Verdienst von Frauen und Männern (Gender Pay Gap – GPG). Ursachen hierfür können insbesondere sein:

- | die Unterschiede in der Verteilung von Frauen und Männern auf die Leistungsgruppen;
- | geringere Tariflöhne bzw. Einkommen in frauentypischen Berufen (sog. Zuverdienstberufe);
- | niedrigere Verdienste in frauentypischen Branchen und Betrieben;
- | unterschiedliche Formen der Beschäftigung (von der Vollzeitbeschäftigung über Teilzeitbeschäftigung etc.);
- | diskontinuierliche Berufsverläufe;
- | geringere Aufstiegschancen (sog. gläserne Decke).



Die Verdienstdifferenz liegt im Bundesdurchschnitt bei 23,0%. Im Ländervergleich reicht die Spanne der Verdienstunterschiede in 2007 von 2% bis zu 28%.

Verdienstunterschiede von Frauen und Männern 2007 (Gender Pay Gap)

Verdienstunterschiede in %

- unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 bis unter 25
- 25 und mehr

Durchschnitt: 23%



Für Mecklenburg-Vorpommern liegt kein Durchschnittswert von Teil- und Vollzeitbeschäftigten vor.

3.9 Existenzgründungen

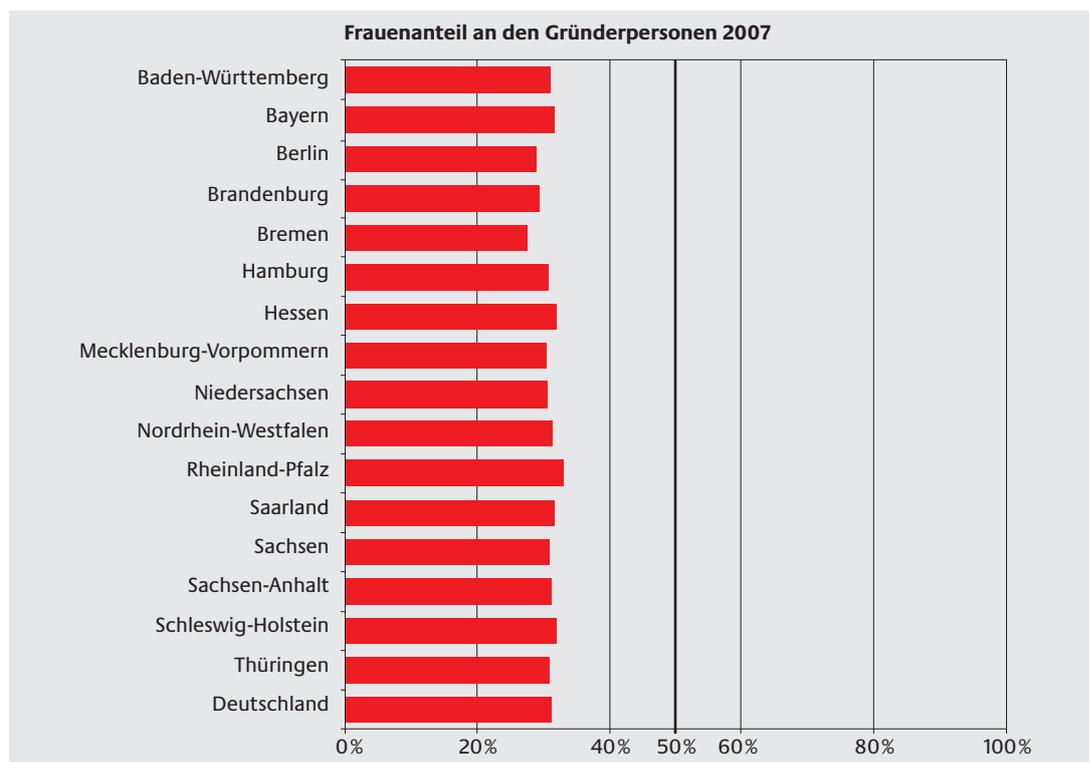
Definition: Prozentualer Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Personen, die an entsprechenden Existenzgründungen beteiligt waren (Gründerpersonen).

Methodische Hinweise: Die Aussagekraft des Indikators ist begrenzt, weil das Gewerbe nicht in allen Fällen, in denen eine Neugründung angezeigt wird, auch tatsächlich aufgenommen wird. Unberücksichtigt bleiben zudem Gründerinnen und Gründer in Bereichen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen (z. B. Freie Berufe, Urproduktion, Verwaltung eigenen Vermögens).

Quelle: Amtliche Gewerbeanzeigenstatistik 2007

Der Indikator steht für die Beteiligung von Frauen an Existenzgründungen. Er gibt Hinweise auf

- | den Gründungswillen und den Unternehmerinnenmut von Frauen;
- | zielgruppenspezifische Beratungsleistungen;
- | zielgruppenspezifische Unterstützungsbedarfe;
- | gründungsbeeinflussende Rahmenbedingungen (z. B. wirtschaftliche Bedingungen, Arbeitslosigkeit etc.).



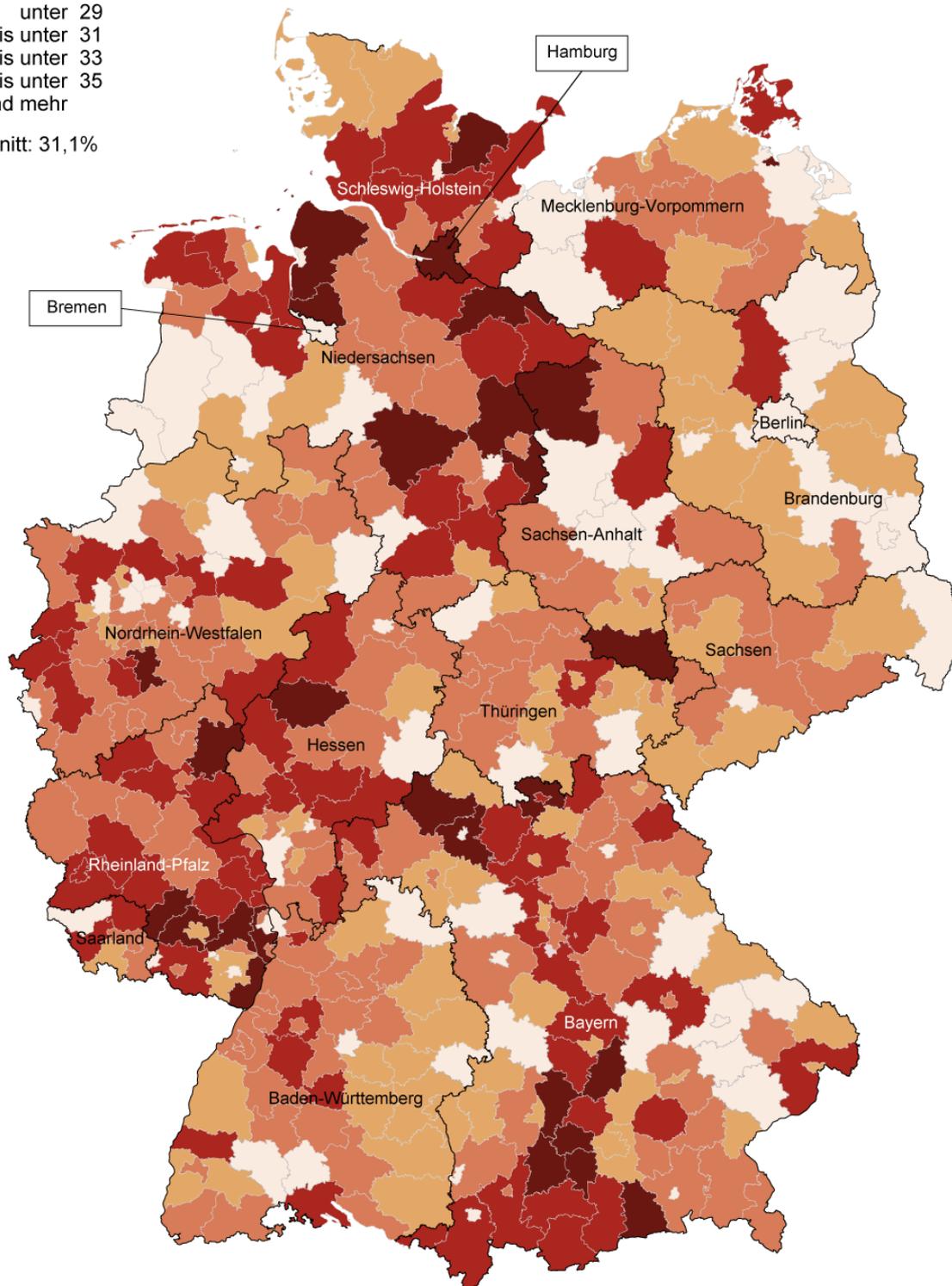
Von den insgesamt 768.970 anzeigepflichtigen Personen (Gründerpersonen), die eine Neugründung vorgenommen haben, waren 239.045 Frauen. Der Frauenanteil liegt im bundesweiten Durchschnitt bei 31,1%. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 27,5% bis 32,9%.

Frauenanteil an den Gründerpersonen 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Frauenanteil in %

- unter 29
- 29 bis unter 31
- 31 bis unter 33
- 33 bis unter 35
- 35 und mehr

Durchschnitt: 31,1%



IV. Lebenswelt

Für die Indikatorbildung in dieser Kategorie stehen erstaunlich wenige amtliche Statistiken zur Verfügung. Insbesondere zum gesamten Themenkomplex „Gewalt gegen Frauen“ sind derzeit keine validen Daten verfügbar. Zur Lebensqualität von Frauen und Männern zählen im umfassenden Sinne physische und psychische Gesundheit.

Als Indikatoren werden hier die Wohn- bzw. Lebenssituation von Menschen im Alter und die „Lebenserwartung“ herangezogen. Dabei zeigen sich bei beiden Indikatoren deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede.

Überwiegend Frauen leben im Alter alleine. Dies ist vor allem eine Folge der höheren Lebenserwartung von Frauen und der gesellschaftlichen Norm, dass der männliche Partner älter als die Partnerin ist. In der Folge daraus sind Frauen häufiger auf professionelle Unterstützung und Hilfen angewiesen, wenn sie pflegebedürftig werden.

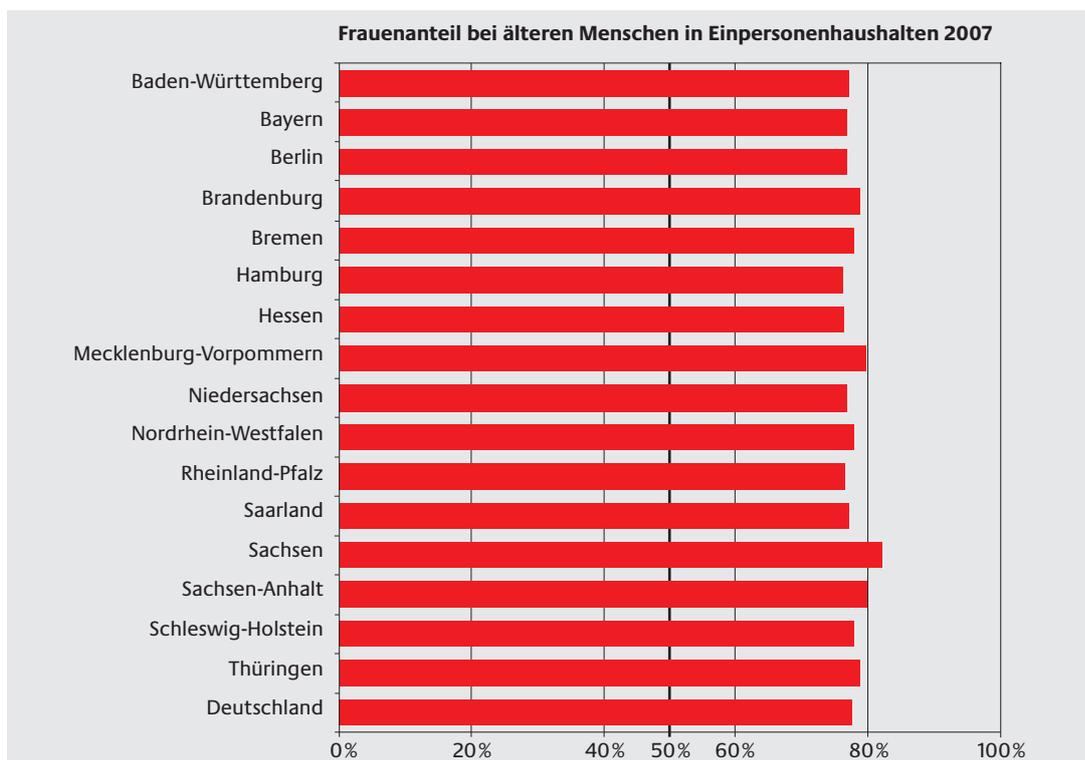
Die Lebenserwartung gehört zu den wenigen Statistiken, die seit Jahrzehnten geschlechterdifferenziert erhoben werden. Ebenso lange hält die Diskussion über die Ursachen an. Einerseits werden die Gründe für die männliche Übersterblichkeit biologischen Faktoren (genetische oder hormonelle Unterschiede) zugeschrieben, andererseits mit verhaltens- und umweltbedingten Einflussfaktoren zu erklären versucht. Mit einer Studie „Mortalitätsdifferenzen der Geschlechter“, der „Klosterstudie“ von Marc Luy (www.klosterstudie.de), konnte aufgezeigt werden, dass die biologischen Faktoren nach den Ergebnissen dieser Studie zumindest einen geringen Überlebensvorteil für Frauen von etwa einem Jahr Restlebenserwartung im jungen Erwachsenenalter verursachen. Die Lebenserwartung wird also in einem höheren Maße von beeinflussbaren Faktoren bestimmt, wie z. B. der sozialen und wirtschaftlichen Lage, dem Bildungsniveau und dem persönlichen Lebensstil.

4.1 Ältere Menschen in Einpersonenhaushalten

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen an allen Alleinlebenden im Alter von 65 und mehr Jahren.
Datenquelle: Mikrozensus 2007

Der Indikator gibt Hinweise auf

- | die überwiegend für Frauen typische Lebenssituation im Alter;
- | den Unterstützungs- und Hilfebedarf bei fortschreitendem Alter;
- | die notwendige Förderung sozialer Kontakte.



Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der alleinlebenden Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren bei 77,3% (2007). Im Ländervergleich reicht die Spanne von 75,8% bis zu 81,7%.

4.2 Lebenserwartung

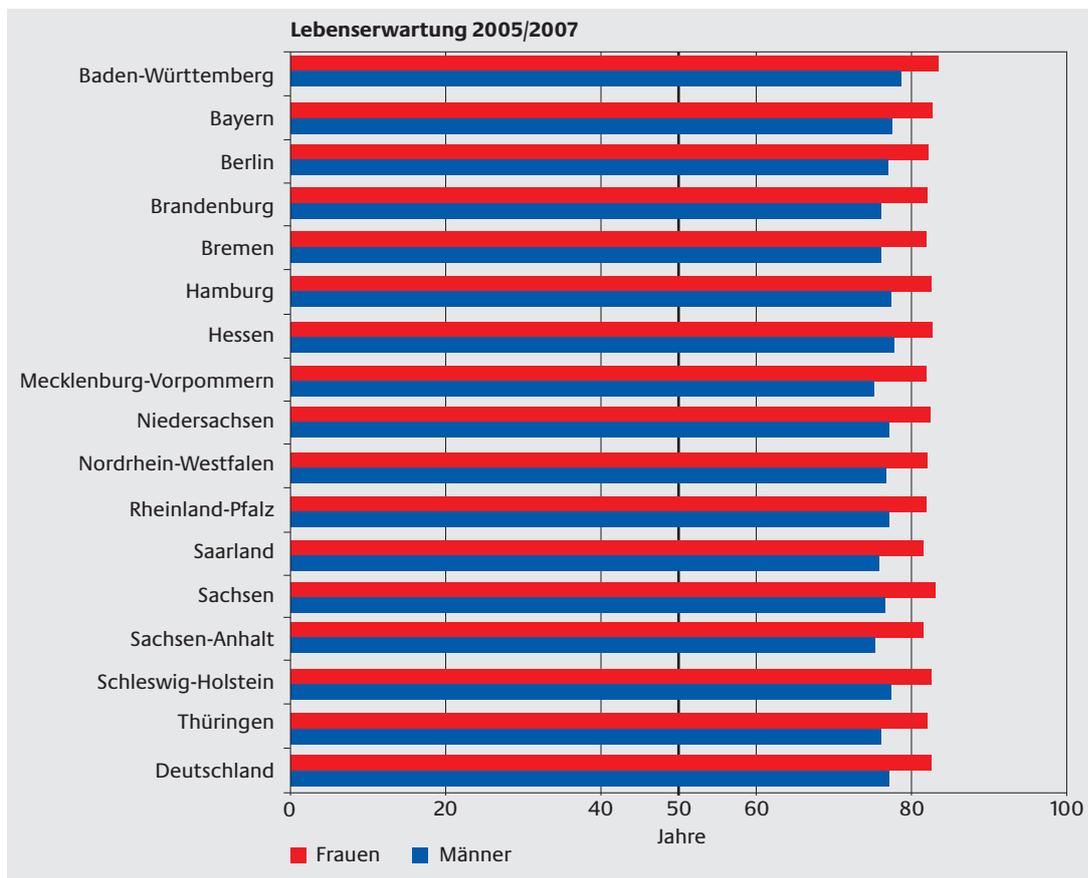
Definition: Durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen und Männern bei der Geburt.

Datenquelle: Sterbetafelberechnungen (Periodensterbetafeln); Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes 2005/2007

Der Indikator zeigt die Unterschiede in der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt zwischen Frauen und Männern auf. Er gibt Hinweise auf

! „verlorene Lebensjahre“ bei den Männern aufgrund geschlechtsorientierter Rollenmuster, wie

- ! höheres Risikoverhalten,
- ! nicht adäquates Ernährungsverhalten,
- ! tödliche Verkehrsunfälle,
- ! berufliche Belastungen,
- ! weniger Gesundheitsvorsorge.



Im Bundesdurchschnitt liegt die Lebenserwartung 2005/2007 von Frauen bei 82,3 Jahren und von Männern bei 76,9 Jahren. Im Ländervergleich reicht die Spanne der Lebenserwartung bei den Frauen von 81,0 Jahren bis zu 83,2 Jahren. Bei den Männern reicht die Spanne im Ländervergleich von 74,9 Jahren bis zu 78,3 Jahren.

Hinweise und Ausblick

Die Indikatoren sollen regionale Akteurinnen und Akteure sensibilisieren und können Handlungserfordernisse verdeutlichen. In Anbetracht der regional unterschiedlichen soziokulturellen Verhältnisse und der vielfältigen strukturellen Einflussfaktoren eignen sich die Indikatoren allerdings nur eingeschränkt als Messgröße für die Wirksamkeit gleichstellungspolitischer Maßnahmen.

Von der Aufnahme der Indikatoren „Berufswahl: Gesundheitsberufe“ und „Berufswahl: Technische Ausbildungsberufe“ wurde zunächst abgesehen, weil diese eine zu große Anzahl unterschiedlicher Berufe in einer Gruppe zusammenfassen und damit konkrete gleichstellungsrelevante Aussagen verwässern. Bei einer möglichen Fortschreibung des Atlas soll versucht werden, diese Indikatoren in geeigneter Form aufzunehmen.

Es hat sich gezeigt, dass eine Reihe von Indikatoren, deren Aufnahme aus fachlicher Sicht wünschenswert wäre, auf der Grundlage der vorhandenen statistischen Erhebungen nicht ausgewiesen werden kann. So sind z. B. auf Basis des Mikrozensus Auswertungen auf Kreisebene nicht möglich (Indikatoren 3.3 und 4.1). Für den Indikator 3.3 ist auf der Grundlage des Mikrozensus aus statistisch-methodischen Gründen für Bremen kein Landesergebnis ausweisbar.

Zudem liegen Daten, die den Themenkomplex „Gewalt gegen Frauen“ bzw. „Beziehungsgewalt“ in aussagefähiger Form abbilden, in der amtlichen Statistik nicht vor. Sie werden in den Ländern von den jeweiligen Fachressorts mit unterschiedlicher Definition und Gliederungstiefe erhoben und sind somit nicht vergleichbar. Die Europäische Union hat die Absicht, Indikatoren zu entwickeln, mit denen das Ausmaß von „Gewalt gegen Frauen“ abgebildet werden kann. Nach Vorliegen dieser Indikatoren wird zu prüfen sein, ob diese im Rahmen einer Fortschreibung des Gleichstellungsatlas zugrunde gelegt werden können.

Statistische Hinweise, z. B. zu unterschiedlicher Datenlage in den einzelnen Ländern, finden sich bei den methodischen Hinweisen zu den einzelnen Indikatoren.



Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Stand: Oktober 2009, 2. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

* jeder Anruf kostet 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz,
abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich

** nur Anrufe aus dem Festnetz,
3,9 Cent pro angefangene Minute